



Bundesministerium
der Finanzen

Das Ministerium



Monatsbericht des BMF 2006

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

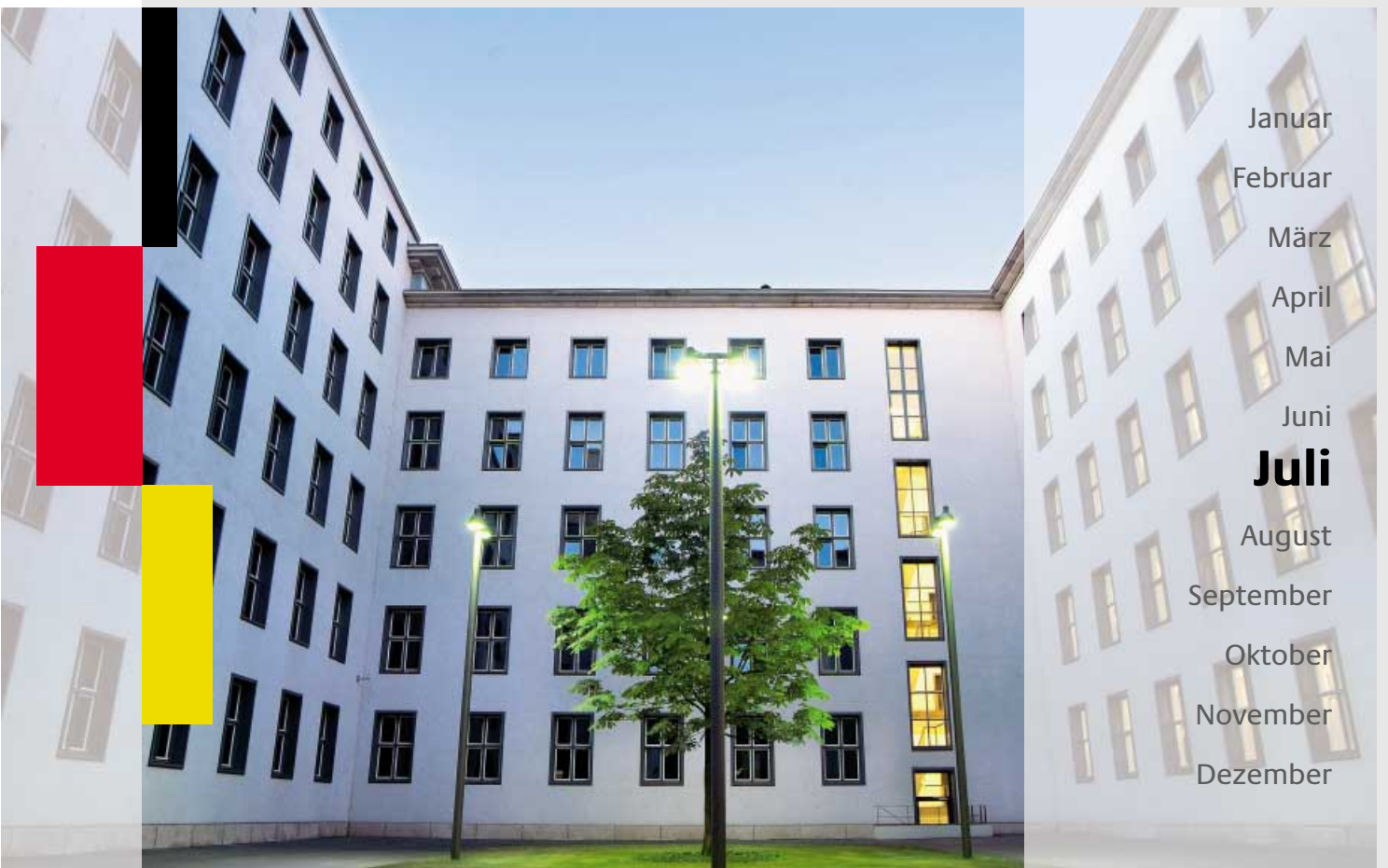
August

September

Oktober

November

Dezember



Monatsbericht des BMF Juli 2006

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2006	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	29
Termine	32
Analysen und Berichte	35
Haushaltsbegleitgesetz 2006 und Steueränderungsgesetz 2007 – Eckpfeiler des Haushaltssanierungskonzeptes der Bundesregierung	37
Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2005	47
Ergebnisse der Steuerfahndung	57
Interpretation von Wirtschaftsdaten zur Analyse der Konjunkturentwicklung	61
Zum Jahresbericht über die öffentlichen Finanzen in der Europäischen Währungsunion (Public Finance Report 2006)	69
Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften	77
Statistiken und Dokumentationen	93
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	96
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	119
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	123

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monats-
berichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.
Bundesministerium der Finanzen
Redaktion Monatsbericht
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

finanzpolitisches Ziel der Bundesregierung ist es, ab dem Jahr 2007 die Regelgrenze des Artikels 115 Grundgesetz und die 3%-Defizitgrenze des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes dauerhaft einzuhalten. Angesichts der strukturellen Unterdeckung der öffentlichen Haushalte lassen sich diese Ziele nur durch einen Mix von Ausgabesenkungen und Einnahmesteigerungen erreichen. Das Haushaltsbegleitgesetz 2006, mit dem wichtige Konsolidierungsmaßnahmen auf den Weg gebracht werden, bildet ein Kernelement dieser Strategie. Weitere steuerpolitische Maßnahmen, die zu der gebotenen zügigen und dauerhaften Konsolidierung beitragen sollen, werden mit dem Steueränderungsgesetz 2007 umgesetzt. Beide Gesetze wurden zwischenzeitlich von Bundestag und Bundesrat verabschiedet.

Ungeachtet der allgemein angespannten Lage der öffentlichen Haushalte haben sich die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Jahr 2005 positiv entwickelt. Insgesamt betrugen sie 452,1 Mrd. € und lagen somit 2,1 % bzw. 9,2 Mrd. € über dem Niveau des Vorjahres. Die Steuereinnahmen lagen damit deutlich höher als in der Mai- und noch in der Novemberschätzung des Jahres 2005 erwartet. Dies ist wesentlich auf die unerwartet positive Entwicklung der gewinnabhängigen Steuern zurückzuführen. Überproportional profitiert von den höheren Steuereinnahmen haben die Gemeinden und die Europäische Union.

Nicht jeder Steuerpflichtige kommt seinen Pflichten zur Zahlung von Steuern entsprechend den gesetzlichen Vorschriften nach. Die bei den Bundes- und Länderfinanzverwaltungen eingerichteten Fahndungsstellen sind ein wichtiges Instrument zur Verfolgung von Steuerstraftaten. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag, eine



gleichmäßige Besteuerung aller Steuerpflichtigen sicherzustellen. Nicht zu unterschätzen ist auch ihr Beitrag zur Prävention, durch den die Steuerehrlichkeit gefördert wird.

Die deutsche Wirtschaft hat nach einem guten Ergebnis im 1. Quartal ihren Erholungskurs im 2. Quartal verstärkt. Die aktuellen Konjunkturdaten deuten auf eine weitere Beschleunigung hin, wobei insbesondere die inländischen Wachstumskräfte anziehen. Die laufende Konjunkturanalyse ist für das Bundesministerium der Finanzen ein wichtiger Baustein zur Interpretation der Entwicklung öffentlicher Einnahmen und Ausgaben. Aber auch in den Medien nimmt die Veröffentlichung und Kommentierung der neuesten Wirtschaftsindikatoren einen immer breiteren Platz ein. Der Monatsbericht des BMF informiert regelmäßig über die aktuelle Wirtschaftsentwicklung. Wegen des großen Interesses an der Konjunkturentwicklung werden in diesem Heft wesentliche Aspekte zur Interpretation von Wirtschaftsstatistiken und ihrer Entwicklung beleuchtet. Nicht immer ist es bei der Vielzahl der Daten leicht, die wesentlichen Aussagen zu erfassen und richtig zu interpretieren. In einem Überblick werden die grundlegenden Vergleichsmöglichkeiten von Wirtschaftsstatistiken zur Analyse der Konjunkturentwicklung, ihre Abgrenzung zueinander sowie ihre Aussagekraft dargestellt.

Die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission legt jährlich einen Bericht über die öffentlichen Finanzen in

den Mitgliedstaaten der Europäischen Union vor. Dieser seit dem Jahr 2000 erstellte „Public Finance Report“ ist eine wichtige Informationsquelle für diejenigen, die sich mit den öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beschäftigen. Im aktuellen Bericht wird unter anderem auf das finanzpolitische Rahmenwerk der Europäischen Union ein Jahr nach der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes eingegangen. Die Kommission zieht eine insgesamt positive Bilanz des reformierten Paktes. Die Neuregelungen ermög-

lichen eine stärker ökonomisch ausgerichtete Herangehensweise. Damit kann die Finanzpolitik in den einzelnen Ländern besser auf Stabilität und Wachstum ausgerichtet werden.



Dr. Thomas Mirow

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2006	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	29
Termine	32

Finanzwirtschaftliche Lage

Das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2006 wird voraussichtlich Ende Juli im Bundesgesetzblatt verkündet werden und damit die vorläufige Haushaltsführung beenden.

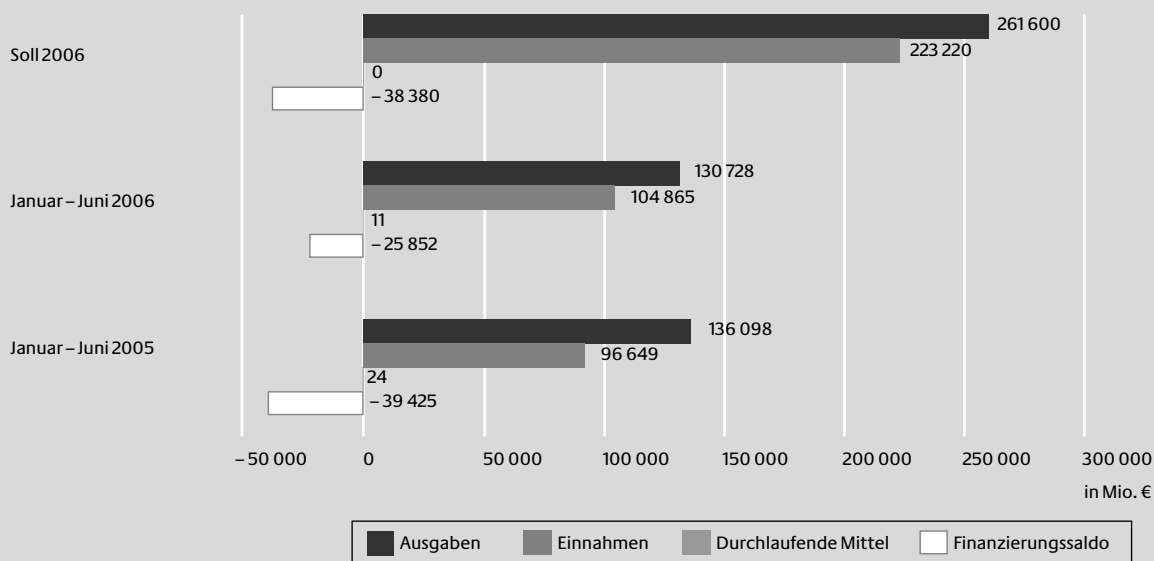
Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich Juni belaufen sich auf 130,7 Mrd. €. Sie liegen damit nominal um 5,4 Mrd. € (– 3,9 %) unter dem Vorjahresergebnis. Die günstige Ausgabenentwicklung ist wie auch in den Vormonaten auf die

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2006	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis Juni 2006
Ausgaben (Mrd. €)	261,6	130,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	0,7	– 3,9
Einnahmen (Mrd. €)	223,2	104,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	– 2,3	8,5
Steuereinnahmen (Mrd. €)	194,0	90,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	2,0	9,4
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	– 38,4	– 25,9
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	–	– 14,9
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	– 0,2	– 0,2
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	– 38,2	– 10,8

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



geringere Inanspruchnahme von Betriebsmittel-darlehen durch die Bundesagentur für Arbeit zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung dieses Faktors liegen die Ausgaben des Bundes knapp über dem Vergleichswert des Vorjahres (+ 0,3 %). Die Entwicklung der Arbeitsmarktausgaben ins-

gesamt bleibt weiterhin mit Risiken für den Bundeshaushalt behaftet.

Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Vorjahresergebnis mit 104,9 Mrd. € um 8,2 Mrd. € (+ 8,5 %). Die positive Entwicklung der letzten Monate setzte sich auch im Juni fort. Sie wird

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2005	Soll 2006	Ist-Entwicklung Januar bis Juni 2006		Ist-Entwicklung Januar bis Juni 2005		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 505	47 999	22 838	17,5	22 176	16,3	3,0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 840	3 974	2 200	1,7	2 080	1,5	5,8
Verteidigung	27 768	27 707	12 889	9,9	12 618	9,3	2,1
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 866	7 677	3 978	3,0	3 928	2,9	1,3
Finanzverwaltung	2 899	3 390	1 370	1,0	1 384	1,0	- 1,0
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	11 444	12 334	5 105	3,9	5 106	3,8	0,0
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	925	399	0,3	358	0,3	11,5
BAföG	1 049	1 090	645	0,5	641	0,5	0,6
Forschung und Entwicklung	6 666	7 170	2 815	2,2	2 834	2,1	- 0,7
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	133 048	134 391	72 544	55,5	77 101	56,7	- 5,9
Sozialversicherung	75 898	74 761	42 359	32,4	42 700	31,4	- 0,8
Arbeitslosenversicherung	397	0	0	0,0	5 755	4,2	-
Grundsicherung für Arbeitsuchende	35 169	38 263	19 278	14,7	16 821	12,4	14,6
darunter: Arbeitslosengeld II	25 001	24 400	13 747	10,5	12 422	9,1	10,7
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 533	3 600	1 948	1,5	1 640	1,2	18,8
Wohngeld	1 085	1 000	301	0,2	410	0,3	- 26,6
Erziehungsgeld	2 873	2 830	1 411	1,1	1 447	1,1	- 2,5
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 118	2 865	1 507	1,2	1 704	1,3	- 11,6
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	912	911	386	0,3	394	0,3	- 2,0
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 788	1 590	608	0,5	860	0,6	- 29,3
Wohnungswesen	1 262	1 071	512	0,4	749	0,6	- 31,6
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 446	6 276	2 858	2,2	3 288	2,4	- 13,1
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 226	869	256	0,2	448	0,3	- 42,9
Kohlenbergbau	1 645	1 563	1 582	1,2	1 642	1,2	- 3,7
Gewährleistungen	1 355	1 500	365	0,3	540	0,4	- 32,4
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 119	10 856	3 816	2,9	3 766	2,8	1,3
Straßen (ohne GVFG)	6 241	5 870	2 032	1,6	1 800	1,3	12,9
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 465	9 438	3 338	2,6	3 219	2,4	3,7
Bundeseisenbahnvermögen	5 472	5 430	2 355	1,8	2 378	1,7	- 1,0
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 443	3 453	794	0,6	680	0,5	16,8
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 122	37 805	19 236	14,7	20 190	14,8	- 4,7
Zinsausgaben	37 371	37 557	18 842	14,4	19 776	14,5	- 4,7
Ausgaben zusammen	259 849	261 600	130 728	100,0	136 098	100,0	- 3,9

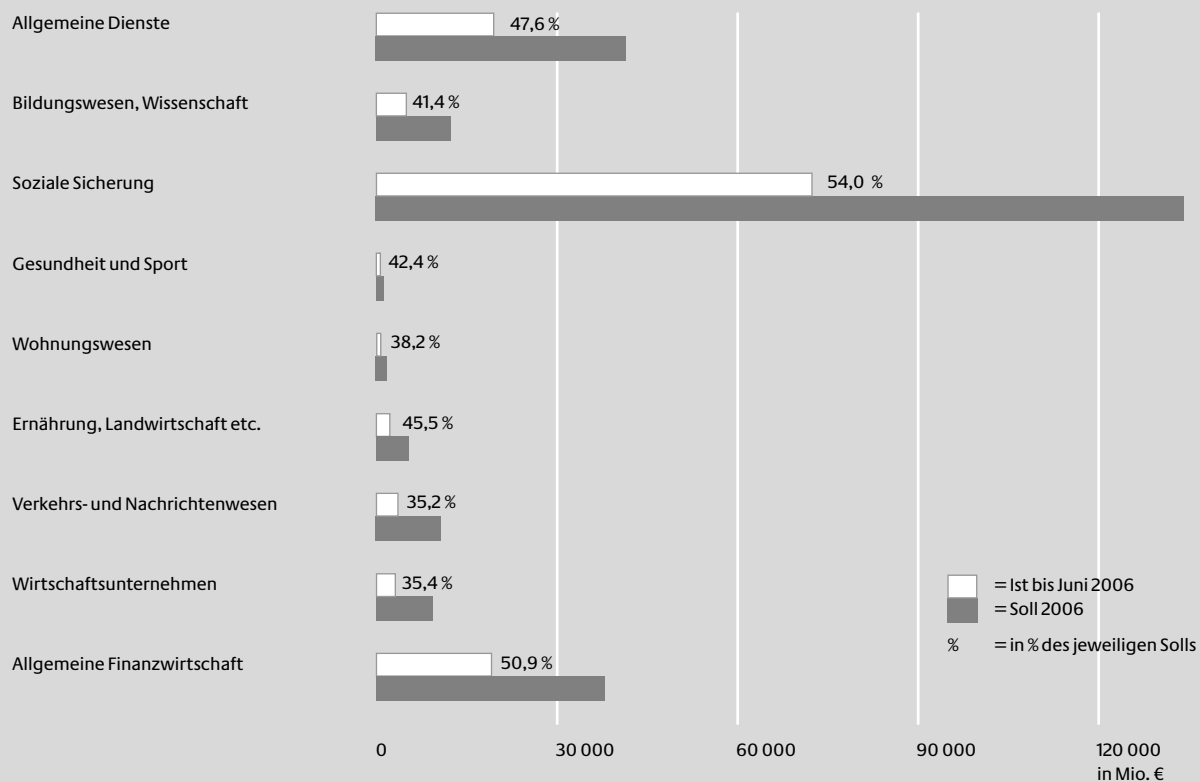
getragen von der Entwicklung der kumulierten Steuereinnahmen (+ 9,4 %). Insbesondere die gewinnabhängigen Steuern sowie geringere EU-Abführungen haben zu dieser Entwicklung beigetragen. Die Verwaltungseinnahmen stiegen im Vergleichszeitraum um + 3,5 %.

Aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo in Höhe von 25,9 Mrd. € sowie den einzelnen Positionen der Finanzierungsübersicht können noch keine belastbaren Vorhersagen zum weiteren Jahresverlauf getroffen werden, zumal die bisherige Entwicklung unter den Vorgaben der vorläufigen Haushaltsführung erfolgt ist.

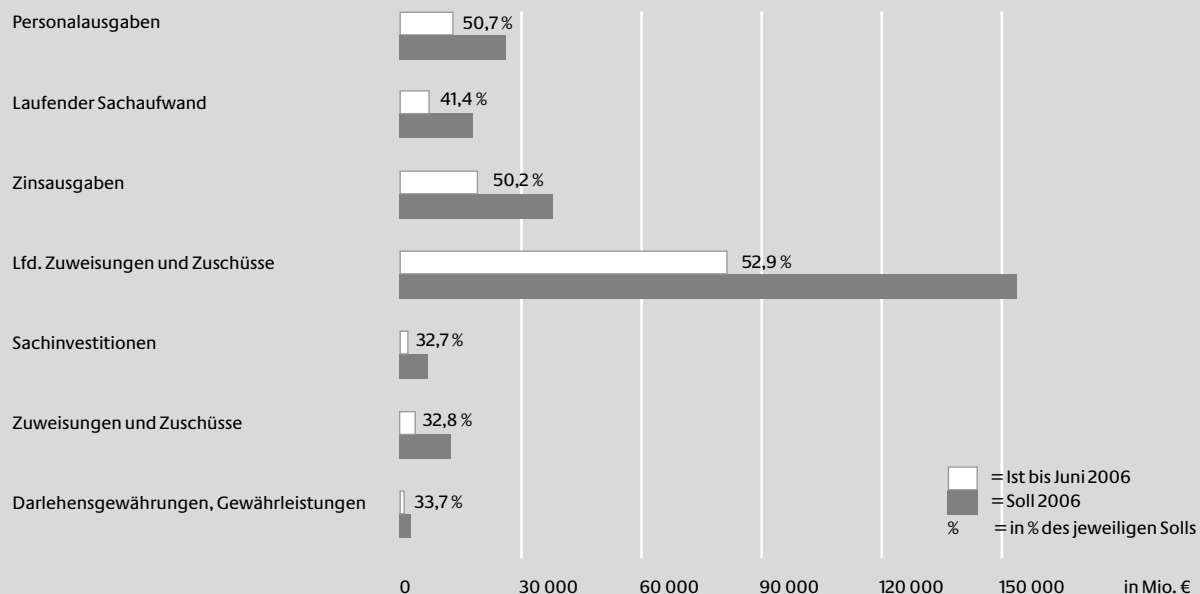
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2005	Soll 2006	Ist-Entwicklung Januar bis Juni 2006		Ist-Entwicklung Januar bis Juni 2005		Verän- derung ggü. Vorjahr
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	in %
Konsumtive Ausgaben	236 088	239 075	122 802	93,9	122 724	90,2	0,1
Personalausgaben	26 372	26 237	13 292	10,2	13 205	9,7	0,7
Aktivbezüge	19 891	19 819	9 810	7,5	9 743	7,2	0,7
Versorgung	6 481	6 418	3 482	2,7	3 462	2,5	0,6
Laufender Sachaufwand	17 712	17 990	7 449	5,7	6 871	5,0	8,4
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 596	1 474	621	0,5	561	0,4	10,7
Militärische Beschaffungen	7 992	8 426	3 140	2,4	2 698	2,0	16,4
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 090	3 688	2,8	3 612	2,7	2,1
Zinsausgaben	37 371	37 557	18 842	14,4	19 776	14,5	- 4,7
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	154 274	156 896	83 025	63,5	82 698	60,8	0,4
an Verwaltungen	13 921	13 759	6 377	4,9	6 305	4,6	1,1
an andere Bereiche	140 353	143 137	76 707	58,7	76 572	56,3	0,2
darunter:							
Unternehmen	13 474	16 649	6 599	5,0	6 761	5,0	- 2,4
Renten, Unterstützungen u.a.	32 747	30 386	16 887	12,9	17 347	12,7	- 2,7
Sozialversicherungen	90 219	92 079	51 306	39,2	50 381	37,0	1,8
Sonstige Vermögensübertragungen	360	395	193	0,1	174	0,1	10,9
Investive Ausgaben	23 761	23 225	7 926	6,1	13 374	9,8	- 40,7
Finanzierungshilfen	16 516	16 280	5 657	4,3	11 344	8,3	- 50,1
Zuweisungen und Zuschüsse	12 617	12 679	4 157	3,2	4 059	3,0	2,4
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 340	3 013	1 015	0,8	6 801	5,0	- 85,1
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	588	484	0,4	484	0,4	0,0
Sachinvestitionen	7 246	6 945	2 270	1,7	2 030	1,5	11,8
Baumaßnahmen	5 779	5 487	1 767	1,4	1 587	1,2	11,3
Erwerb von beweglichen Sachen	961	922	301	0,2	293	0,2	2,7
Grunderwerb	506	536	202	0,2	150	0,1	34,7
Globalansätze	0	- 699	0		0		
Ausgaben insgesamt	259 849	261 600	130 728	100,0	136 098	100,0	- 3,9

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Juni 2006



Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Juni 2006



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2005	Soll 2006	Ist-Entwicklung Januar bis Juni 2006		Ist-Entwicklung Januar bis Juni 2005		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	190 149	193 995	90 334	86,1	82 608	85,5	9,4
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	146 608	151 369	74 056	70,6	68 190	70,6	8,6
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	70 910	74 430	35 886	34,2	31 744	32,8	13,0
davon:							
Lohnsteuer	50 541	51 085	23 162	22,1	22 771	23,6	1,7
veranlagte Einkommensteuer	4 150	5 674	1 595	1,5	- 171	- 0,2	.
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	4 976	5 225	3 954	3,8	3 682	3,8	7,4
Zinsabschlag	3 076	3 121	1 997	1,9	1 896	2,0	5,3
Körperschaftsteuer	8 166	9 325	5 179	4,9	3 565	3,7	45,3
Steuern vom Umsatz	74 149	75 530	37 718	36,0	36 020	37,3	4,7
Gewerbesteuerumlage	1 549	1 409	451	0,4	426	0,4	5,9
Mineralölsteuer	40 101	39 350	14 206	13,5	14 322	14,8	- 0,8
Tabaksteuer	14 273	14 700	6 390	6,1	6 109	6,3	4,6
Solidaritätszuschlag	10 315	10 548	5 507	5,3	5 050	5,2	9,0
Versicherungsteuer	8 750	8 750	5 454	5,2	5 481	5,7	- 0,5
Stromsteuer	6 462	6 550	3 212	3,1	3 210	3,3	0,1
Branntweinabgaben	2 151	2 160	907	0,9	902	0,9	0,6
Kaffeesteuer	1 003	1 000	464	0,4	491	0,5	- 5,5
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 581	- 14 677	- 7 344	- 7,0	- 7 250	- 7,5	1,3
BNE-Eigenmittel der EU	- 15 075	- 15 450	- 7 440	- 7,1	- 8 770	- 9,1	- 15,2
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 258	- 3 600	- 1 693	- 1,6	- 1 798	- 1,9	- 5,8
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 7 159	- 3 579	- 3,4	- 3 527	- 3,6	1,5
II. Sonstige Einnahmen	38 260	29 225	14 532	13,9	14 041	14,5	3,5
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	1 411	3 685	2 934	2,8	800	0,8	266,8
Zinseinnahmen	400	341	209	0,2	167	0,2	25,1
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	20 400	11 178	3 651	3,5	5 786	6,0	- 36,9
Einnahmen zusammen	228 409	223 220	104 865	100,0	96 649	100,0	8,5

Vorläufiger Bericht über die Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2006 (ohne Saarland)

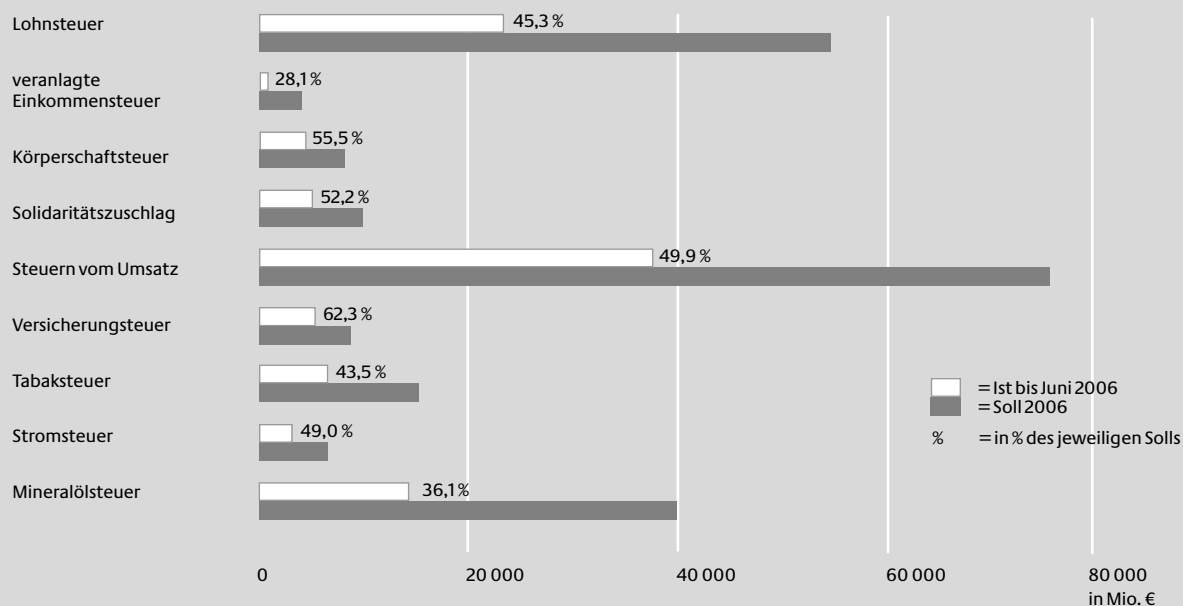
Wegen der Nachwirkungen des Streiks bei den Finanzkassen und der Zentralen Datenverarbeitung Saar und des dort noch zu lösenden Problems der Zuordnung von eingegangenen Zahlungen zu Steuerarten und Zeiträumen kann, wie es bereits für die Monate März bis Juni 2006 der Fall war, zurzeit kein vollständiger Bericht über die Steuereinnahmen des Monats Juni 2006 erstellt werden. Angesichts des geringen Anteils des Saarlands am Gesamtaufkommen wurde erneut ein Monatsergebnis ohne die von den Landesbehörden des Saarlands verwalteten Steuern ermittelt, um so einen ersten Überblick über die Einnahmensituation zu ermöglichen.

Zur Entwicklung der Steuereinnahmen im Juni 2006 gegenüber Juni 2005 (jeweils ohne Saarland):

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im Juni 2006 um + 8,8 %. Während die gemeinschaftlichen Steuern um + 11,7 % und das Aufkommen der Bundessteuern um + 0,6 % zulegten, gingen die Ländersteuern um - 10,4 % zurück. Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis Juni 2006 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum beträgt + 7,6 %. Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) stiegen im Juni gegenüber dem Vorjahr um + 11,5 %. Für den Zeitraum Januar bis Juni 2006 ergab sich ein Zuwachs von + 9,5 %.

Die seit Beginn des Jahres andauernde Aufwärtstrendentwicklung bei der Lohnsteuer setzte sich im Juni 2006 mit + 4,9 % weiter fort. Das bedeutet eine deutliche Steigerung gegenüber dem Maiergebnis (+ 1,4 %), welches allerdings wegen außergewöhnlich hoher Auszahlungen für die Altersvorsorgezulage stark nach unten verzerrt war. Für den weiteren Verlauf des Jahres sind nochmalige starke Steigerungen bei den auszahlenden Förderbeträgen zu erwarten, so dass, insbesondere im August 2006, mit deutlich nied-

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Juni 2006



rigeren Zuwachsraten bei der Lohnsteuer gerechnet werden muss.

Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer zeigte mit + 1,4 Mrd. € bzw. + 27,1 % einen kräftigen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr. Ausschlaggebend dafür ist zwar in erster Linie die Aufwärtsentwicklung bei den Unternehmensgewinnen, großen Anteil hat aber auch der deutliche Rückgang der Arbeitnehmererstattungen um – 0,5 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr.

Auch die Körperschaftsteuer legte mit + 1,1 Mrd. € bzw. + 27,5 % deutlich zu. Dieses Ergebnis wurde sogar durch einen Sondereffekt in einem Bundesland (– 0,5 Mrd. €) deutlich nach unten verzerrt. Diese Entwicklung zeigt, dass die Gewinnsituation der Unternehmen weiterhin sehr gut ist.

Nach den kräftigen Zuwächsen im Vormonat (+ 38,7 %) legte das Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag auch im Juni 2006 mit + 28,7 % deutlich zu. Dieser Zuwachs ist aber nicht in erster Linie auf außergewöhnlich hohe Gewinnausschüttungen, sondern vielmehr auf eine sehr schwache Vorjahresbasis zurückzuführen.

Im Zuge der weiter andauernden Aufwärtsentwicklung bei der Durchschnittsverzinsung von Anleihen stiegen die Einnahmen aus dem Zinsabschlag um + 4,8 %.

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz stieg im Juni 2006 um + 3,9 %. Hierbei zeigten die beiden Teilaggregate der Steuern vom Umsatz wieder eine gegenläufige Entwicklung. Nachdem im Mai eine schwache Basis 2005 zu einem sehr guten Ergebnis bei der Umsatzsteuer geführt hatte (+ 7,7 %), kehrten sich im Juni die Vorzeichen wieder um: Nun sorgte eine starke Basis 2005 für ein schwaches Ergebnis im Juni 2006 (– 2,6 %). Anders die Situation bei der Einfuhrumsatzsteuer:

Hier sorgten eine schwache Vorjahresbasis und der Anstieg von Importen aus Drittländern (+ 24,1 % im Mai 2006) für einen kräftigen Zuwachs (+ 26,7 %). Eindeutige Schlüsse in Bezug auf die Inlandsnachfrage können aus diesem wenig aussagekräftigen Bild nicht gezogen werden.

Das Aufkommen der reinen Bundessteuern legte im Juni nur leicht um + 0,6 % zu. Bei den aufkommensstarken Steuerarten lagen Tabaksteuer (+ 12,5 %), Solidaritätszuschlag (+ 12,8 %) und Versicherungsteuer (+ 6,4 %) im Plus, während sich bei Mineralölsteuer (– 5,3 %) und Stromsteuer (– 9,4 %) Einbußen ergaben. Die positive Entwicklung der Tabaksteuereinnahmen geht u. a. auf die gestiegene Nachfrage nach Fertigzigaretten nach dem Aus der Steckzigaretten zurück. Hinzu kommt die immer noch aufkommensstabilisierende Wirkung der letzten Steuersatzerhöhung im September 2005. Abzuwarten bleibt allerdings, ob sich die Verbrauchsgewohnheiten dauerhaft in Richtung der versteuerten Fertigzigarette stabilisieren oder ob Alternativen, wie konventioneller Feinschnitt oder unversteuerte Ware, an Bedeutung gewinnen. Der deutliche Rückgang bei der Mineralölsteuer spiegelt die nach wie vor andauernde Zurückhaltung der Autofahrer bei der Kfz-Nutzung infolge der hohen Kraftstoffpreise wider.

Die reinen Ländersteuern lagen im Juni 2006 klar im Minus (– 10,4 %). Während bei der Grunderwerbsteuer immer noch die Auswirkungen der Abschaffung der Eigenheimzulage zum Jahresende 2005 sichtbar sind (+ 25,8 %), lagen Kraftfahrzeugsteuer (– 3,2 %), Erbschaftsteuer (– 33,7 %) und Rennwett- und Lotteriesteuer (– 39,5 %) im Minus. Bei der Biersteuer sorgte ein deutliches Absatzplus bereits im Vorfeld der Fußball-WM (+ 8,0 % gegenüber dem absatzstarken Mai 2005) für einen Zuwachs von + 6,3 %.

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr (ohne Saarland) ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)¹

2006	Juni	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern		
Lohnsteuer ²	10 118,2	4,9
veranlagte Einkommensteuer	6 372,4	27,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 130,1	28,7
Zinsabschlag	347,2	4,8
Körperschaftsteuer	4 996,4	27,5
Steuern vom Umsatz	11 301,7	3,9
Gewerbesteuerumlage	1,9	- 37,7
erhöhte Gewerbesteuerumlage	1,1	36,1
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	34 269,0	11,7
Bundessteuern		
Mineralölsteuer	3 136,8	- 5,3
Tabaksteuer	1 286,0	12,5
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	164,2	- 13,9
Versicherungsteuer	517,4	6,4
Stromsteuer	782,4	- 9,4
Solidaritätszuschlag	1 330,1	12,8
sonstige Bundessteuern	114,6	2,8
Bundessteuern insgesamt	7 331,5	0,6
Ländersteuern		
Erbschaftsteuer	251,6	- 99,0
Grunderwerbsteuer	460,9	- 33,7
Kraftfahrzeugsteuer	743,1	- 3,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	95,6	- 39,5
Biersteuer	75,9	6,3
sonstige Ländersteuern	7,9	- 90,5
Ländersteuern insgesamt	1 634,9	- 10,4
EU-Eigenmittel		
Zölle	319,0	25,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	141,1	- 37,2
BNE-Eigenmittel	697,7	- 35,5
EU-Eigenmittel insgesamt	1 157,8	- 25,9
Bund³	20 906,1	11,5
Länder³	18 740,7	8,5
EU	1 157,8	- 25,9
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 749,9	11,6
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	43 554,4	8,8

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im Juni wieder gestiegen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende Mai bei 3,90 % lag, notierte Ende Juni bei 4,08 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich von 2,93 % Ende Mai auf 3,06 % Ende Juni. Der Rat der Europäischen Zentralbank hat am 8. Juni 2006 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 15. Juni 2006 liegt der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte seitdem bei 2,75 %, der

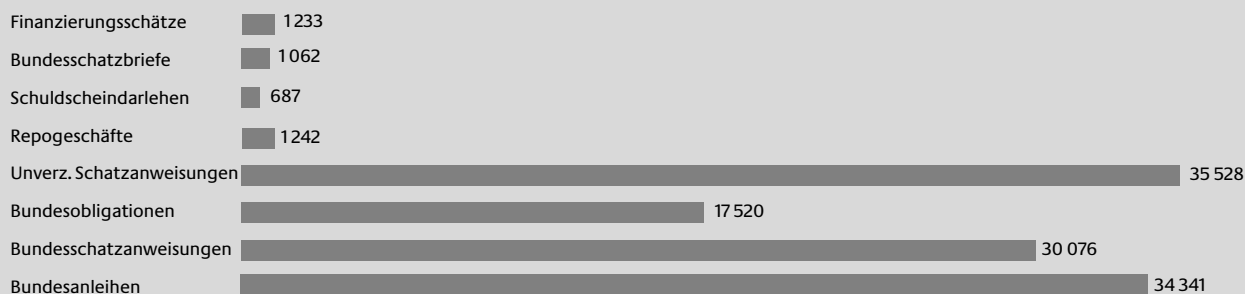
Zinssatz für die Einlagefazilität bei 1,75 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,75 %.

Die europäischen Aktienmärkte verharrten im Juni nahezu auf Vormonatsniveau; der Deutsche Aktienindex fiel von 5693 auf 5683 Punkte, der 50 Spitzenwerte der Eurozone umfassende Euro Stoxx 50 stieg von 3637 auf 3649 Punkte (Monatsendstände).

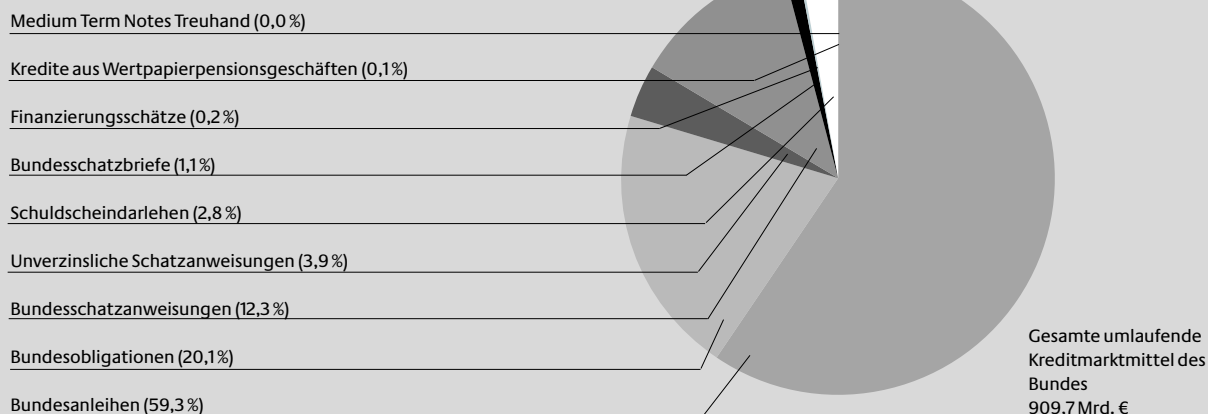
Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet stieg im Mai 2006 auf 8,9 %

Kreditaufnahme des Bundes bis Juni 2006 in Mio. €



Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 30. Juni 2006



(nach 8,7% im April). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum März bis Mai 2006 erhöhte sich auf 8,7 %, verglichen mit 8,4 % für den Vergleichszeitraum von Februar bis April 2006 (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor lag im Euroraum mit 11,8 % unverändert gegenüber dem Vormonat. In Deutschland erhöhte sich die vorgenannte Kreditwachstumsrate von 4,2% im April auf 4,5% im Mai.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug bis einschließlich Juni 2006 121,7 Mrd. €. Davon wurden 114,5 Mrd. € im Rahmen des angekündigten Emissionskalenders umgesetzt. Die übrige Kreditaufnahme wurde durch Marktpflegeoperationen,

im Privatkundengeschäft des Bundes, über Schuldscheindarlehen sowie für den Bund erstmals mit einer inflationsindexierten Anleihe über 5,5 Mrd. € realisiert.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2005 haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 30. Juni 2006 um 1,6 % auf 909,7 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 3. Quartal 2006 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2006“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 63 Mrd. € zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belau-

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes¹ und seiner Sondervermögen im 3. Quartal 2006 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	Juli	August	September	Gesamtsumme 3. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	–	–	–	–
Bundesobligationen	–	14,3	–	14,3
Bundesschatzanweisungen	–	–	17,0	17,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen	5,9	5,9	5,9	17,8
Bundesschatzbriefe	0,0	0,1	0,6	0,7
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,2
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	–
Anleihen des Entschädigungsfonds	–	–	–	–
MTN der Treuhandanstalt	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,3	0,3	0,0	0,6
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	6,3	20,6	23,6	50,5

Zinszahlungen

	Juli	August	September	Gesamtsumme 3. Quartal
Zinszahlungen	12,0	1,8	1,1	14,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Einschl. der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes, sowie der ab 2005 eingegliederte Fonds Deutsche Einheit und der Ausgleichsfonds nach dem Lastenausgleichsgesetz.

fen sich im 3. Quartal 2006 auf rund 50,5 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und seiner Sonder-

vermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 3. Quartal 2006 auf rund 14,9 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2006

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesanleihe ISIN DE0001135309 WKN 113 530	Aufstockung	5. Juli 2006	10 Jahre fällig 4. Juli 2016 Zinslaufbeginn: 19. Mai 2006 erster Zinstermin: 4. Juli 2007	ca. 8 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137149 WKN 113 714	Aufstockung	19. Juli 2006	2 Jahre fällig 13. Juni 2008 Zinslaufbeginn: 13. Juni 2006 erster Zinstermin: 13. Juni 2007	ca. 7 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135275 WKN 113 527	Aufstockung	26. Juli 2006	30 Jahre fällig 4. Januar 2037 Zinslaufbeginn: 4. Januar 2005 erster Zinstermin: 4. Januar 2006	ca. 6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135309 WKN 113 530	Aufstockung	16. August 2006	10 Jahre fällig 12. September 2008 Zinslaufbeginn: 19. Mai 2006 erster Zinstermin: 4. Juli 2007	ca. 7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137156 WKN 113 715	Neuemission	13. September 2006	2 Jahre fällig 13. Juni 2008 Zinslaufbeginn: 12. September 2006 erster Zinstermin: 12. September 2007	ca. 9 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141497 WKN 114 149	Neuemission	27. September 2006	5 Jahre fällig 14. Oktober 2011 Zinslaufbeginn: 29. September 2006 erster Zinstermin: 14. Oktober 2007	ca. 8 Mrd. €
3. Quartal 2006 insgesamt				ca. 45 Mrd. €

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114932 WKN 111 493	Neuemission	10. Juli 2006	6 Monate fällig 17. Januar 2007	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114940 WKN 111 494	Neuemission	14. August 2006	6 Monate fällig 14. Februar 2007	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114957 WKN 111 495	Neuemission	11. September 2006	6 Monate fällig 14. März 2007	ca. 6 Mrd. €
3. Quartal 2006 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Wachstumsbeschleunigung im 2. Quartal.
- Neben außenwirtschaftlichen Impulsen auch Stärkung der inländischen Wachstumskräfte.
- Positive Signale auf dem Arbeitsmarkt, aber noch keine Trendwende.

Die Konjunkturerholung in Deutschland festigt sich. Neben nach wie vor starken außenwirtschaftlichen Impulsen trägt zur Jahresmitte 2006 auch die Binnenwirtschaft zum Wachstum bei. Die aktuellen Konjunkturindikatoren deuten darauf hin, dass das Bruttoinlandsprodukt im 2. Quartal deutlich stärker gestiegen sein könnte als im ersten Vierteljahr. Die Verbesserung der Wirtschaftsleistung spiegelt sich auch in den Steuereinnahmen – die infolge der Streiknachwirkungen erneut nicht die vom Saarland verwalteten Steuern beinhalten – wider. So stiegen die Lohnsteuereinnahmen seit Januar im Vergleich zum Vorjahr kontinuierlich an, im Juni um 4,9 %. Auch die Steuern vom Umsatz legten deutlich zu (+ 3,9 %). Dabei ging die Umsatzsteuer – nach einem Anstieg im vergangenen Monat – wieder zurück (– 2,6 %), was aber vor allem auf eine starke Basis im Juni 2005 zurückzuführen ist. Dagegen legte die Einfuhrumsatzsteuer deutlich zu (+ 26,7 %). Zum einen dürfte dies auf eine schwache Vorjahresbasis und zum anderen auf einen kräftigen Importzuwachs aus Drittländern sowie weiter gestiegene Energiepreise zurückzuführen sein.

Nach kräftigen Anstiegen von Exporten und Importen zu Jahresbeginn hat sich die Dynamik der Warenausfuhr und -einfuhr zuletzt etwas abgeschwächt. So legten die Ausfuhren von Januar bis Mai im Vorjahresvergleich deutlich zu (+ 14,2 %). Dabei war die Ausfuhrsteigerung in Drittländer (+ 16,2 %) stärker als in EU-Länder (+ 13,1%). Unter den außereuropäischen Ländern, in die etwa ein Viertel der deutschen Exporte

gehen, stieg die Ausfuhr nach China in diesem Zeitraum um 29,1% und in die USA um 17,1%. Aber im Zweimonatsvergleich stagnierte der Wert der Warenexporte saisonbereinigt. Dies könnte zum Teil mit der seit Anfang des Jahres anhaltenden Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar zusammenhängen. Die Aufträge aus dem Ausland sind im Zweimonatsdurchschnitt sogar gesunken (saisonbereinigt – 0,7% gegenüber der Vorperiode). Verantwortlich hierfür waren geringere Bestellungen von Investitionsgütern sowohl aus dem Euroraum als auch dem Nicht-Euroraum. Da die Auftragseingänge mittlerweile ein sehr hohes Niveau erreicht haben, ist ein Rückgang nicht außergewöhnlich. Die Ausichten auf weiterhin dynamische Exportgeschäfte bleiben angesichts einer starken Auslandsnachfrage und optimistischer Exporterwartungen der Unternehmen, gestützt durch ihre hohe Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, gut. Die Abschwächung der Einfuhren könnte zum Teil auf im Vergleich zum April gesunkene Importpreise für Energie sowie auf schwächere Ausfuhren (Rückgang exportinduzierter Importe) zurückzuführen sein. Die Inlandsnachfrage dürfte dagegen die Einfuhren eher gestützt haben.

So deuten die Industrieindikatoren auf eine Stärkung der inländischen Wachstumskräfte hin. Die Ausweitung der Industrieproduktion hat sich im Mai beschleunigt fortgesetzt. Im Zweimonatsdurchschnitt war ein Anstieg um 1,0 % gegenüber der entsprechenden Vorperiode zu verzeichnen, der aus einer Ausweitung der

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2005 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			3.Q.05	4.Q.05	1.Q.06	3.Q.05	4.Q.05	1.Q.06
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 140	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 2,9
jeweilige Preise	2 247	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,5	+ 3,2
Einkommen								
Volkseinkommen	1 686	+ 1,7	- 0,9	+ 0,0	+ 2,2	+ 1,4	+ 1,9	+ 3,2
Arbeitnehmerentgelte	1 129	- 0,5	- 0,5	- 0,4	+ 0,9	- 0,6	- 0,7	+ 0,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	557	+ 6,3	- 1,8	+ 0,8	+ 4,6	+ 5,4	+ 8,7	+ 9,2
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 471	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 2,4	+ 0,9	+ 2,6
Bruttolöhne und -gehälter	909	- 0,3	- 0,4	- 0,3	+ 1,0	- 0,3	- 0,6	+ 0,2
Sparen der privaten Haushalte	159	+ 3,7	+ 0,6	+ 1,7	- 0,4	+ 4,2	+ 1,7	+ 1,8
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge/	2005		Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %			2- Monats- durch- schnitt			2- Monats- durch- schnitt
			Apr 06	Mai 06		Apr 06	Mai 06	
in jeweiligen Preisen								
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	786	+ 7,5	+ 2,0	- 1,5	+ 0,1	+ 8,3	+ 14,3	+ 11,3
Waren-Importe	626	+ 8,7	+ 1,0	- 2,6	- 0,8	+ 13,2	+ 16,0	+ 14,6
Umsätze im Produzierenden Gewerbe								
Industrie (Index 2000 = 100) ^{1,2}	110,2	+ 4,4	+ 3,3	+ 1,1	+ 3,4	+ 10,0	+ 10,4	+ 10,2
Inland ^{1,2}	101,8	+ 2,6	+ 3,8	+ 1,0	+ 3,6	+ 7,4	+ 8,1	+ 7,7
Ausland ^{1,2}	123,6	+ 7,0	+ 2,7	+ 1,3	+ 3,1	+ 13,4	+ 13,7	+ 13,6
Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	74	- 5,7	+ 14,6	-	+ 0,5	- 6,2	-	- 0,4
in konstanten Preisen von 2000								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)¹								
Industrie ^{1,2}	103,7	+ 2,8	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,4	+ 4,3	+ 6,0	+ 5,1
Industrie ^{1,2}	106,3	+ 3,7	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,0	+ 4,4	+ 6,4	+ 5,4
Bauhauptgewerbe ¹	76,1	- 5,6	+ 17,7	+ 3,2	+ 13,3	+ 6,9	+ 7,8	+ 7,4
Auftragseingang (Index 2000 = 100)								
Industrie ^{1,2}	108,7	+ 5,3	+ 4,0	- 1,2	+ 1,2	+ 13,9	+ 10,9	+ 12,4
Inland ^{1,2}	98,2	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,9	+ 3,3	+ 8,2	+ 9,7	+ 8,9
Ausland ^{1,2}	121,8	+ 8,8	+ 5,6	- 4,2	- 0,7	+ 19,9	+ 12,1	+ 16,0
Bauhauptgewerbe ¹	72,5	- 2,6	+ 4,4	-	+ 3,7	+ 12,3	-	+ 7,8
Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)								
Einzelhandel								
(mit Kfz. und Tankstellen)	101,8	+ 0,6	+ 1,3	- 0,3	+ 0,8	- 3,5	+ 4,9	+ 0,6
Großhandel (ohne Kfz.)	106,5	+ 2,8	+ 0,7	- 0,4	+ 0,9	- 2,8	+ 6,9	+ 2,0
Arbeitsmarkt	2005		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Apr 06	Mai 06	Jun 06	Apr 06	Mai 06	Jun 06
Erwerbstätige, Inland	38,78	- 0,2	+ 13	+ 36	-	+ 6	+ 49	-
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,86	+ 10,9	- 27	- 83	- 49	- 262	- 349	- 383
Preisindizes	2005		Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode			Vorjahresperiode		
2000 = 100	Index	ggü. Vorj. %	Apr 06	Mai 06	Jun 06	Apr 06	Mai 06	Jun 06
Importpreise	101,4	+ 4,3	+ 1,3	+ 0,2	-	+ 6,9	+ 7,5	-
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	110,7	+ 4,6	+ 1,0	+ 0,1	-	+ 6,1	+ 6,2	-
Verbraucherpreise	108,3	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0
ifo-Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden							
Gewerbliche Wirtschaft Deutschland (ohne Nahrungs- und Genussindustrie)	Nov 05	Dez 05	Jan 06	Feb 06	Mrz 06	Apr 06	Mai 06	Jun 06
Klima	+ 6,7	+ 10,1	+ 15,8	+ 17,2	+ 20,6	+ 22,5	+ 20,5	+ 24,1
Geschäftslage	+ 5,2	+ 7,9	+ 12,1	+ 14,6	+ 21,2	+ 26,3	+ 26,0	+ 30,6
Geschäftserwartungen	+ 8,2	+ 12,4	+ 19,7	+ 19,8	+ 20,1	+ 18,8	+ 15,2	+ 17,8

¹ Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

² Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Herstellung von Konsum- (+ 2,3 %) und Vorleistungsgütern (+ 1,5 %) resultierte. Investitionsgüter wurden aufgrund des Rückgangs im April in diesem Zeitraum etwas weniger erzeugt (– 0,3 %); allerdings war das Niveau im Mai das höchste seit 1991. Die Industrieerzeugnisse werden zunehmend auch auf dem inländischen Markt verkauft. So hat sich der Anstieg des Industrieumsatzes im Inland im Zweimonatsvergleich beschleunigt und war nahezu so hoch wie im Ausland. Den größten Zuwachs im Inland gab es bei den Vorleistungsgütern (+ 5,1 %), aber auch bei den Investitions- und Konsumgütern fiel er kräftig aus (+ 3,4 % und + 2,0 %). Angesichts einer im Zweimonatsdurchschnitt kräftigen Zunahme der Inlandsorder, die aus allen drei Gütergruppen kam (Vorleistungsgüter: + 4,5 %, Konsumgüter: + 3,3 % und Investitionsgüter: + 2,1 %), dürfte sich die Erholung der Binnenkonjunktur fortsetzen. Dafür spricht auch die weitere Erwärmung des ifo-Geschäftsklimas im Verarbeitenden Gewerbe; sowohl die Lage als auch die Erwartungen wurden besser eingeschätzt als im Monat zuvor.

Auch in der Bauwirtschaft gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass die Binnenkonjunktur an Stärke gewinnt. So setzte sich der seit etwa einem Jahr anhaltende Anstieg des ifo-Geschäftsklimaindex für diese Branche fort, und die Bauproduktion ist im Mai zum zweiten Mal in Folge deutlich angestiegen. Sie erreichte das höchste Niveau seit März 2004. Im Zweimonatsvergleich zeigte sich daher eine beachtliche Produktionsausweitung um saisonbereinigt 13,3 % im Vergleich zur entsprechenden Vorperiode. Die witterungsbedingten Einbrüche im 1. Quartal wurden damit mehr als kompensiert. Allerdings dürften das Auslaufen der Eigenheimzulage im letzten Jahr und Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuererhöhung 2007 dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen.

Auch die Stimmungsindikatoren für den privaten Konsum zeigen gewisse Erholungstendenzen. So hat sich die Stimmung der Verbraucher im Juni erneut verbessert, und für Juli wird ein weiterer Anstieg erwartet. Betrachtet man die einzelnen Komponenten, so zeigt allerdings nur die Anschaffungsneigung eine deutlich aufwärts gerichtete Tendenz. Dagegen verläuft die Entwicklung der anderen beiden Indikatoren,

Konjunktur- und Einkommenserwartung, eher seitwärts. Zwar dürften die Fußballweltmeisterschaft sowie die Mehrwertsteuererhöhung 2007 die Verbraucher motivieren, in diesem Jahr größere Anschaffungen zu tätigen, insbesondere auch aufgrund des großen Nachholbedarfs. So sehen das wohl auch die Einzelhandelsunternehmen, denn sie erwarten eine Zunahme ihrer Umsätze (deutlicher Anstieg des ifo-Geschäftsklimaindex für den Einzelhandel). Allerdings ist es angesichts der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit und der in der Folge nur gedämpften Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter fraglich, ob die Konsumwünsche auch tatsächlich in einem so hohen Maße umgesetzt werden und dies eine Trendwende beim privaten Konsum bedeutet. So malen die Einzelhandelsumsätze auch ein eher verhaltenes Bild: Sie sind unter großen Schwankungen im Verlauf nur seitwärts gerichtet. Insgesamt passt dies aber zu der Annahme der Bundesregierung, dass für den privaten Konsum 2006 mit einer eher leichten Belebung zu rechnen ist. Für eine nachhaltige Erholung des privaten Konsums über die Sondereffekte in diesem Jahr hinaus sind ein deutlicher Anstieg der Beschäftigung und damit einhergehende Einkommensverbesserungen unabdingbare Voraussetzungen.

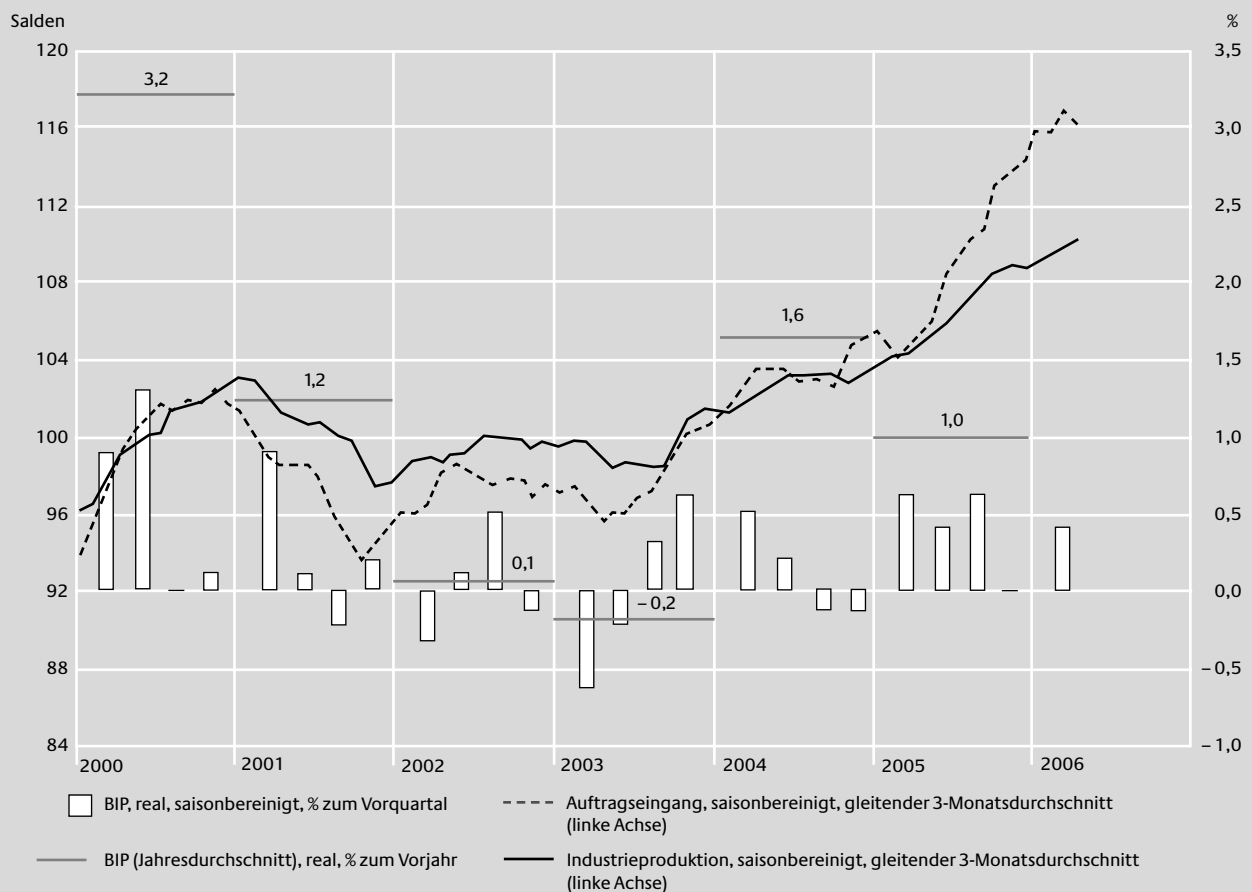
Doch die wirtschaftliche Belebung war bislang noch nicht stark genug, um sich nachhaltig positiv auf dem Arbeitsmarkt niederzuschlagen. Allerdings mehren sich die Anzeichen einer Besserung. So ist die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl im Juni im Vergleich zum Vormonat um 49 000 Personen zurückgegangen. Die Sondereffekte (Verschiebung der Zähltag, Änderung der Bezugszeiten von Arbeitslosengeld, das ungewöhnlich kalte Wetter bis März), die besonders den Jahresanfang prägten, sind nunmehr ausgeglichen. Nimmt man den Durchschnitt der letzten zwölf Monate, ergibt sich eine Abnahme von 29 000 Arbeitslosen je Monat. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 0,1 Prozentpunkte auf 10,9 %. Der zuletzt kräftig gestiegene Bestand an ungeforderten Stellenangeboten deutet auf leichte, konjunkturell bedingte Impulse hin. Nach Ursprungszahlen waren im Juni 4,397 Mio. Personen arbeitslos gemeldet, 383 000 weniger als vor einem Jahr. Die Ergeb-

nisse sind zwar gut, aber von einer Trendwende zu einem nachhaltigen Beschäftigungsaufbau kann noch nicht gesprochen werden. So zeigten sich bei der Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland nur leichte Verbesserungen, sie stieg im Mai saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 36 000 Personen, nachdem es im Durchschnitt der ersten vier Monate dieses Jahres kaum eine Veränderung gegeben hatte. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Erwerbstätigen zum zweiten Mal in Folge (April: + 6 000, Mai: + 49 000), nach deutlichen Rückgängen seit über einem Jahr. Zwar scheint der Abbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nun allmählich zum Ende zu kommen. Eine Zunahme von Beschäftigung gab es vor allem bei unternehmensnahen Dienstleistungen, dagegen wurde im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe weiterhin Beschäftigung abgebaut, wobei beim Bau das Minus kleiner geworden ist. Es gab jedoch noch

keinen Zuwachs, der nennenswert zur Verminderung der Arbeitslosigkeit beitragen konnte. Ein großer Teil des Rückgangs der arbeitslos gemeldeten Personen beruht auf dem Einsatz von Arbeitsgelegenheiten, der intensiveren Betreuung und der Abklärung der Verfügbarkeit von Arbeitslosen. Auch wurde der seit mehreren Monaten von den Einkaufsmanagern signalisierte Beschäftigungsaufbau im Verarbeitenden Gewerbe bisher dort nicht sichtbar. Die Fortsetzung der wirtschaftlichen Belebung im Jahresverlauf dürfte dem Arbeitsmarkt aber weitere positive Impulse verleihen und damit die Kaufkraft stärken, die auch durch die anhaltende Energieverteuerung weiterhin belastet ist.

So ist für den Anstieg des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr etwa zur Hälfte die überdurchschnittliche Preissteigerung für Energie verantwortlich. Die Teuerungsrate des Verbraucherpreisindex lag im Juni um 2,0 % über dem Vorjahr und um 0,2 % über dem

BIP-Wachstum sowie Produktion und Auftragseingang in der Industrie



Vormonat. Ohne Haushaltsenergie und Kraftstoffe hätte sie nur 0,9 % im Vorjahresvergleich betragen. Auf der Ebene der Importpreise hat der Preisdruck deutlich zugenommen. So erhöhte sich der Importpreisindex im Mai um 7,5 % (April + 6,9 %) im Vergleich zum Vorjahr. Dafür war vor allem die Verteuerung der Importe von Nichteisen-Metallen und deren Halbzeug (+ 61,7 %) verantwortlich. Aber auch Energiepreise legten deutlich zu (+ 39,6 %). Ohne Erdöl

und Mineralölerzeugnisse betrug die Jahresteu-
erungsrate immer noch beachtliche 4,2 %. Die
Erzeugerpreise stiegen ebenfalls weiter an
(+ 6,2 % gegenüber dem Vorjahr). Hauptursache
war hier der starke Anstieg der Energiepreise. Im
Vorjahresvergleich nahmen die Preise für
Mineralölerzeugnisse (+ 17,4 %) sowie auch aller
anderen Energieträger (Erdgas: + 26,1 %, Strom:
+ 16,4 %) deutlich zu. Ohne Energie betrug die
Jahresteuersrate nur 2,3 %.

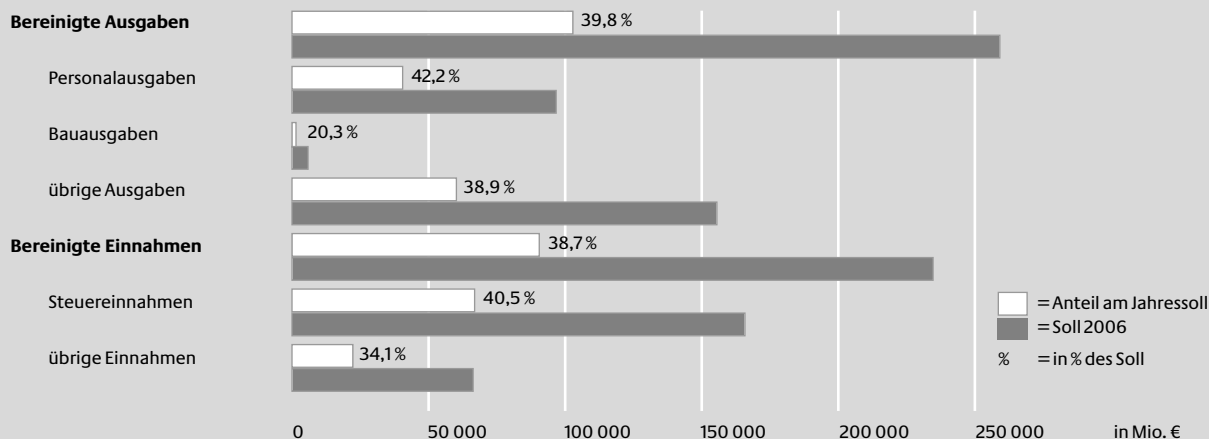
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2006

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder (Ist 2006 ohne Saarland) für Januar bis einschließlich Mai vor.

Die Ausgaben verringerten sich bis Ende Mai bei den Ländern insgesamt im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um – 1,7 % auf rd. 102,8 Mrd. €, während die Einnahmen um + 2,9 % auf rd. 90,9 Mrd. € zunahmen. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit belief sich auf – 11,8 Mrd. € und lag damit rd. 4,3 Mrd. € unter dem Vorjahresniveau.

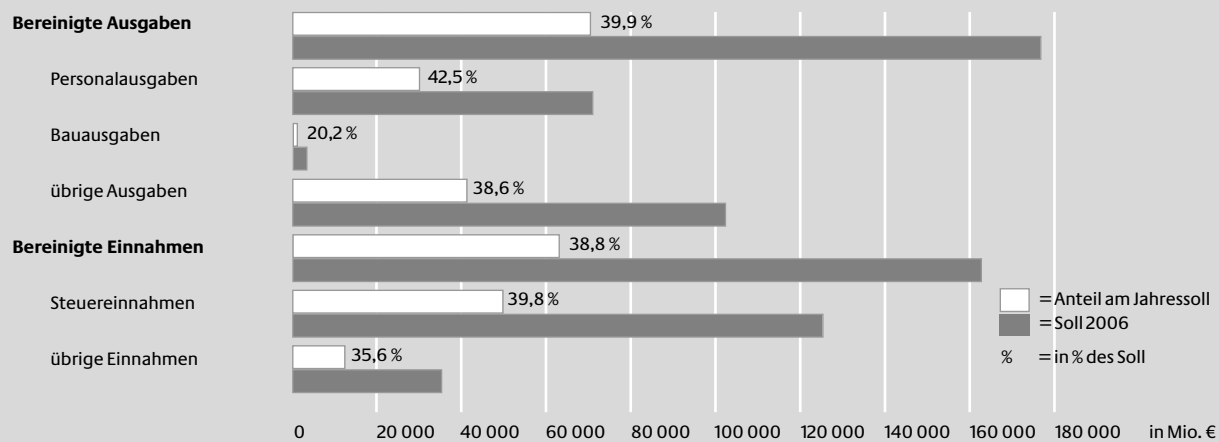
Die Einnahmen der Flächenländer West stiegen um + 2,3 %, die Steuereinnahmen um + 5,8 %, die Ausgaben wurden um – 0,2 % reduziert. In den ostdeutschen Flächenländern erhöhten sich die Einnahmen um + 9,5 % und die Steuereinnahmen um + 14,0 %, während die Ausgaben um – 1,3 % sanken. Bei den Stadtstaaten verringerten sich die Einnahmen um – 2,8 %, die Steuereinnahmen erhöhten sich um + 14,3 % und die Ausgaben sanken um – 7,7 %.

Länder insgesamt¹



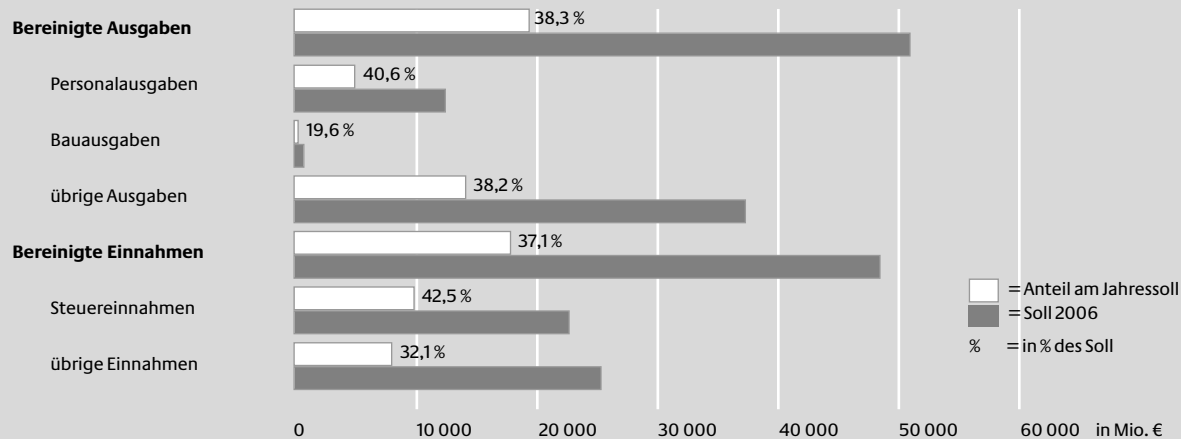
¹ Ist-Ergebnisse ohne Saarland.

Flächenländer West¹

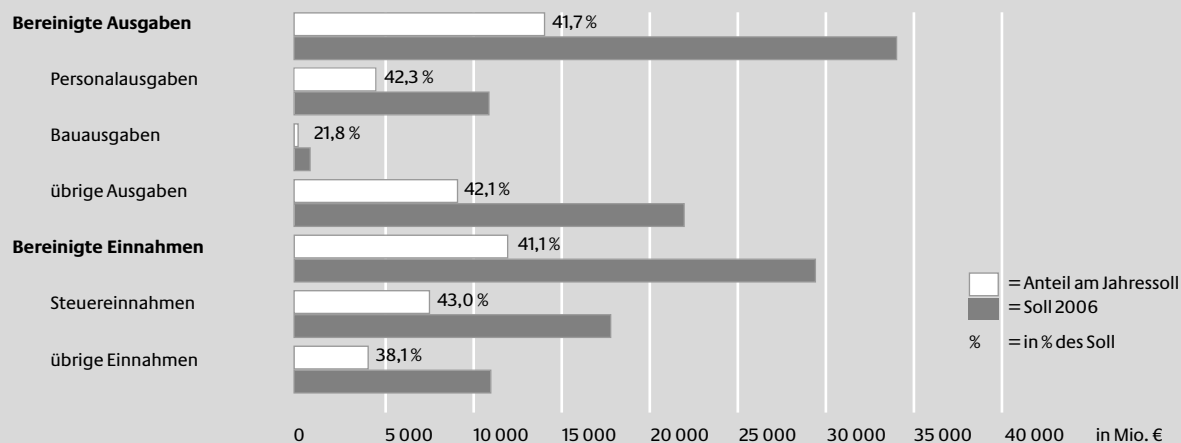


¹ Ist-Ergebnisse ohne Saarland.

Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 11. Juli 2006 in Brüssel

Arbeitsprogramm der Präsidentschaft

Die finnische Ratspräsidentschaft stellte den Ministern das ECOFIN-Programm für das 2. Halbjahr 2006 vor. Als Prioritäten nannte der Vorsitzende Finanzminister Heinäluoma die Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, die Stabilität und Qualität der öffentlichen Finanzen sowie die Beschleunigung von Struktur- und Wirtschaftsreformen. Neben den turnusmäßigen Verfahren der Haushaltsüberwachung im Rahmen des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes sind u. a. vorgesehen: die Fortführung der Initiative „Bessere Rechtsetzung“, im Bereich Steuern die Anhebung der Mindestsätze für Verbrauchsteuern auf Alkohol sowie weitere Arbeiten zur Fortentwicklung des Umsatzsteuersystems, im Bereich Finanzdienstleistungen die Vertiefung der EU-Marktintegration (Richtlinie über Zahlungsverkehrsdienstleistungen, Clearingsystem für Wertpapiere) sowie die Erneuerung des Mandats zur Vergabe von Auslandskrediten der Europäischen Investitionsbank.

Staatssekretär Dr. Mirow begrüßte wie andere Mitgliedstaaten das Programm und kündigte an, dass unter der nachfolgenden deutschen Ratspräsidentschaft mit „Besserer Rechtsetzung“, „Qualität der öffentlichen Finanzen“ und „Effizienter wirtschaftspolitischer Koordination“ wesentliche Schwerpunkte der finnischen Präsidentschaft fortgeführt werden sollen.

Unterrichtung zur Eurogruppe

Der Eurogruppenvorsitzende Premierminister Juncker unterrichtete den ECOFIN-Rat über die Ergebnisse der Tagung der Eurogruppe vom 10. Juli 2006:

- Die Minister hätten in Fortführung der Juni-Eurogruppe eine Debatte zur Budgetentwicklung 2006 und 2007 im Euroraum geführt. Angesichts der guten Wirtschaftslage seien die

Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung in den Mitgliedstaaten bislang nicht ausreichend. Diejenigen Mitgliedstaaten des Euroraums, die ihr Mittelfristziel noch nicht erreicht hätten, sollten den Haushalt 2006 mit Nachdruck umsetzen und 2007 zusätzliche Maßnahmen ergreifen. Diejenigen Mitgliedstaaten, die ihr Mittelfristziel bereits erreicht hätten, sollten prozyklische Politiken vermeiden. Euroländer, die sich im Defizitverfahren befänden, müssten die geplanten Konsolidierungsmaßnahmen streng umsetzen. Nach Definition des revidierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes befänden sich Euroländer jetzt in „guten Zeiten“. Insbesondere EU-Kommission und die Europäische Zentralbank (EZB) hätten Sorge zum Ausdruck gebracht, dass die Haushaltsdefizite trotz guter Konjunktur nicht hinreichend abgebaut und damit Fehler vom Ende der 90er Jahre wiederholt würden.

- Der italienische Finanzminister Padoa-Schioppa habe ausführlich die jüngsten Konsolidierungsmaßnahmen seiner Regierung geschildert („Mini-Haushalt“ für 2006, Haushaltsplanung für 2007). Die dargelegten Maßnahmen wirkten kohärent, müssten nun aber umgesetzt werden, um Verpflichtungen entsprechend der Ratsempfehlung zur Korrektur des übermäßigen Defizits bis Ende 2007 gerecht zu werden.
- Die bevorstehende Aufnahme Sloweniens in den Euroraum sei begrüßt worden. Slowenien habe eine bemerkenswerte Anpassung vollzogen. Wie die übrigen Mitglieder des Euroraums müsse auch Slowenien seine Anstrengungen fortsetzen, insbesondere im Hinblick auf Haushaltskonsolidierung und Fortsetzung von Strukturreformen.

Implementierung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Der ECOFIN-Rat beschloss nach Art. 104.12 EG-Vertrag die Aufhebung des Defizitverfahrens

von Zypern. Zypern hat die Ratsempfehlungen nach Art. 104.7 EG-Vertrag zur Rückführung des übermäßigen Defizits umgesetzt. Mit einem Haushaltsdefizit von 2,4% des BIP in 2005 (4,1% in 2004) und weiter rückläufiger Tendenz in 2006 erfüllt Zypern das Defizitkriterium des EG-Vertrags. Der Schuldenstand beläuft sich 2005 auf 70,3% (71,7% in 2004). Zypern befand sich seit Juli 2004 im Defizitverfahren.

Der ECOFIN-Rat nahm darüber hinaus Schlussfolgerungen zum Defizitverfahren Portugals an. Darin unterstützt der Rat die Einschätzung der EU-Kommission: Bei verbleibenden Risiken ist Portugal aufgrund umfangreicher Konsolidierungsmaßnahmen auf dem richtigen Weg, bis 2008 das Haushaltsdefizit unter die 3%-Grenze zurückzuführen. Notwendig ist hierzu allerdings – unter Verzicht auf Einmalmaßnahmen – die strikte Implementierung aller angekündigten Maßnahmen gemäß den Ratsempfehlungen nach Art. 104.7 EG-Vertrag vom September 2005. Der Rat wird in Einklang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt die Budgetentwicklung Portugals weiterhin einer engen Beobachtung unterziehen.



Euroeinführung in Slowenien

Der ECOFIN-Rat beschloss nach Art. 122.2 EG-Vertrag die Einführung des Euro in Slowenien zum 1. Januar 2007. Damit hob der Rat für Slowenien – als erstem der zehn neuen Mitgliedstaaten – die Ausnahmeregelung gemäß Art. 4 des Beitrittsvertrages von 2003 auf. Gleichzeitig legte der ECOFIN-Rat den unwiderstehlichen Euro-Umstellungskurs für die slowenische Währung auf 239,640 Tolar/Euro fest. Der Euro-Umstellungskurs entspricht dem geltenden Leitkurs im Wechselkursmechanismus II.

Slowenien wird den Euro am 1. Januar 2007 in Form des „Big-Bang – Verfahrens“ – d.h. bei gleichzeitiger Einführung des Eurobargelds –

einführen. Die Phase des Parallelumlaufs alter und neuer Währung wird 14 Tage betragen. Ein „Phasing Out“, d.h. eine Übergangsphase von maximal einem Jahr für die Verwendung der nationalen Währung in bestimmten Rechtsinstrumenten wie Rechnungen oder Bilanzen, wird von Slowenien nicht in Anspruch genommen werden.

Das Europäische Parlament hatte am 15. Juni, der Rat in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs am 16. Juni 2006 die Empfehlung der Kommission für den Eurobeitritt Sloweniens unterstützt.

Öffentliche Finanzen in der EWU

Der ECOFIN-Rat nahm Schlussfolgerungen zur Mitteilung „Public Finances in the EMU 2006“ der EU-Kommission an. Im Fokus der Mitteilung stand eine erste Bewertung zur Umsetzung des im Juli 2005 in Kraft getretenen reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Die insgesamt positive Einschätzung der Kommission wird in den Schlussfolgerungen des Rates gestützt. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat an Glaubwürdigkeit gewonnen. Verbesserungen sind vor allem bei der Durchführung der Defizitverfahren („korrekativer Arm“ des Stabilitäts- und Wachstumspaktes) festzustellen. Hier ist man zu ökonomisch ausgewogeneren Urteilen bei der Bewertung von übermäßigen Defiziten und zu effektiveren Defizitrückführungen gekommen. Verbesserungsmöglichkeiten sehen die EU-Kommission und der Rat bei der Haushaltskonsolidierung – insbesondere in konjunkturell guten Zeiten („präventiver Arm“ des Stabilitäts- und Wachstumspaktes).

Außenmandat der Europäischen Investitionsbank

Der ECOFIN-Rat führte eine Orientierungsdebatte zum Außenmandat der Europäischen Investitionsbank (EIB) für den Zeitraum 2007 bis 2013. Das derzeitige Mandat läuft Ende 2006 aus. Die Darlehensstätigkeit der EIB in Drittländern beläuft sich derzeit auf ca. 10 % des gesamten Kreditvolumens. Kommissar Almunia präsentierte den Vorschlag der EU-Kommission zum Außenmandat. Dieser sieht eine Anhebung der

Obergrenze von derzeit 20,66 Mrd. € auf 33 Mrd. € sowie die geografische Ausweitung um 16 neue Länder vor.

Im ECOFIN-Rat bestand weitgehende Übereinstimmung, den Fokus des Außenmandats auf Beitritts- und Nachbarländer zu richten. Sektoraler Schwerpunkt sollte vor allem im Bereich der Infrastrukturförderung liegen. Zudem solle die Evaluierung des Mitteleinsatzes zukünftig verbessert und eine bessere Koordination mit anderen Außenhilfsmitteln der EU gewährleistet werden.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss wurde mit der Fortführung der Arbeiten beauftragt. Der ECOFIN-Rat wird sich im Herbst erneut mit dem EIB-Außenmandat befassen.

Dialog mit Drittstaaten

Die Kommissare McCreevy und Almunia informierten die Minister über die Entwicklung des Dialogs zu Regulierungsfragen und makroökonomischen Themen mit den USA, Japan, China, Russland und Indien. Im Mittelpunkt der Gespräche mit den USA stehen Fragen der

Finanzmarktregulierung wie die gegenseitige Anerkennung der Rechnungslegungsstandards IFRS (International Financial Reporting Standard) und US-GAAP (US-Generally Accepted Accounting Principles) sowie die Vereinfachung der Deregistrierung europäischer Emittenten an US-Börsen.

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter sowie der Wirtschafts- und Finanzausschuss wurde mit der Fortsetzung der Arbeiten beauftragt.

Finanzierung des International Accounting Standards Board

Der ECOFIN-Rat nahm Schlussfolgerungen zur zukünftigen Finanzierung des International Accounting Standards Board (IASB) an. Das IASB befasst sich mit der Vereinheitlichung von internationalen Rechnungslegungsstandards für börsennotierte Unternehmen. Nach Auslaufen von Finanzierungszusagen in 2007 ist die künftige Finanzierung des IASB zzt. noch offen. In den Schlussfolgerungen wird eine möglichst breite Finanzierung auf Basis freiwilliger privater Mittel anvisiert.

Termine

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

8./9. September 2006 – Informeller ECOFIN in Helsinki

19./20. September 2006 – Gemeinsame Jahrestagung von IWF und Weltbank in Singapur

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
– Referat Bürgerangelegenheiten –
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

telefonisch: 0 18 88 / 80 80 800 (0,12 €/Min.)
per Telefax: 0 18 88 / 10 80 80 800 (0,12 €/Min.)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2006	August	Juli 2006	21. August 2006
	September	August 2006	21. September 2006
	Oktober	September 2006	20. Oktober 2006
	November	Oktober 2006	20. November 2006
	Dezember	November 2006	21. Dezember 2006

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2006

bis Mitte Februar 2006 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen

16. Februar 2006 – Finanzplanungsrat

22. Februar 2006 – Kabinettsbeschluss

17. März 2006 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat

28. bis 31. März 2006 – 1. Lesung Bundestag

7. April 2006 – 1. Beratung Bundesrat

5. April bis 31. Mai 2006 – Beratungen im Haushaltsausschuss des Bundestages

9. bis 11. Mai 2006 – Steuerschätzung

1. Juni 2006 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss

20. bis 23. Juni 2006 – 2./3. Lesung Bundestag

7. Juli 2006 – 2. Beratung Bundesrat

Ende Juli 2006 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2007

bis 23. Juni 2006 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen

29. Juni 2006 – Finanzplanungsrat

30. Juni 2006 – Zuleitung an Kabinett

5. Juli 2006 – Kabinettsbeschluss

11. August 2006 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat

5. bis 8. September 2006 – 1. Lesung Bundestag

22. September 2006 – 1. Beratung Bundesrat

20. September bis

8. November 2006 – Beratungen im Haushaltsausschuss

2./3. November 2006 – Steuerschätzung

9. November 2006 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss

21. bis 24. November 2006 – 2./3. Lesung Bundestag

15. Dezember 2006 – 2. Beratung Bundesrat

Ende Dezember 2006 – Verkündung im Bundesgesetzblatt





Analysen und Berichte

Haushaltsbegleitgesetz 2006 und Steueränderungsgesetz 2007 – Eckpfeiler des Haushaltssanierungskonzeptes der Bundesregierung	37
Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2005	47
Ergebnisse der Steuerfahndung	57
Interpretation von Wirtschaftsdaten zur Analyse der Konjunkturentwicklung	61
Zum Jahresbericht über die öffentlichen Finanzen in der Europäischen Währungsunion (Public Finance Report 2006)	69
Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften	77



Haushaltsbegleitgesetz 2006 und Steueränderungsgesetz 2007 – Eckpfeiler des Haushaltssanierungskonzeptes der Bundesregierung

1	Finanzpolitische Ausgangslage	37
2	Das Haushaltssanierungskonzept der Bundesregierung	38
2.1	Das Haushaltsbegleitgesetz 2006	38
2.2	Das Steueränderungsgesetz 2007	42

1 Finanzpolitische Ausgangslage

Die Situation der öffentlichen Haushalte hat sich seit der Mitte der 90er Jahre fortlaufend verschlechtert. Die laufenden Ausgaben überstiegen signifikant die regelmäßigen Einnahmen. Im Bundeshaushalt 2005 belief sich das strukturelle Defizit – unter Berücksichtigung realisierter Einmalentlastungen in Höhe von rund 20 Mrd. € – auf über 50 Mrd. € und entsprach damit einem Anteil von etwa 20 % des Ausgabevolumens.

Vor diesem Hintergrund haben die Koalitionspartner als einen der Eckpfeiler des Koalitionsvertrages vom 11. November 2005 festgelegt, die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates wiederherzustellen. Konzeptionell wurden zur Erreichung dieses Zieles erste Konsolidierungsschritte für das Haushaltsjahr 2006 vereinbart; ab 2007 sollten sodann die Regelverschuldensgrenze des Artikels 115 Grundgesetz sowie die Regeln des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes eingehalten werden. Vereinbart wurde, das notwendige Konsolidierungsvolumen im Wesentlichen durch ein Haushaltsbegleitgesetz sicherzustellen, das parallel zu den Haushaltsberatungen des Bundeshaushalts 2006 auf den Weg gebracht werden sollte. Einzelne Maßnahmen bzw. Maßnahmebereiche wurden im Koalitionsvertrag konkret festgelegt oder zumindest thematisch eingegrenzt. Zu nennen sind hier

beispielsweise die Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes auf 19 %, die Verwendung eines Prozentpunktes hiervon zur Senkung der Lohnzusatzkosten, im Gegenzug hierzu der Wegfall des bisherigen Defizitzuschusses an die Bundesagentur für Arbeit, die Reduzierung der Gesamtausgaben der öffentlichen Verwaltung sowie Korrekturen im Bereich der Regionalisierungsmittel zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs.

2 Das Haushaltssanierungskonzept der Bundesregierung

Zur Realisierung dieser Vorgaben hat die Bundesregierung ein umfassendes Sanierungskonzept aufgelegt, das durch Mehreinnahmen auf der Einnahmeseite, Abbau von Steuersubventionen und Einsparungen auf der Ausgabeseite alle staatlichen Ebenen nachhaltig entlastet. Dabei folgt die Politik der Bundesregierung der „Strategie der doppelten Tonlage“: Die Konsolidierung des Haushalts und die Belebung der Wirtschaft werden simultan vorangebracht. Beide Elemente bedingen sich wechselseitig: Ein angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum ist die Basis für gesunde Haushalte; umgekehrt ist nachhaltiges Wachstum ohne solide Haushaltsplanung und -führung nicht zu erreichen. Vor dem Hintergrund eines zunächst noch nicht ausreichend gefestigten Wirtschaftswachstums stehen dabei zunächst Anpassungen bei konsumtiven Ausgaben und Maßnahmen zum Abbau von Steuervergünstigungen und steuerlichen Sonderregelungen im Vordergrund. Die wesentlichen strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen – namentlich auch die Anhebung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes – greifen dann ab 2007. Das Gesamtvolumen dieses Haushaltssanierungskonzeptes in der Addition der Jahre 2006 bis 2009 beläuft sich auf rund 117 Mrd. €; rund 79 Mrd. € hiervon entfallen auf den Bundeshaushalt.

2.1 Das Haushaltsbegleitgesetz 2006

Das Haushaltsbegleitgesetz 2006 bildet ein wesentliches Kernelement der Strategie zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Weitere Elemente, vor allem in den Bereichen der Steuergesetzgebung und der Arbeitsmarktpolitik, wurden bzw. werden durch gesonderte Fachgesetze umgesetzt (siehe unter Ziffer 2.2 zum Steueränderungsgesetz 2007, S. 42).

Das Haushaltsbegleitgesetz 2006 ist am 30. Juni 2006 im Bundesgesetzblatt verkündet worden. Damit kann – wie vorgesehen – ein

Großteil der im Gesetz enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen beginnend mit dem 1. Juli 2006 seine Einsparwirkung entfalten. Zum 1. Januar 2007 werden dann auch die im Gesetz enthaltenen steuerlichen Maßnahmen und die mit der Anhebung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes verbundenen Neuregelungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung in Kraft treten.



Anhebung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes von 16 % auf 19 %

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz wird – wie im Koalitionsvertrag vorgesehen – der allgemeine Umsatzsteuersatz mit Wirkung vom 1. Januar 2007 von bislang 16 % auf 19 % erhöht. Der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7 % bleibt unverändert.

Die Anhebung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes ist eines der zentralen Elemente des Haushaltsbegleitgesetzes. Sie führt zu Mehreinnahmen, die – gesamtstaatlich betrachtet – im Jahr 2007 rund 19,4 Mrd. € betragen und bis zum Jahr 2009 auf rund 23,3 Mrd. € ansteigen werden. Damit bildet die Regelung unter haushaltswirtschaftlichen Gesichtspunkten einen Schwerpunkt des Gesetzes.

In der Fachwelt wie in der Öffentlichkeit hat vor allem diese Maßnahme im Mittelpunkt der Diskussion gestanden. Neben der individuellen Betroffenheit des einzelnen Bürgers ist dabei vor allem ökonomische Kritik an der konjunkturell dämpfenden Wirkung der Steuererhöhung in den Vordergrund gerückt worden. Dabei haben die entsprechenden Kritiker jedoch weitgehend außer Acht gelassen, dass eine Maßnahme dieses

Umfangs zur Haushaltskonsolidierung unter Einhaltung der hierfür maßgeblichen verfassungs- und EU-rechtlichen Vorgaben unverzichtbar war. Auch zeigten sie sich nicht in der Lage, mögliche Alternativlösungen in einem auch nur annähernd finanziell ausreichenden Umfang vorzuschlagen. Selbst wenn es entsprechende Alternativen gegeben hätte, darf zudem nicht übersehen werden, dass auch andere Einsparmaßnahmen im erforderlichen Umfang dem Wirtschaftskreislauf Finanzvolumen entzogen und damit ebenfalls dämpfende Effekte auf die Konjunktur nach sich gezogen hätten.

Schließlich darf auch nicht außer Acht gelassen werden, dass das Aufkommen eines zusätzlichen Umsatzsteuerpunktes zur Reduzierung des Beitragssatzes der Arbeitslosenversicherung eingesetzt wird, der mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2006 um insgesamt zwei Prozentpunkte abgesenkt wird (siehe auch „Neuordnung der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung“). Dies trägt zu einer Absenkung der Lohnzusatzkosten bei, führt insbesondere in beschäftigungsintensiven Bereichen zu beträchtlichen Entlastungen und entfaltet damit eine zur Anhebung der Umsatzsteuer gegenläufige Wirkung auf die Konjunktur.

Für die Land- und Forstwirte, die den Vorsteuerabzug mit einem gesetzlich festgelegten Pauschalsatz in Anspruch nehmen, wurde die Vorsteuerpauschale für forstwirtschaftliche Umsätze von 5 % auf 5,5 % sowie für landwirtschaftliche Umsätze von 9 % auf 10,7 % angehoben.

Änderung des Versicherungsteuergesetzes

Parallel zur Anhebung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes wird auch der Regelsteuersatz der Versicherungsteuer von 16 % auf 19 % angehoben. Die besonderen Steuersätze der Versicherungsteuer werden jeweils entsprechend angepasst.

Neuordnung der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung

Mit der Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte auf 4,5 % zum 1. Januar 2007 werden nicht nur die Lohnnebenkosten gesenkt, sondern auch die

Finanzbeziehungen zwischen Bund und Bundesagentur für Arbeit (BA) neu geregelt. Ab diesem Zeitpunkt erhält die BA als Finanzierungsbeitrag des Bundes das Mehraufkommen aus einem Punkt der Umsatzsteuererhöhung in Form eines regelgebundenen Zuschusses. Durch eine korrespondierende Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Einführung eines neuen Vorab-Betrages zugunsten des Bundes im Rahmen der Verteilung des Umsatzsteueraufkommens) wird sichergestellt, dass dem Bund das entsprechende Aufkommen zur Verfügung steht.

Mit der Einführung des neuen Umsatzsteuerzuschusses zugunsten der BA entfällt künftig die bisherige Defizithaftung des Bundes. Etwaige Defizite der BA wird der Bund ab 2007 nicht mehr durch Zuschüsse, sondern im Wege zinsloser – erforderlichenfalls auch überjähriger – Darlehen ausgleichen. Die Grundlage hierfür wurde durch organisatorische Reformen und die Gesetze für moderne Dienstleistungen und zu Reformen am Arbeitsmarkt geschaffen.

Rückführung der pauschalen Zuweisung des Bundes an die Gesetzliche Krankenversicherung

Die bisherige Zuweisung des Bundes an die Gesetzliche Krankenversicherung zur pauschalen Abgeltung versicherungsfremder Leistungen wird im Jahre 2007 auf 1,5 Mrd. € vermindert und ab 2008 abgeschafft. Von dieser im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes getroffenen Regelung unbenommen bleiben die in der Koalition vereinbarten und vom Bundeskabinett beschlossenen Eckpunkte zur Gesundheitsreform, die eine neue Form der Teilfinanzierung aus Bundesmitteln vorsehen.

Die Zuweisung in der bisherigen Form wurde durch das GKV-Modernisierungsgesetz vom 14. November 2003 eingeführt. Zur Gegenfinanzierung der entsprechenden Ausgaben des Bundes war in den Konsensgesprächen zur Gesundheitsreform im Sommer 2003 vereinbart worden, die Tabaksteuer in insgesamt drei Stufen anzuheben. Diese Finanzierung hat sich allerdings in den Folgejahren nicht als belastbar erwiesen. Beim Aufkommen der Tabaksteuer war statt der erwarteten Mehreinnahmen vielmehr ein Rückgang zu verzeichnen.

Begrenzung der Sozialversicherungsfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen

Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge waren bislang – parallel zu der entsprechenden einkommensteuerrechtlichen Regelung – bis zu einem Grundlohn von 50 € je Stunde in der Sozialversicherung beitragsfrei. Diese Beitragsfreiheit wird künftig auf einen Grundlohn von max. 25 € je Stunde begrenzt. Die steuerrechtlichen Regelungen bleiben unberührt.

Anhebung des pauschalen Beitragsatzes für geringfügig Beschäftigte im gewerblichen Bereich

Für geringfügig Beschäftigte im gewerblichen Bereich hat der Arbeitgeber bislang pauschale Beiträge auf das Arbeitsentgelt in Höhe von 11 % an die Gesetzliche Krankenversicherung, 12 % an die Gesetzliche Rentenversicherung sowie 2 % an Pauschalsteuern abgeführt.

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz werden die Pauschalabgaben an die Gesetzliche Krankenversicherung auf 13 % und diejenigen an die Gesetzliche Rentenversicherung auf 15 % angehoben. Der pauschale Steuersatz von 2 % bleibt unverändert.

Als Folgeänderung der Maßnahme in den Bereichen der Gesetzlichen Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung werden auch die Übergänge in die Gleitzone des so genannten „Midi-Job-Bereichs“ geglättet.

Absenkung der vom Bund zu zahlenden Krankenversicherungsbeiträge für Bezieher von Arbeitslosengeld II; pauschale Verminderung des allgemeinen Bundeszuschusses zur allgemeinen Rentenversicherung

– Die vom Bund zu entrichtenden Krankenversicherungsbeiträge für Bezieher von Arbeitslosengeld II werden vermindert; regelungstechnisch geschieht dies dadurch, dass der als Bemessungsgrundlage dienende Bruchteil der allgemeinen sozialversicherungsrechtlichen Bezugsgröße im Sinne des § 18 SGB IV entsprechend verringert wird.

Hintergrund dieser Maßnahme ist die im Koalitionsvertrag festgelegte und auf der Klausurtagung des Bundeskabinetts am 9. und 10. Januar 2006 nochmals bekräftigte Absicht, dass die durch die beiden zuvor beschriebenen Maßnahmen bewirkte Entlastung der Sozialversicherungsträger im Gegenzug finanziellen Spielraum für eine Absenkung von Leistungen des Bundes an die Sozialversicherung schaffen soll. Im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung wird dies im Wege der Absenkung des Krankenversicherungsbeitrages für ALG-II-Bezieher realisiert. Im Wege eines jährlichen Spitzabrechnungsverfahrens wird dabei sichergestellt, dass der Gesetzlichen Krankenversicherung im Saldo der sie ent- und belastenden Maßnahmen keine zusätzliche Belastung entsteht. Gegebenenfalls erwächst den Krankenkassen ein entsprechender Ausgleichsanspruch gegen den Bund.

– Im Bereich der Gesetzlichen Rentenversicherung soll der entsprechende Entlastungseffekt zugunsten des Bundeshaushalts im Wege eines pauschalen Minderungsbetrages beim allgemeinen Bundeszuschuss erzielt werden. Auch hier wird im Wege eines Verrechnungsmodus sichergestellt, dass die Gesetzliche Rentenversicherung im Saldo der sie ent- und belastenden Maßnahmen nicht zusätzlich belastet wird.

Einsparungen im Bereich des öffentlichen Dienstes

– Kürzung der jährlichen Sonderzahlung für Beamte, Richter und Soldaten sowie Versorgungsempfänger des Bundes:

Nach bisherigem Recht wurde Beamten, Richtern und Soldaten des Bundes sowie Mitgliedern der Bundesregierung und Parlamentarischen Staatssekretärinnen und -sekretären eine Sonderzahlung in Höhe von 60 % ihrer Monatsbezüge gewährt. Versorgungsempfänger erhielten eine Sonderzahlung in Höhe von 50 % der Monatspension. Mit dem Haushaltsbegleitgesetz wird die bisher gezahlte Sonderzahlung – befristet auf die Jahre 2006 bis 2010 – auf 30 % bzw. 25 % halbiert. Zur Abfederung sozialer Härten wird dabei der den Besoldungsempfängerinnen und Besoldungsemp-

fängern der Besoldungsgruppen A 2 bis A 8 im Rahmen der jährlichen Sonderzahlung gewährte Erhöhungsbetrag von bislang 100 € auf künftig 125 € angehoben.

Für Mitglieder der Bundesregierung, Parlamentarische Staatssekretärinnen und -sekretäre sowie Versorgungsempfänger aus diesen Ämtern wird die Sonderzahlung dauerhaft gestrichen.

- Kürzung und partielle Abschaffung der Bankzulage für Beschäftigte der Deutschen Bundesbank:

Den Bediensteten der Deutschen Bundesbank wurde bislang eine monatliche Bankzulage in Höhe von 19 % des Grundgehalts gezahlt. Künftig beträgt die Bankzulage in der Zentrale 9 % und in den Hauptverwaltungen 5 % des Grundgehalts. Für Mitarbeiter in den Filialen entfällt sie. Damit wird der gewandelten Bedeutung der verschiedenen Stellen im Rahmen der 2002 beschlossenen Strukturreform der Deutschen Bundesbank Rechnung getragen. Vorhandenen Beschäftigten werden Ausgleichszulagen gewährt, die bei Gehaltszuwächsen ohne nominale Einschnitte vermindert werden. Im Falle von Neueinstellungen gelten die neuen Regelungen sofort.



Neufestsetzung der Leistungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz sind die den Ländern vom Bund aus dem Mineralölsteueraufkommen zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs jährlich gewährten Beträge für das Jahr 2006 in Höhe des Vorjahresbetrages eingefroren und in den Folgejahren der Höhe nach vermindert worden. Den Ländern ste-

hen danach im Jahr 2006 7053,1 Mio. €, im Jahr 2007 6709,9 Mio. € und ab dem Jahr 2008 6609,9 Mio. € zur Verfügung.

Die Maßnahme hat im Verlaufe der Beratungen sowie parallel in der Öffentlichkeit zu einer Diskussion über die Angemessenheit des bisherigen Leistungsumfangs und etwaige Konsequenzen für die Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs geführt. Widerspruch von Seiten der Länder hatte zur Folge, dass in den Ausschussberatungen des Bundesrates zunächst die Anrufung des Vermittlungsausschusses empfohlen wurde. Die Auseinandersetzung in dieser Frage konnte letztendlich durch einen Verhandlungskompromiss beigelegt werden. Dieser Verständigung zufolge bleibt es für die Jahre 2006 und 2007 bei den im Haushaltsbegleitgesetz vorgesehenen Ansätzen. In den Jahren 2008 bis 2010 sollen die den Ländern zufließenden Beträge um zusammen rund 500 Mio. € höher ausfallen als nach dem Haushaltsbegleitgesetz vorgesehen. Dabei werden die Regionalisierungsmittel ab dem Jahr 2009 wieder auf der Basis des für das Jahr 2008 neu festzusetzenden Betrages dynamisiert.

Der gefundene Kompromiss bedarf noch der Umsetzung durch ein nachfolgendes gesonderetes Gesetzgebungsverfahren. Das Haushaltsbegleitgesetz selbst ist auf der Grundlage dieser Absichtserklärung im Vergleich zu der vom Deutschen Bundestag beschlossenen Fassung unverändert geblieben; der Bundesrat hat seine erforderliche Zustimmung erteilt.

Weitere Regelungen

- Beschleunigung des schrittweisen Übergangs der Verwaltungskosten der knappschaftlichen Krankenversicherung der Rentner auf diese selbst:

Der Bund finanziert in der knappschaftlichen Rentenversicherung das jährliche Defizit zwischen Einnahmen und Ausgaben. Mittelbar ist er in diesem Zusammenhang damit bislang auch an der Finanzierung der Verwaltungskosten der knappschaftlichen Krankenversicherung der Rentner beteiligt. Bereits mit dem GKV-Modernisierungsgesetz vom 14. November 2003 wurde die Rechtslage dahingehend

geändert, dass der knappschaftlichen Krankenversicherung selbst die schrittweise Übernahme der entsprechenden Verwaltungskosten auferlegt wurde. Mit dem Haushaltsbegleitgesetz wird diese Übernahme beschleunigt und der für das Jahr 2006 maßgebliche Anteil auf 50 % angehoben.

- Änderung des Finanzausgleichsgesetzes zur Kompensation der Ländergesamtheit für Einnahmeausfälle bei den Spielbankabgaben:

Die Umsätze des gewerblichen Glücksspiels sind seit dem 6. Mai 2006 nicht mehr von der Umsatzsteuer befreit. Zur Kompensation der Einnahmeausfälle der Länder aus der Spielbankabgabe in diesem Zusammenhang erhält die Ländergesamtheit ab 2007 im Rahmen der Verteilung des Umsatzsteueraufkommens 60 Mio. € pro Jahr vom Bund.

- Änderung des dienstrechtlichen Kriegsfolgen-Abschlussgesetzes:

Auf Vorschlag des Bundesrates sind – als Folge der Entflechtung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern im Zuge der Föderalismusreform – die Zuständigkeiten für den Vollzug des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen (Personen, die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst standen, aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind und nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet wurden) neu geregelt worden. Die Zuständigkeit für die Festsetzung und Zahlung der Bezüge für diesen Personenkreis wird auf den

Bund (zurück)übertragen und geht auf die Oberfinanzdirektionen – Service-Center Versorgung – im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen über.

- Gesetzliche Klarstellung der bisherigen Verwaltungspraxis zur Rentenversicherungspflicht von Gesellschafter-Geschäftsführern von Kapitalgesellschaften:

Auf Vorschlag des Bundesrates ist die bisherige langjährige Verwaltungspraxis der Rentenversicherungsträger zur Frage der Rentenversicherungspflicht von Gesellschafter-Geschäftsführern von Kapitalgesellschaften gesetzlich festgeschrieben worden. Abzustellen ist danach für die Frage einer etwaigen Versicherungspflicht darauf, ob die Gesellschaft selbst im Außenverhältnis (nicht aber der Gesellschafter-Geschäftsführer im Innenverhältnis zur Gesellschaft) mehr als einen Auftraggeber hat. Diese Klarstellung ist vor dem Hintergrund einer insoweit abweichenden Entscheidung des Bundessozialgerichts vom 24. November 2005 erfolgt.

2.2 Das Steueränderungsgesetz 2007

Mit dem Steueränderungsgesetz 2007 setzt die Bundesregierung weitere bei den Koalitionsverhandlungen verabredete steuerpolitische Maßnahmen um, die maßgeblich zu der gebotenen zügigen und dauerhaften Konsolidierung der öffentlichen Haushalte beitragen sollen. Das

Tabelle 1: Die sich aus dem Haushaltsbegleitgesetz 2006 ergebenden Einsparungen im Überblick

Gebietskörperschaft		Haushaltsentlastung (+) bzw. -belastung (-)			
		– in Mio. € –			
		2006	2007	2008	2009
Summe Haushaltsbegleitgesetz	Bund ¹	885,3	12 398,9	15 388,9	15 672,5
	Länder	– 105,8	5 730,6	6 687,6	6 766,0
	Gemeinden	–	– 8,0	– 360,0	– 351,0
	Gesamt	779,5	18 121,5	21 716,5	22 087,5

¹ Zuzüglich der sich aus der Kürzung bzw. Streichung der Bundesbankzulage sukzessive ergebenden Entlastung des Bundes (bei voller Wirksamkeit rd. 42 Mio. € pro Jahr).

Gesetz wurde am 29. Juni 2006 vom Deutschen Bundestag verabschiedet und hat am 7. Juli 2006 den Bundesrat passiert. Es sieht insbesondere zahlreiche Regelungen zur Verbreiterung der einkommensteuerlichen Bemessungsgrundlage vor und tritt im Wesentlichen am 1. Januar 2007 in Kraft.

Einführung eines Zuschlags auf die Einkommensteuer für Spitzenverdiener

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, wird der Einkommensteuersatz für Spitzenverdiener von derzeit 42 % um drei Prozentpunkte angehoben. Ab einem zu versteuernden Einkommen von über 250 000 € bei Ledigen bzw. 500 000 € bei zusammen veranlagten Ehegatten beträgt der Spitzensteuersatz damit ab 2007 45 %.

Gewinneinkünfte, also die mit einem unternehmerischen Risiko verbundenen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbstständiger Arbeit, werden – mit Blick auf die für 2008 vorgesehene Reform der Unternehmensbesteuerung – mittels eines Entlastungsbetrages zeitlich befristet von der Erhöhung ausgenommen.

Nicht ausgenommen von der Erhöhung des Spitzensteuersatzes sind jedoch außerordentliche Einkünfte, die dem Steuerpflichtigen in einem Veranlagungszeitraum zufließen, so z.B. Gewinne aus Betriebsaufgaben oder Vergütungen für mehrjährige Tätigkeiten. Bei diesen Einkünften findet bereits eine deutliche Tarifmilderung statt. Sie werden daher ausschließlich nach den für sie geltenden ermäßigten Tarifen besteuert. Ihre Einbeziehung in den Entlastungsbetrag würde zu einer überproportionalen Entlastung führen.

Beschränkung der Pendlerpauschale auf Fernpendler

Die sog. Pendlerpauschale, also die Regelung zur Berücksichtigung von Aufwendungen für Wege zwischen Wohnung und Arbeits- oder Betriebsstätte, wird durch das Steueränderungsgesetz 2007 neu gefasst. Die Neuregelung geht davon aus, dass die Berufssphäre nunmehr erst am „Werktor“ beginnt. Die Wege zwischen Wohnung und „Werktor“ werden deshalb der Pri-

vatsphäre zugeordnet und können steuerlich nicht mehr als Betriebsausgaben oder Werbungskosten geltend gemacht werden.

Allerdings ist für Wegstrecken über 20 km eine Härtefallregelung vorgesehen: Aufwendungen für Wege mit mehr als 20 Entfernungskilometern können in Höhe von 0,30 € pro Entfernungskilometer „wie Werbungskosten“ abgezogen werden. Der Abzug ist auf 4500 € begrenzt, es sei denn, der Steuerpflichtige benutzt für die Zurücklegung der Strecke einen Kraftwagen. Aufwendungen für Familienheimfahrten werden bereits ab dem ersten Kilometer mit einer Entfernungspauschale von 0,30 € pro Entfernungskilometer berücksichtigt.

Durch die Entfernungspauschalen sind sämtliche Aufwendungen abgegolten, so dass z.B. Unfallkosten, die auf dem Arbeitsweg entstehen, daneben nicht mehr abzugsfähig sind.

Beschränkung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer

Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer als Erwerbsaufwendungen wird durch das Steueränderungsgesetz 2007 auf die Fälle beschränkt, in denen das Arbeitszimmer den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit bildet.

Nach dem bisherigen Recht war daneben ein Abzug bis zu einem Betrag von 1250 € möglich, wenn die betriebliche oder berufliche Nutzung des Arbeitszimmers mehr als 50 Prozent der gesamten betrieblichen oder beruflichen Nutzung betrug oder ein anderer Arbeitsplatz nicht zur Verfügung stand. Der Bundesrechnungshof hat diese Regelung als verwaltungsaufwändig und streitanfällig bewertet. Ihre Abschaffung führt daher nicht nur zu einer Vereinfachung, sondern verringert gleichermaßen das bisherige Streitpotenzial der Regelung.

Nicht von der Einschränkung betroffen sind Aufwendungen für Arbeitsmittel wie z.B. Schreibtisch, Bücherregal und PC. Die dafür aufgewendeten Anschaffungskosten sind bei betrieblicher oder beruflicher Veranlassung weiterhin als Betriebsausgaben oder Werbungskosten zu berücksichtigen.

Absenkung des Sparer-Freibetrages

Der Sparer-Freibetrag wird von derzeit 1370 € auf 750 € für Ledige und von 2740 € auf 1500 € für zusammen veranlagte Ehegatten abgesenkt.

Um den mit der notwendigen Anpassung der Freistellungsaufträge verbundenen Aufwand für die Steuerpflichtigen wie für die Kreditwirtschaft auf das Unvermeidliche zu beschränken und unnötige Veranlagungsfälle zu vermeiden, wird zugelassen, dass die Kreditwirtschaft die Freistellungsbeträge in entsprechend reduzierter Höhe weiterhin berücksichtigen kann, auch wenn kein neuer Freistellungsauftrag vorliegt. Die Reduzierung ist bei jedem Freistellungsauftrag auf den Prozentsatz vorzunehmen, auf den der bisherige Sparer-Freibetrag einschl. Werbungskosten-Pauschbetrag verringert wird, das sind 56,37 %. Die Erteilung eines neuen Freistellungsauftrags ist nur dann erforderlich, wenn der Steuerpflichtige das reduzierte Freistellungsvolumen – unter Beachtung der neuen Freistellungsgrenze – ändern möchte. Hat der Steuerpflichtige bzw. haben die steuerpflichtigen Ehegatten bereits heute einen Freistellungsauftrag erteilt, der die neuen Grenzen vollständig berücksichtigt, kann dieser unverändert weiter berücksichtigt werden.

Schließung von Besteuerungslücken im Bereich der beschränkten Steuerpflicht

Mit dem Steueränderungsgesetz 2007 werden Besteuerungslücken im Bereich der beschränkten Steuerpflicht geschlossen.

So wird klargestellt, dass nunmehr auch die verbrauchende Überlassung von Rechten zu inländischen Einkünften beschränkt Steuerpflichtiger führt. Dies erfasst unter anderem veranstaltungsbezogene Rechte, die sich beispielsweise durch die Nutzung zu Werbezwecken anlässlich einer Sportveranstaltung erschöpfen und die mit der einmaligen Nutzung endgültig in das Vermögen des Nutzenden übergehen. Zur Sicherstellung der Besteuerung dieser verbrauchenden Rechtsüberlassung wird die Steuerabzugsverpflichtung auf diese Veräußerungsvorgänge ausgeweitet.

Weiter unterliegen Einkünfte des in Deutschland nicht ansässigen Bordpersonals von im internationalen Luftverkehr eingesetzten Luftfahrzeugen, die von Unternehmen mit Geschäftsleitung im Inland betrieben werden, nunmehr insgesamt der beschränkten Steuerpflicht in Deutschland. Nach bisherigem Recht können im Rahmen der beschränkten Einkommensteuerpflicht anteilig nur die Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit des Bordpersonals besteuert werden, die auf einer Ausübung der Tätigkeit im Inland beruhen. Flugzeuge, die sich nicht im deutschen Luftraum bzw. auf deutschen Flughäfen befinden, gehören jedoch nicht zum Inland, so dass insoweit das Bordpersonal bisher keine inländischen beschränkt steuerpflichtigen Einkünfte erzielt. Aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen wurden diese Einkünfte aber auch nicht im Wohnsitzstaat besteuert, wenn dieser die Doppelbesteuerung durch die Freistellungsmethode vermeidet.

Umsetzung des EU-Zinsabkommens mit der Schweiz in nationales Recht

Mit dem Steueränderungsgesetz 2007 wird das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft betreffend die Besteuerung von Zinserträgen umgesetzt. Danach sollen Regelungen geschaffen werden, die denjenigen der Mutter-Tochter-Richtlinie und der Zinsen- und Lizenzgebühren-Richtlinie vergleichbar sind. Zu diesem Zweck werden bereits ab dem 1. Juli 2005 in bestimmten Fällen schweizerische Unternehmen, die an der grenzüberschreitenden Zahlung von Zinsen oder Lizenzgebühren beteiligt sind, Unternehmen der Europäischen Union gleichgestellt. Wegen der bereits vorhandenen Regelungen im Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz war keine vollständige Umsetzung des Zinsabkommens erforderlich. Die Umsetzung des Abkommens betrifft nur gewisse Ausnahmefälle, in denen die Regelung des Zinsabkommens günstiger sein kann als die des Doppelbesteuerungsabkommens mit der Schweiz.

Absenkung der Altersgrenze für die Gewährung von Kindergeld

Die Altersgrenze für die Gewährung von Kindergeld bzw. kindbedingten Steuerfreibeträgen wird durch das Steueränderungsgesetz 2007 für Kinder ab dem Geburtsjahrgang 1983 auf den Zeitraum vor Vollendung des 25. Lebensjahres abgesenkt. Bei Kindern des Geburtsjahres 1982 wird bei der Altersgrenze auf die Zeit vor Vollendung des 26. Lebensjahres abgestellt. Kinder, die im Laufe des Jahres 2006 das 25. oder 26. Lebensjahr vollenden, sind von der Gesetzesänderung nicht betroffen. Für sie gilt das bisherige Recht fort. Entsprechendes gilt für Kinder, die vor dem 1. Januar 2007 in der Zeit ab Vollendung ihres 25. Lebensjahres und vor Vollendung ihres 27. Lebensjahres eine Behinderung erlitten haben, derentwegen sie außerstande sind, sich selbst zu unterhalten. Für Kinder, die Grundwehrdienst, Zivildienst oder davon befreiende Entwicklungshelfertätigkeiten geleistet haben, sind – unter bestimmten Voraussetzungen – Übergangsregelungen vorgesehen.

Abschaffung der Bergmannsprämie

Das Steueränderungsgesetz 2007 sieht die stufenweise Abschaffung der Bergmannsprämie vor. Nach dem Gesetz über Bergmannsprämien wird Arbeitnehmern des Bergbaus, die unter Tage beschäftigt sind, derzeit für jede unter Tage verfahrenre volle Schicht eine Bergmannsprämie von 5 € gewährt, die aus den Mitteln des Lohnsteueraufkommens gezahlt wird. Die Prämie gilt weder als steuerpflichtige Einnahme noch als Verdienst oder Entgelt im Sinne der Sozial- oder Arbeitslosenversicherung. Die Bergmannsprämie ist in dieser Form heute nicht mehr gerechtfertigt und hinsichtlich ihrer ursprünglichen arbeitsmarktpolitischen Zielsetzung sogar kontraproduktiv. Die Neuregelung sieht daher für 2007 die Halbierung der Prämie auf 2,50 € sowie für 2008 ihre Abschaffung vor.

Änderung des Gesetzes über Steuerstatistiken

Zur Verbesserung der Qualität der Datenerhebung wird durch das Steueränderungsge-

setz 2007 schließlich eine jährliche Geschäftsstatistik zur Körperschaft- und Gewerbesteuer eingeführt.



Tabelle 2: Finanzielle Auswirkungen des Steueränderungsgesetzes 2007
– Steuermehreinnahmen in Mio. € –

Steuerart/ Gebietskörperschaft	Volle Jahres- wirkung ¹	Kassenjahr				
		2006	2007	2008	2009	2010
Insg.	+ 4 389	–	+ 2 123	+ 4 321	+ 5 596	+ 5 439
ZinsAb	+ 600	–	+ 600	+ 600	+ 600	+ 600
LSt	+ 1 985	–	+ 1 296	+ 1 309	+ 1 985	+ 1 985
ESt	+ 1 597	–	+ 120	+ 2 185	+ 2 740	+ 2 592
SolZ	+ 207	–	+ 107	+ 227	+ 271	+ 262
Bund	+ 1 994	–	+ 973	+ 1 977	+ 2 544	+ 2 472
ZinsAb	+ 264	–	+ 264	+ 264	+ 264	+ 264
LSt	+ 844	–	+ 551	+ 556	+ 844	+ 844
ESt	+ 679	–	+ 51	+ 930	+ 1 165	+ 1 102
SolZ	+ 207	–	+ 107	+ 227	+ 271	+ 262
Länder	+ 1 787	–	+ 866	+ 1 750	+ 2 273	+ 2 210
ZinsAb	+ 264	–	+ 264	+ 264	+ 264	+ 264
LSt	+ 844	–	+ 551	+ 556	+ 844	+ 844
ESt	+ 679	–	+ 51	+ 930	+ 1 165	+ 1 102
Gem.	+ 608	–	+ 284	+ 594	+ 779	+ 757
ZinsAb	+ 72	–	+ 72	+ 72	+ 72	+ 72
LSt	+ 297	–	+ 194	+ 197	+ 297	+ 297
ESt	+ 239	–	+ 18	+ 325	+ 410	+ 388

¹ Wirkung für einen vollen (Veranlagungs-)Zeitraum von zwölf Monaten.

ZinsAb Zinsabschlagsteuer
LSt Lohnsteuer
ESt Einkommensteuer
SolZ Solidaritätszuschlag

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2005

1	Überblick über das Gesamtergebnis	47
1.1	Entwicklung der Steuereinnahmen	47
1.2	Steuereinnahmen und Steuerschätzung	48
2	Analyse der Aufkommensentwicklung bei wichtigen Steuerarten	49

1 Überblick über das Gesamtergebnis

1.1 Entwicklung der Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen insgesamt betrugen im Jahr 2005 nach endgültigen Ergebnissen 452,1 Mrd. €. Sie lagen damit 2,1 % bzw. 9,2 Mrd. € über dem Niveau des Vorjahres. In der Tabelle 1 sind die Steuereinnahmen nach Ertragshoheit gegliedert und in ihrer Veränderung gegenüber dem Vorjahr dargestellt.

Die Entwicklung bei den gemeinschaftlichen Steuern war einerseits beeinflusst durch den Rückgang der Lohnsteuereinnahmen (– 4,0 %). Andererseits stiegen die veranlagte Einkommensteuer (+ 81,1 %) und die Körperschaftsteuer (+ 24,5 %) kräftig an. Die Steuern vom Umsatz ver-

zeichneten einen Zuwachs von 1,7 % gegenüber dem Vorjahresniveau. Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag blieben mit + 0,3 % stabil.

Während bei den aufkommensstarken Bundessteuern die Tabaksteuer (+ 4,7 %) und der Solidaritätszuschlag (+ 2,0 %) einen leichten Anstieg zu verzeichnen hatten, sind die Einnahmen aus der Mineralölsteuer um 4,0 % zurückgegangen. Insgesamt ergab sich für die Bundessteuern ein Rückgang von 1,2 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Ländersteuern nahmen um 4,1 % zu. Dies wurde vor allem durch einen Anstieg des Kraftfahrzeugsteueraufkommens um 12,1 % aufgrund der Erhöhung der Steuersätze für eine Reihe von Fahrzeugtypen verursacht. Bis auf die Grunderwerbsteuer gingen die Einnahmen aus den übrigen Ländersteuern zurück.

Der mit + 10,2 % starke Anstieg der Gemeindesteuern war fast ausschließlich durch die dynamische Entwicklung der Netto-Gewerbsteuer

Tabelle 1: Steuereinnahmen nach Ertragshoheit

	Haushaltsjahr – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2005	2004	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern ¹	307 890	302 130	5 760	1,9
Bundessteuern	83 508	84 554	– 1 046	– 1,2
Ländersteuern	20 579	19 774	805	4,1
Gemeindesteuern ²	36 723	33 321	3 402	10,2
Zölle	3 378	3 059	319	10,4
Steuereinnahmen insgesamt	452 079	442 838	9 241	2,1

¹ Einschließlich Gewerbesteuerumlage (normal und erhöht).

² Ohne Gewerbesteuerumlage (normal und erhöht).

(nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) bestimmt, die trotz starker Vorjahresbasis um 14,1 % stieg.

Die Verteilung der Steuereinnahmen im Jahr 2005 auf Bund, Länder, Gemeinden und EU sowie die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind der Tabelle 2 zu entnehmen.

Trotz rückläufiger Bundessteuern und steigender Ländersteuern nahmen die Steuereinnahmen des Bundes mit 1,7 % stärker zu als die Steuereinnahmen der Länder (+ 0,3 %). Der geringe Anstieg der Steuereinnahmen der Länder ist zurückzuführen auf den Rückgang des Anteils der Länder am Umsatzsteueraufkommen. Dies wurde verursacht durch den Wegfall der aus dem Umsatzsteueraufkommen einmalig in 2004 geleisteten Kompensation in Höhe von 2,65 Mrd. € für die vorgezogene Senkung des Einkommensteuertarifs ab 1. Januar 2004 und die Zuweisung eines Umsatzsteueranteils in Höhe von 2,32 Mrd. € an den Bund (Artikel 30 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt). Zudem verringerten sich die an die Länder gezahlten Bundesergänzungszuweisungen um 0,58 Mrd. € (– 3,8 %). Dieser Rückgang der Einnahmen konnte durch die Erhöhung der Zuweisungen von Regionalisierungsmitteln aus dem Mineralölsteueraufkommen an die Länder (0,24 Mrd. € bzw. + 3,6 %) nicht ausgeglichen werden.

Für den kräftigen Anstieg der Steuereinnahmen der Gemeinden war die weiterhin dynamische Entwicklung der Gewerbesteuer im Jahr 2005 verantwortlich. Die übrigen Gemeindesteuern stiegen lediglich um 1,9 %.

1.2 Steuereinnahmen und Steuerschätzung

Die Steuereinnahmen im Jahr 2005 übertrafen die Erwartungen der November-Steuerschätzung 2005 deutlich. Ursache dafür war die unerwartet positive Entwicklung bei den gewinnabhängigen Steuern zum Jahresende. So lag das Ergebnis der Gewerbesteuer um 1,1 Mrd. €, der Körperschaftsteuer um 0,9 Mrd. €, der veranlagten Einkommensteuer um 0,8 Mrd. € und der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag um 0,5 Mrd. € über der Schätzung. Bei der Lohnsteuer hingegen lag das Ergebnis um 0,4 Mrd. € unter der Schätzung.

In Tabelle 3 (siehe S. 49) werden die Einnahmeergebnisse, untergliedert nach Ebenen, den Schätzergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ gegenübergestellt.

Erstmals seit längerer Zeit lag das Ist-Ergebnis wieder sowohl über der Mai-Steuerschätzung als auch über der November-Steuerschätzung. Obwohl die Mai-Schätzung im November bereits um 2,9 Mrd. € nach oben korrigiert wurde, lag das Ist-Ergebnis dann nochmals um 4,2 Mrd. € über der November-Schätzung und somit 7,1 Mrd. € über der Mai-Schätzung.

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen

	Haushaltsjahr – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2005	2004	in Mio. €	in %
Bund ¹	190 177	186 950	3 227	1,7
Länder ¹	180 426	179 869	557	0,3
Gemeinden	59 766	56 379	3 387	6,0
EU	21 711	19 640	2 071	10,5
Steuereinnahmen insgesamt	452 079	442 838	9 241	2,1

¹ Nach Bundesergänzungszuweisungen.

Tabelle 3: Gegenüberstellung von Steuerschätzung und Ist-Ergebnissen

	Schätzung in Mio. €		Ist-Ergebnis in Mio. € 2005	Differenz ggü. Schätzung in Mio. €	
	Mai 2005	Nov 2005		Mai 2005	Nov 2005
Bund ¹	187 248	188 469	190 177	2 929	1 708
Länder ¹	177 661	178 934	180 426	2 765	1 492
Gemeinden	56 885	58 648	59 766	2 881	1 118
EU	23 200	21 870	21 711	- 1 489	- 159
Steuereinnahmen insgesamt	444 993	447 921	452 079	7 086	4 158

¹ Nach Bundesergänzungszuweisungen.

2 Analyse der Aufkommensentwicklung bei wichtigen Steuerarten

Lohnsteuer

Die Kasseneinnahmen aus der Lohnsteuer gingen im Jahr 2005 um 5,0 Mrd. € bzw. 4 % zurück. Neben der Tarifsenkungsstufe 2005, die eine Senkung des Eingangsteuersatzes auf 15 % und des Spitzensteuersatzes auf 42 % brachte, führten die schwierige Arbeitsmarktsituation und der Abbau von Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld zu geringeren Lohnsteuereinnahmen.

Das Lohnsteueraufkommen (Tabelle 4) wird durch das Kindergeld, das seit 1996 als Steuervergütung durch Abzug von der Lohnsteuer gebucht wird, und durch die Auszahlung der

Altersvorsorgezulage im Rahmen der „Riester-Rente“ gemindert. Die Kindergeldzahlung blieb bei einer Änderung von + 0,5 % relativ konstant. Der Auszahlungsbetrag der Altersvorsorgezulage erhöhte sich hingegen um 127,3 %. Dies ist neben der steigenden Zahl abgeschlossener Verträge insbesondere auf die Verdoppelung des Zulagesatzes in 2005 zurückzuführen.

Seit dem Jahr 2000 wurde der Eingangsteuersatz in mehreren Stufen von 23,9 % auf 15 %, der Spitzensteuersatz von 53,0 % auf 42,0 % gesenkt und der Grundfreibetrag von 6 681 € auf 7 664 € erhöht. Dies führte im Zeitraum 2000 bis 2005 zu einer erheblichen Entlastung der Lohnsteuerpflichtigen, so dass das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer trotz der in diesem Zeitraum um 2,9 % gestiegenen Bruttolöhne und -gehälter um 7,7 % sank. Die Entwicklung von Lohnsteueraufkommen und Bruttolöhnen und -gehältern in den einzelnen Jahren von 2001 bis

Tabelle 4: Lohnsteueraufkommen

	2005	2004	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €		in %
Bruttoaufkommen	153 915	158 545	– 2,9
– Kindergeld (Arbeitgeber und Familienkassen)	– 34 669	– 34 506	0,5
– Altersvorsorgezulage	– 327	– 144	127,3
Kassenaufkommen	118 919	123 895	– 4,0

2005 und im Gesamtzeitraum ist in Abbildung 1 dargestellt. Die Tarifestufe 2001 war mit einer Senkung des Bruttoaufkommens um 1,7 % verbunden. Die Tarifsenkung 2004 führte zu einer besonders starken Verringerung des Bruttoaufkommens um 5,4 %. In diesem Jahr wurden die aufgrund der Hochwasserkatastrophe um ein Jahr verschobene Tarifsenkung 2003 und die teilweise vorgezogene Tarifsenkung 2005 wirksam. Die Tarifestufe 2005 bildete dann den Abschluss der im Jahr 2000 verabschiedeten stufenweisen Senkung des Einkommensteuertarifs.

Veranlagte Einkommensteuer

Die Kasseneinnahmen der veranlagten Einkommensteuer verbesserten sich im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr um + 81,1 % bzw. + 4,4 Mrd. €. Trotz erheblicher Steuerausfälle in

einer geschätzten Größenordnung von 2,6 Mrd. € aufgrund von Steuerrechtsänderungen, insbesondere der Tarifsenkung 2005, stiegen hier die Steuereinnahmen brutto, d.h. vor Abzug der Erstattungen nach § 46 EStG (Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer), der Eigenheimzulage und der Investitionszulage, um 1,2 Mrd. € (siehe Tabelle 5, S. 51).

Der Anstieg der Kasseneinnahmen ist jedoch nur zu einem kleineren Teil auf die Erhöhung des Bruttoaufkommens zurückzuführen. Einen größeren Anteil an der Erhöhung des Kassenaufkommens hatte die Verringerung der aus dem Einkommensteueraufkommen gezahlten Abzugsbeträge: Die Erstattungen nach § 46 EStG waren im Vorjahresvergleich wegen steuerrechtlicher Änderungen bei der Entfernungspauschale, beim Arbeitnehmerpauschbetrag und bei der Abzugsfähigkeit der Beiträge für Lebensversicherungen um 2,7 Mrd. € niedriger.

Abbildung 1: Veränderungsraten der Lohnsteuer brutto und der Bruttolöhne und -gehälter

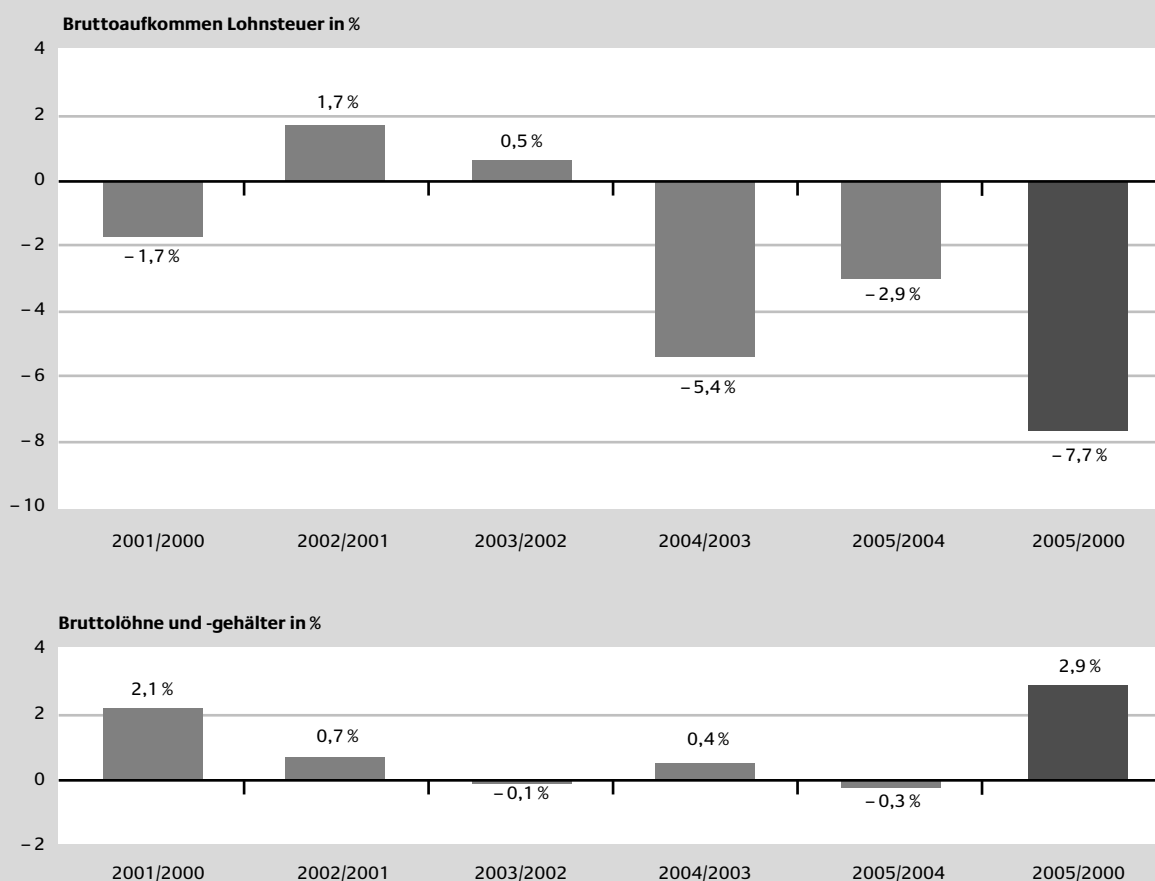


Tabelle 5: Veranlagte Einkommensteuer

	2005	2004	Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €		
Bruttoaufkommen	38 590	37 420	3,1
– Erstattungen gem. § 46 EStG	– 17 940	– 20 640	–13,1
– Eigenheimzulage	– 10 247	– 10 828	– 5,4
– Investitionszulage	– 638	– 559	14,1
Kassenaufkommen	9 766	5 394	81,1

Die Auszahlungsbeträge an Investitionszulagen waren um 0,1 Mrd. € höher und die Eigenheimzulage sank um 0,6 Mrd. €.

Körperschaftsteuer

Das Bruttoaufkommen der Körperschaftsteuer war – wie Tabelle 6 zeigt – im Jahr 2005 um 3,4 Mrd. € höher als im Vorjahr. Die Investitionszulage zur Körperschaftsteuer nahm im Vorjahresvergleich um 0,2 Mrd. € zu. Die Kasseneinnahmen stiegen somit um 3,2 Mrd. € bzw. 24,5 %.

Auf Basis der Zahlungsstrukturstatistik der Körperschaftsteuer können weitere Einsichten in die Entwicklung des Körperschaftsteueraufkommens gewonnen werden. Diese Statistik gliedert das Kassenaufkommen in Vorauszahlungen, Nachzahlungen und Erstattungen für die entsprechenden Veranlagungszeiträume. Für die Jahre

2004 und 2005 liegen die Zahlen von sechs Bundesländern, die ca. 70 % des Körperschaftsteueraufkommens erbringen, vollständig vor.¹ Hieraus ist ersichtlich, dass die Vorauszahlungen im Jahr 2005 um 13 % gegenüber dem Vorjahr stiegen (siehe Abbildung 2, S. 52). Dies ist zurückzuführen auf eine günstige Entwicklung der Unternehmensgewinne. Die Nachzahlungen gingen im Jahr 2005 um 17 % zurück. Die Entwicklung der Erstattungen war in den letzten Jahren beeinflusst von der Umstellung der Körperschaftsteuer auf das Halbeinkünfteverfahren im Jahr 2001. Die Ausschüttung von Körperschaftsteuerguthaben hatte nach 2001 zu einem starken Anstieg der Erstattungen geführt. Steuerrechtliche Maßnahmen wie die Einschränkung der Verlustverrechnung und das Moratorium für die Ausschüttung noch bestehender Körperschaftsteuerguthaben trugen zu einer deutlichen Verringerung der Erstattungen bei (– 16 % im Jahr 2005).

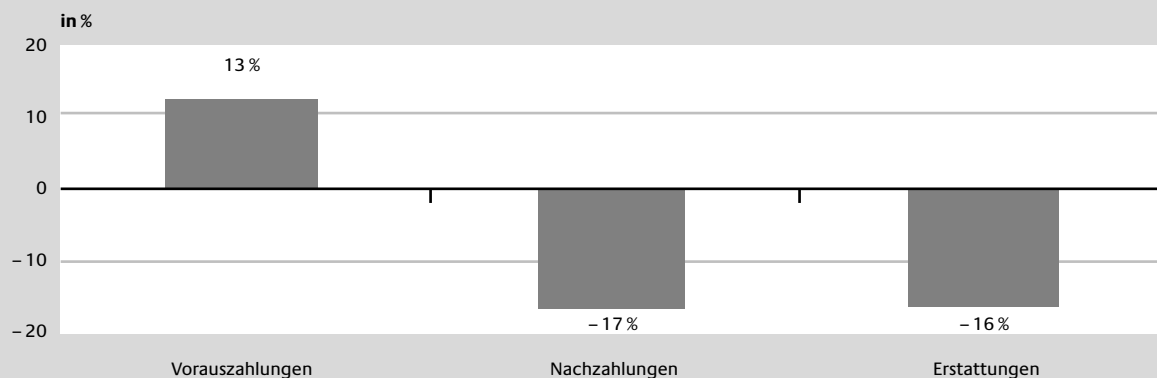
Tabelle 6: Körperschaftsteuer

	2005	2004	Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €		
Bruttoaufkommen	17 802	14 386	23,8
– Investitionszulage	– 1 470	– 1 262	16,4
Kassenaufkommen	16 333	13 123	24,5

¹ Die Zahlungsstrukturstatistik liegt seit 1998 für sechs Bundesländer (Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen) vor. Ab 2005 sind die Daten für alle Bundesländer außer Schleswig-Holstein, ab 2006 auch einschließlich Schleswig-Holsteins verfügbar.

Abbildung 2: Körperschaftsteuer 2005

Änderung von Vorauszahlungen, Nachzahlungen und Erstattungen gegenüber Vorjahr



Gewerbesteuer

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer beliefen sich im Jahr 2005 auf 32,1 Mrd. €. Das waren 3,6 Mrd. € bzw. 13,2 % mehr als im Vorjahr. In der Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens zeichnet sich eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung seit dem Jahr 2002 ab. Während das Aufkommen der Gewerbesteuer in den alten Bundesländern im Jahr 2005 um 12,4 % gegenüber 2004 zunahm, erhöhte es sich in den neuen Bundesländern um 22,6 %. Der überproportionale Anstieg des Aufkommens in den neuen Bundesländern setzt einen seit 1995 zu beobachtenden Trend zur Erhöhung des Anteils der neuen Bundesländer am Gewerbesteueraufkommen fort. Betrug der Anteil im Jahr 1995 noch 5,0 %, konnten die neuen Bundesländer

2005 9,0 % der Gewerbesteuer für sich verbuchen. Im Verhältnis zur Anzahl der Einwohner besteht jedoch noch ein großer Rückstand der Gewerbesteuerkraft der neuen Bundesländer gegenüber den alten Bundesländern, wie Abbildung 3 (siehe S. 53) zeigt.

Solidaritätszuschlag

Die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag stiegen im Jahr 2005 um 2,0 % über den Vorjahreswert. Der Rückgang der Bemessungsgrundlagen bei der Lohnsteuer und bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wurde durch die günstige Entwicklung bei der Körperschaftsteuer, der veranlagten Einkommensteuer und beim Zinsabschlag kompensiert.

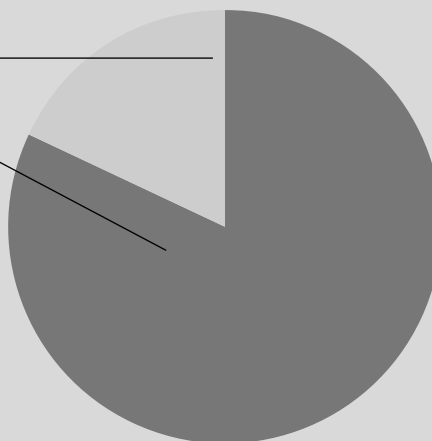
Tabelle 7: Einnahmen aus Solidaritätszuschlag

	2005	2004	Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €		
– zur Lohnsteuer	7 455	7 667	– 2,8
– zur veranlagten Einkommensteuer	935	673	38,9
– zum Zinsabschlag	396	376	5,4
– zu den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag	481	502	– 4,2
– zur Körperschaftsteuer	1 049	891	17,7
Solidaritätszuschlag insgesamt	10 315	10 109	2,0

Abbildung 3:**Anteil Einwohner am 31. Dezember 2004**

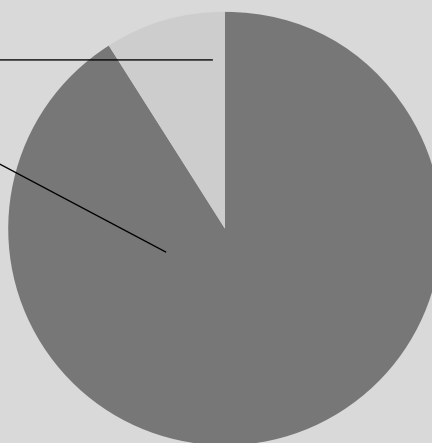
neue Bundesländer: 18 %

alte Bundesländer: 82 %

**Anteil an den Gewerbesteureinnahmen 2005**

neue Bundesländer: 9 %

alte Bundesländer: 91 %

**Steuern vom Umsatz**

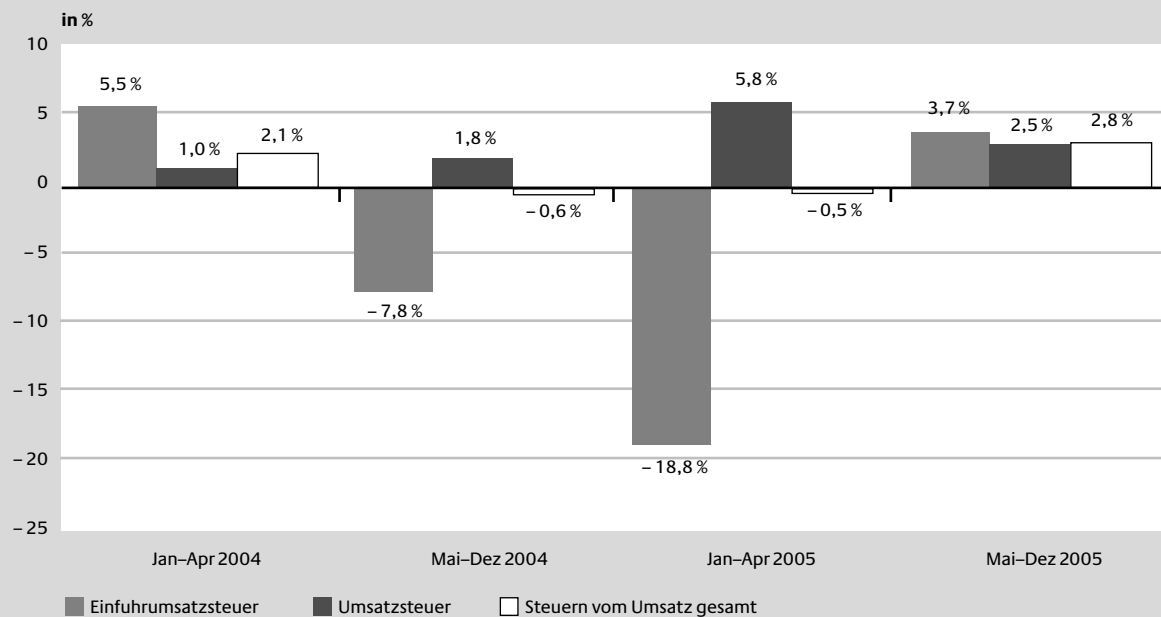
Aufgrund der auch in 2005 schwachen inländischen Endnachfrage nahmen die Steuern vom Umsatz nur um 1,7 % zu. Dabei entwickelten sich die beiden Teilaggregate der Steuern vom Umsatz, die Umsatzsteuer und die Einfuhrumsatzsteuer, im Jahresverlauf 2004 und 2005 gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum höchst unterschiedlich, wie Abbildung 4 (siehe S. 54) zeigt. Mit dem Beitritt von zehn neuen Ländern zur EU zum 1. Mai 2004 unterliegen die Einfuhren aus diesen Ländern als steuerfreier innergemeinschaftlicher Erwerb nicht mehr der Einfuhrumsatzsteuer. Dadurch bedingt sank die Einfuhrumsatzsteuer von Mai bis Dezember 2004 gegenüber dem Vorjahreszeitraum stark,

während die Umsatzsteuer wegen geringerer Vorsteuerabzüge zulegte. Dieser Trend setzte sich von Januar bis April 2005 fort. Die Umstellung führte auch zu einem leichten Rückgang der Steuern vom Umsatz insgesamt in diesem Zeitraum. Nachdem sich das neue Vergleichsniveau nunmehr eingestellt hatte, kam es ab Mai 2005 wieder zu einer gleichlaufenden Entwicklung von Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer.

Mineralölsteuer

Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer betrugen im Jahr 2005 rd. 40,1 Mrd. € und lagen damit um 4,0 % unter dem Vorjahreswert. Knapp 88 % der Mineralölsteuereinnahmen stammten dabei

Abbildung 4: Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer
 Änderung 2004 und 2005 gegenüber Vorjahreszeitraum



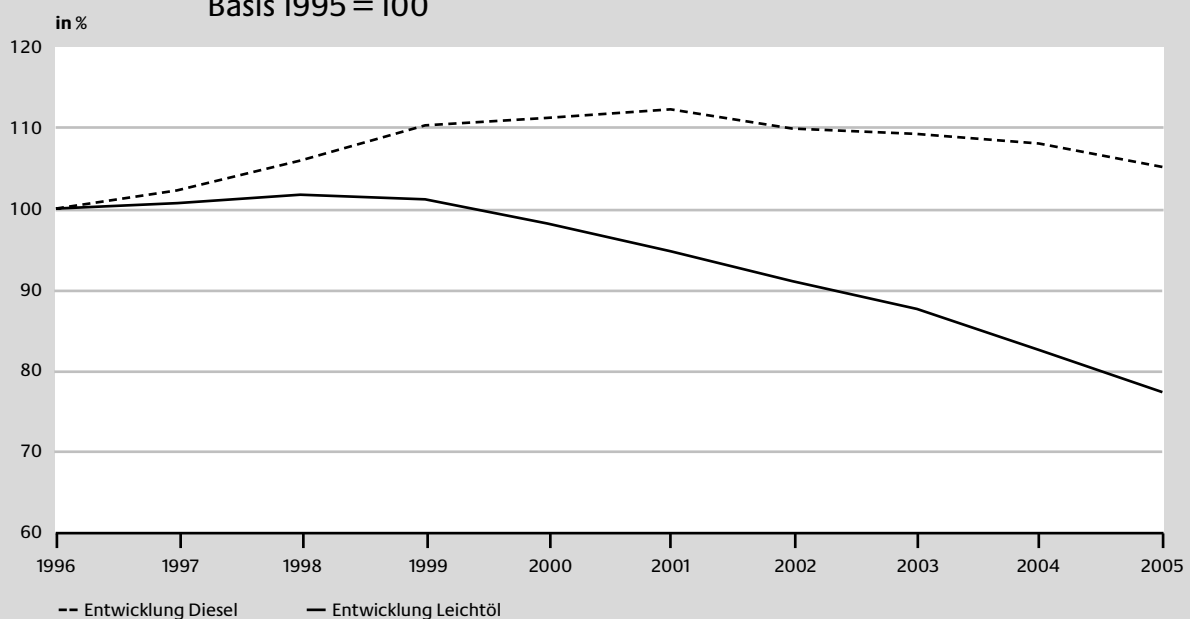
aus der Besteuerung von Kraftstoffen (Leichtöl (Benzin) und Diesel), gut 8 % aus der Besteuerung von Erdgas und 4 % aus der Besteuerung von Heizöl.

Im Jahr 2005 setzte sich beim Leichtöl der seit der Einführung der ökologischen Steuerreform im

Jahr 1999 zu beobachtende Verbrauchsrückgang² mit 5,6 % gegenüber dem Vorjahr fort, wie aus der folgenden Abbildung 5 ersichtlich wird.

Auch der Dieselverbrauch ging im Jahr 2005 um 2,9 % zurück. Er hat sich seit Einführung der

Abbildung 5: Entwicklung des Verbrauchs von Leichtöl und Diesel
 Basis 1995 = 100



² Hier und im Folgenden wird vereinfachend „Verbrauch“ mit dem Absatz in Deutschland versteuerter Mengen gleichgestellt. Annahme: Verbrauch 2005 = versteuerte Mengen Dezember 2004 bis November 2005.

Ökosteuer jedoch nur wenig verringert. Zu dieser stabilen Verbrauchsentwicklung hat insbesondere die seit Jahren zu beobachtende Substitution von Otto-Pkw durch Diesel-Pkw beigetragen. Der im Vergleich zum Leichtöl geringere Preis für Dieselmotoren, der niedrigere spezifische Verbrauch und die deutliche technische Verbesserung von Diesel-Motoren haben den Trend zum Diesel-Pkw gefördert.

Der auch im Jahr 2005 wieder angestiegene Ölpreis führte insgesamt zu einem deutlichen Rückgang im Verbrauch von Leichtöl und Diesel-

kraftstoffen, da die Autofahrer mit Verbrauchseinschränkungen und „Tanktourismus“ reagierten.

Tabaksteuer

Die Einnahmen aus der Tabaksteuer beliefen sich im Jahr 2005 auf 14,3 Mrd. € und waren damit um 4,7 % höher als im Vorjahr. Die Tabaksteuer wurde zum 1. März und 1. Dezember 2004 sowie zum 1. September 2005 u. a. für Zigaretten und Feinschnitt erhöht. Der Absatz von versteuerten Zigaretten³ im Jahr 2005 ging deutlich um 15 %

Abbildung 6: Verbrauch von versteuerten Zigaretten in den Jahren 2003 bis 2005

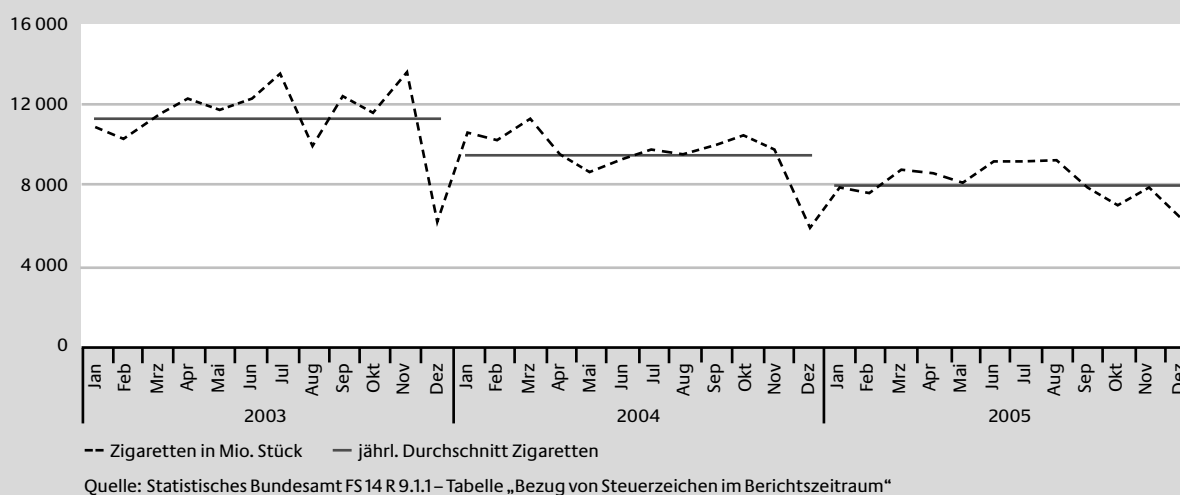
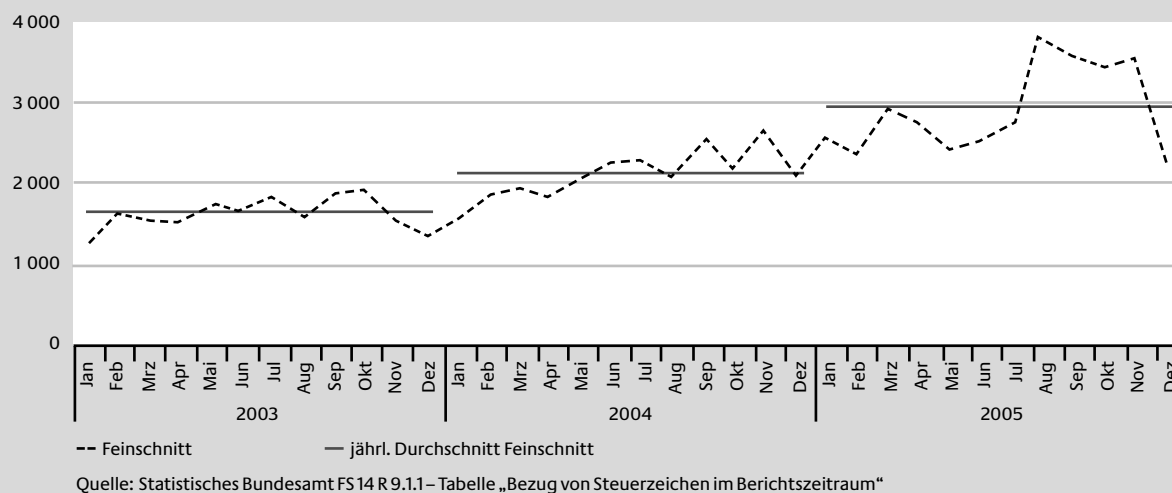


Abbildung 7: Verbrauch von versteuertem Feinschnitt in den Jahren 2003 bis 2005



³ Hier und im Folgenden werden die Mengen an versteuerten Zigaretten und Feinschnitt anhand der Steuerzeichenbezüge (Brutto) bemessen.

zurück. Aufgrund der erhöhten Steuersätze blieb jedoch das Tabaksteueraufkommen aus dem Absatz von Zigaretten im Jahr 2005 weitgehend konstant. Gleichzeitig erhöhte sich der Absatz von versteuertem Feinschnitt, der sich neben dem klassischen Feinschnitt zum Selberdrehen und Stopfen besonders in Form des vorportionierten Feinschnitts (sog. Feinschnittzigaretten oder Sticks) als mögliches Alternativprodukt für Zigaretten darstellt, signifikant um 38 %. Der Anstieg des Tabaksteueraufkommens 2005 ergab sich somit überwiegend aus den höheren Steuereinnahmen bei Feinschnittprodukten, die ca. 12 % zum Tabaksteueraufkommen beitrugen. Die Abbildungen 6 und 7 (siehe S. 55) zeigen die Entwicklung des Monatsabsatzes und des durchschnittlichen Jahresabsatzes von versteuerten Zigaretten und Feinschnitt.

In dem auf den Monat der Steuererhöhung folgenden Monat kam es jeweils zu stärkeren Absatzrückgängen bei den versteuerten Zigaretten. Bei der letzten Steuererhöhung zum 1. September 2005 setzte die Reaktion bereits im glei-

chen Monat ein. Gleichzeitig wird beim Feinschnitt die gegenläufige Tendenz mit im Jahresverlauf deutlich steigenden Absatzmengen erkennbar. Die Tabelle 8 stellt für die drei Steuererhöhungen die Absatzentwicklung in Form der Änderung des durchschnittlichen Monatsabsatzes von versteuerten Zigaretten und versteuertem Feinschnitttabak im Zeitraum nach der Steuererhöhung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum dar.

Allerdings ist das Ausweichen auf den Feinschnitt mit seinem Teilsegment der Feinschnittzigaretten nur eine mögliche Reaktion der preissensiblen Verbraucher. Legale Grenzeinkäufe und der illegale Handel (Schmuggel) sind weitere Ausweichmöglichkeiten, über deren Inanspruchnahme man nur mutmaßen kann.

Seit dem Jahr 2006 werden die Feinschnittzigaretten in Umsetzung eines EuGH-Urteils wie Fertigzigaretten besteuert. Dadurch entfällt für den Verbraucher der bisherige Steuervorteil. Die Unternehmen stellten die Produktion von Feinschnittzigaretten zum 31. März 2006 ein.

Tabelle 8: Veränderung des durchschnittlichen monatlichen Absatzes von versteuerten Zigaretten

Zeitpunkt der Steuererhöhung	Zeitraum	Veränderung des Ø monatl. Absatzes gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum	
		versteuerte Zigaretten	versteuerter Feinschnitt
		Mrd. Stück	Tsd. Tonnen
1. Mrz. 2004	Apr.–Dez. 2004	– 2,2	0,5
1. Dez. 2004	Jan.–Aug. 2005	– 1,3	0,8
1. Sep. 2005	Sep.–Dez. 2005	– 1,8	0,8

Ergebnisse der Steuerfahndung

1	Steuerfahndung	57
2	Ergebnisse der Steuerfahndung der Länder	58
3	Fazit	60

1 Steuerfahndung

Nicht jeder Steuerpflichtige kommt seinen so genannten steuerlichen Pflichten, also der Erklärung seiner Einkünfte und der Zahlung der darauf festgesetzten Steuern, nach. Werden festgesetzte Steuern nicht bezahlt, so kann die Finanzverwaltung die Steuerforderung mit staatlichen Zwangsmitteln vollstrecken. Hat der Steuerpflichtige jedoch gegenüber der Finanzverwaltung unvollständige oder unrichtige Angaben gemacht, so dass Steuern nicht in voller Höhe oder nicht rechtzeitig festgesetzt werden konnten, kann es sich um Steuerhinterziehung handeln. In diesem sowie in anderen als Steuerstraftaten definierten Fällen wird die Steuer- bzw. Zollfahndung tätig, also besondere, mit polizeilichen Befugnissen ausgestattete Finanzbeamte.

Sowohl Bundes- als auch Länderfinanzverwaltungen haben Fahndungsstellen eingerichtet. In einigen Bundesländern ist die Steuerfahndung den Finanzämtern angegliedert, in anderen Bundesländern wurden eigenständige Finanzämter für Steuerfahndung eingerichtet. Die Bundeszollverwaltung verfügt über insgesamt acht Zollfahndungsämter, die dem in Köln ansässigen Zollkriminalamt angegliedert sind.

Entsprechend den Verwaltungszuständigkeiten für die verschiedenen Steuerarten haben die Fahndungsstellen in Bund und Ländern verschiedene Zuständigkeiten: Sind die Länderbehörden für die Aufdeckung und Verfolgung von Steuerstraftaten bzw. Steuerordnungswidrigkeiten im Bereich der Besitz- und Verkehrsteuern zuständig, so erstreckt sich die Zuständigkeit des Zolls unter anderem auf die Zölle und Verbrauchsteuern.

Im Folgenden werden die aktuellen Ergebnisse der Steuerfahndung der Länder für das Jahr 2004 vorgestellt.

2 Ergebnisse der Steuerfahndung der Länder

Die Fahndungsstellen der Länder führen hauptsächlich Fahndungsprüfungen durch, sind aber in den letzten Jahren in steigendem Maße mit der Erledigung von Amts- und Rechtshilfeersuchen beschäftigt. Diese werden von anderen Behörden an eine Fahndungsstelle gerichtet, um Amtshandlungen wie z.B. die Beschaffung von Beweismitteln für die ersuchende Behörde vornehmen zu lassen. Von den in 2004 erledigten 37 370 Fällen waren 28 970 Fahndungsprüfungen und 8 400 Amts- und Rechtshilfeersuchen. Ging die Zahl der Fahndungsprüfungen gegenüber dem Vorjahr um 16,4 % zurück, so stieg die Zahl der Amts- und Rechtshilfeersuchen um 8,4 % an.

In Tabelle 1 ist die Entwicklung der Zahl der erledigten Fälle seit 1997 dargestellt. Sie zeigt ein Ansteigen der Fallzahlen bis zum Jahr 2000 auf 48 638 und darauf folgend in der Tendenz sinkende Fallzahlen bis 2004.

Tabelle 1: Von der Steuerfahndung erledigte Fälle

	Anzahl	Änd. ggü. Vj. in %
1997	23 487	
1998	30 869	31,4
1999	47 309	53,3
2000	48 638	2,8
2001	45 792	- 5,9
2002	46 729	2,0
2003	42 393	- 9,3
2004	37 370	- 11,8

Die Fahndungsprüfungen werden nach Vorliegen eines Anfangsverdachts eingeleitet. In den Fahndungsprüfungen ermitteln die Steuerfahnder sämtliche Besteuerungsgrundlagen des betroffenen Steuerpflichtigen, ungeachtet ihrer strafrechtlichen Relevanz. Im Strafverfahren werden dann die strafrechtlich relevanten Er-

mittlungsergebnisse der Strafbemessung zugrunde gelegt. Die nachfolgende Tabelle 2 weist als „bestandskräftige Mehrsteuern“ sämtliche Mehrergebnisse der Steuerfahndung, die in die Steuerfestsetzung eingegangen sind – auch die nicht in die Strafbemessung eingegangenen Mehrsteuern –, aus.

Tabelle 2: Bestandskräftige Mehrsteuern

	Mio. €	Änd. ggü. Vj. in %
1997	1 004,6	
1998	1 146,3	14,1
1999	1 467,4	28,0
2000	1 532,5	4,4
2001	1 523,6	- 0,6
2002	1 540,9	1,1
2003	1 628,7	5,7
2004	1 613,4	- 0,9

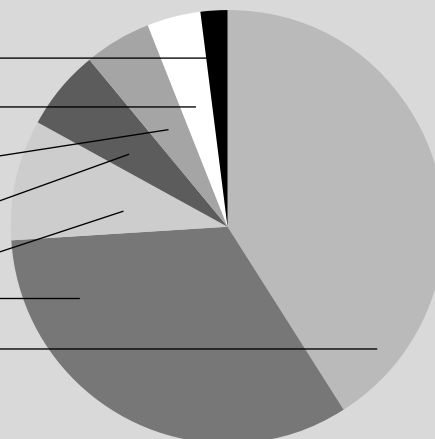
In den Jahren 1998 und 1999 gab es einen erheblichen Anstieg der bestandskräftigen Mehrsteuern von ca. 1 Mrd. € in 1997 auf ca. 1,5 Mrd. € in 1999. Seitdem blieben die Mehrsteuern relativ stabil um 1,6 Mrd. €.

Bei Betrachtung der Zusammensetzung der bestandskräftigen Mehrsteuern im Jahr 2004 fällt auf, dass ca. $\frac{3}{4}$ der Mehrsteuern auf die Einkommensteuer (41 %) und die Umsatzsteuer (33 %) entfallen (vgl. Abbildung 1, S. 59).

Die Fahndungsprüfungen führten im Jahr 2004 zur Einleitung von 16 099 Strafverfahren. Im Ergebnis der im selben Jahr abgeschlossenen Strafverfahren aufgrund Ermittlungen der Steuerfahndung wurden von den Gerichten Freiheitsstrafen (Tabelle 3, S. 59) oder Geldstrafen verhängt. In bestimmten Fällen sieht die Staatsanwaltschaft mit Zustimmung des zuständigen Gerichts von der Erhebung der öffentlichen Klage ab und erteilt dem Beschuldigten die Auflage, einen Geldbetrag zu zahlen (§ 153a Strafprozessordnung [StPO]). Geringere Verstöße gegen die Steuergesetze werden mit einer Geldbuße gemäß dem Ordnungswidrigkeiten-

Abbildung 1: Zusammensetzung der bestandskräftigen Mehrsteuern im Jahr 2004

Vermögensteuer: 39,6 Mio. €; 2 %
 Lohnsteuer: 67,7 Mio. €; 4 %
 Gewerbesteuer: 74,7 Mio. €; 5 %
 Körperschaftsteuer: 92,9 Mio. €; 6 %
 Sonstige Steuern: 142,3 Mio. €; 9 %
 Umsatzsteuer: 538,7 Mio. €; 33 %
 Einkommensteuer: 657,4 Mio. €; 41 %



gesetz (OWiG) geahndet. Die Höhe der verhängten Geldstrafen, Geldbeträge (§ 153a StPO) und Geldbußen nach Ermittlungen durch die Steuerfahndung ist in Tabelle 4 (S. 60) und Abbildung 2 (S. 60) dargestellt.

Tabelle 3: Freiheitsstrafen

	Jahre	Änd. ggü. Vj. in %
1997	1 013	
1998	1 223	20,7
1999	1 154	- 5,6
2000	1 022	- 11,4
2001	1 148	12,3
2002	1 301	13,3
2003	1 523	17,1
2004	1 624	6,6

Im Zeitraum 1997 bis 2004 ist lediglich in den Jahren 1999 und 2000 ein Rückgang der rechtskräftig verhängten Freiheitsstrafen zu verzeichnen. In allen anderen Jahren wuchsen die rechtskräftig verhängten Freiheitsstrafen von ca. 1013 Jahren in 1997 auf ca. 1624 Jahre in 2004 an.

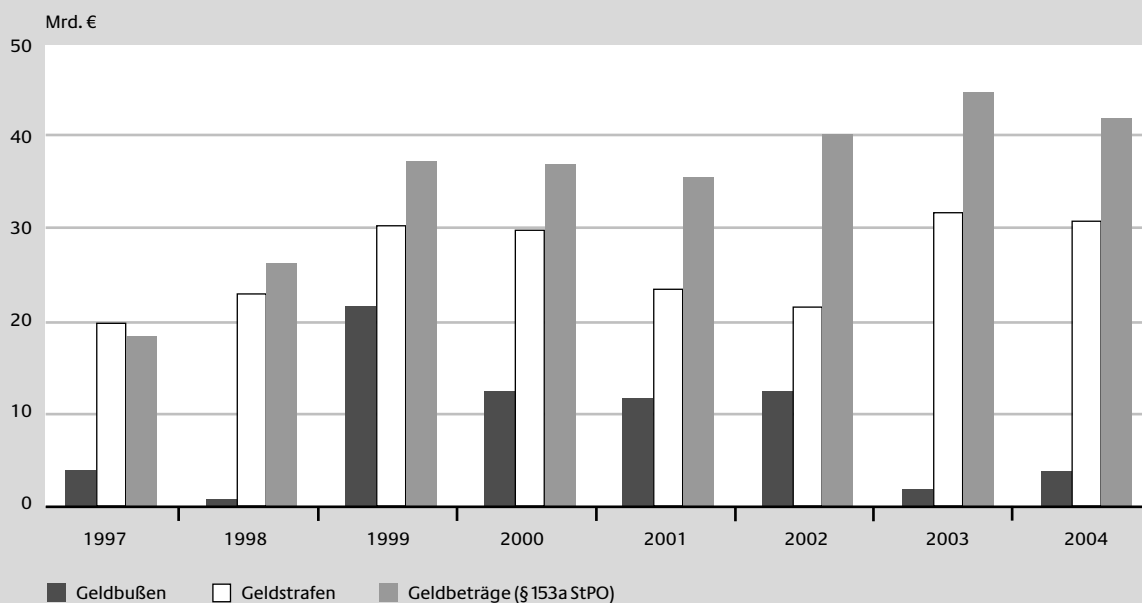
Die Geldbußen verzeichnen in 1999 einen Anstieg auf 21,8 Mio. € gegenüber 1,1 Mio. € in 1998 und fallen in den Folgejahren wieder auf 3,8 Mio. € in 2004. Der sprunghafte Anstieg in 1999 wurde verursacht durch die Vielzahl der in diesem Jahr durch Bußgeldfestsetzungen abgeschlossenen Verfahren im Bankenbereich.

Die Geldstrafen zeigten im Zeitraum von 1997 bis 2004 Schwankungen im Bereich zwischen 20 Mio. € bis 30 Mio. €. Bei den Geldbeträgen nach § 153a StPO ist ein Anstieg von 18,1 Mio. € in 1997 auf 42,0 Mio. € in 2004 festzustellen.

Tabelle 4: Geldbußen, Geldstrafen, Geldbeträge (§ 153a StPO)

	Geldbußen		Geldstrafen		Geldbeträge (§ 153a StPO)	
	Mio. €	Änd. ggü. Vj. in %	Mio. €	Änd. ggü. Vj. in %	Mio. €	Änd. ggü. Vj. in %
1997	3,9		20,1		18,1	
1998	1,1	– 72,4	22,9	13,9	26,4	46,4
1999	21,8	1924,9	30,3	32,7	37,3	41,0
2000	12,6	– 42,4	29,8	– 1,8	37,0	– 0,7
2001	11,7	– 6,7	23,4	– 21,4	35,6	– 3,9
2002	12,3	5,1	21,9	– 6,6	40,0	12,5
2003	2,1	– 83,0	31,7	44,9	44,6	11,6
2004	3,8	79,6	30,7	– 3,0	42,0	– 5,8

Abbildung 2: Geldbußen, Geldstrafen, Geldbeträge (§ 153a StPO)



3 Fazit

Die Steuerfahndungsdienste der Länder leisteten einen erheblichen Beitrag zur Sicherung des Steueraufkommens. Daneben muss jedoch auch ihre **Präventivfunktion** hervorgehoben werden: Präsenz und Erfolg der Steuerfahndungsdienste schrecken potenzielle Steuerhinterzieher ab. Der Abschreckungseffekt ist aller-

dings genauso wenig messbar wie das tatsächliche Ausmaß der Steuerhinterziehung.

Angesichts immer wieder neu auftauchender Betrugs- und Hinterziehungsmuster (wie z.B. Umsatzsteuerbetrug durch „Karussellgeschäfte“) werden die Steuerfahndungsdienste der Länder auch in der Zukunft ein wichtiges Instrument sein, um eine gleichmäßige Besteuerung aller Steuerpflichtigen sicherzustellen.

Interpretation von Wirtschaftsdaten zur Analyse der Konjunkturentwicklung

1	Einleitung	61
2	Analyse der Konjunkturentwicklung	61
2.1	Saison- und Kalenderbereinigung	61
2.2	Preisbereinigung	64
3	Darstellung von Wirtschaftsdaten und ihre Interpretation	65
3.1	Allgemeines	65
3.2	Beispiele anhand ausgewählter Wirtschaftsdaten	66
4	Zusammenfassung	68

1 Einleitung

Die Interpretation von Wirtschaftsstatistiken ist häufig nicht so einfach, beispielsweise wenn es um die wesentlichen Unterschiede zwischen Vorjahres- und Vorquartalsvergleichen oder Ursprungs- und saisonbereinigten Werten geht. Erschwerend kommt hinzu, dass die Entwicklung eines Indikators – je nachdem, welcher Vergleich herangezogen wird – unterschiedlich verlaufen kann. Darüber hinaus erfolgt die originäre Darstellung der Daten nicht immer nach einem einheitlichen Muster. Hierdurch vergrößert sich die Gefahr von Fehlern oder Missverständnissen bei der Interpretation. Dies alles hat zur Folge, dass die Kommunikation von Konjunkturindikatoren häufig als konfus wahrgenommen wird und teilweise der Eindruck entsteht, die Lage würde – je nach Intention des Berichtenden – schlechter oder auch besser dargestellt, als sie „objektiv“ sei.

Ziel dieses Beitrags ist es, in die Diskussion und Interpretation von Wirtschaftsdaten etwas Klarheit zu bringen. Dazu werden die grundlegenden Vergleichsmöglichkeiten von Wirtschaftsstatistiken zur Analyse der Konjunkturentwicklung, ihre Abgrenzung zueinander sowie die Aussagekraft dargestellt und die Kommunikation einzelner Indikatoren daraufhin beleuchtet.

2 Analyse der Konjunkturentwicklung

2.1 Saison- und Kalenderbereinigung

Um die konjunkturelle Dynamik eines Indikators zu untersuchen, werden in der empirischen Wirtschaftsforschung dessen Veränderungs-raten herangezogen. Ein wichtiges Verfahren, um die konjunkturelle Grundtendenz aufzuzeigen, ist der Vorperiodenvergleich, also eine Verlaufsbetrachtung. Hierzu werden die Wirtschaftsdaten einer Saisonbereinigung unterzogen, die gegebenenfalls um eine Kalenderbereinigung erweitert wird.

Der Vergleich von wirtschaftsstatistischen Daten mit ihren jeweiligen aufeinander folgenden Werten unter Heranziehung der (unbereinigten) Ursprungswerte ist nämlich wenig aussagekräftig. Beispielsweise steigt die Arbeitslosigkeit – im Wesentlichen wegen der kalten Witterung und dann weniger nachgefragten Arbeitnehmern in bestimmten Berufen – im Winter stets an und erreicht in der Regel im Februar ihren jährlichen Höhepunkt. Im weiteren Jahresverlauf sinkt sie dann zunächst wieder. In den Sommermonaten wiederum erhöht sich die Arbeitslosigkeit. So melden sich sehr viele Jugendliche nach Abschluss schulischer und betrieblicher Ausbildungen arbeitslos. Außerdem verringert sich in diesem Zeitraum

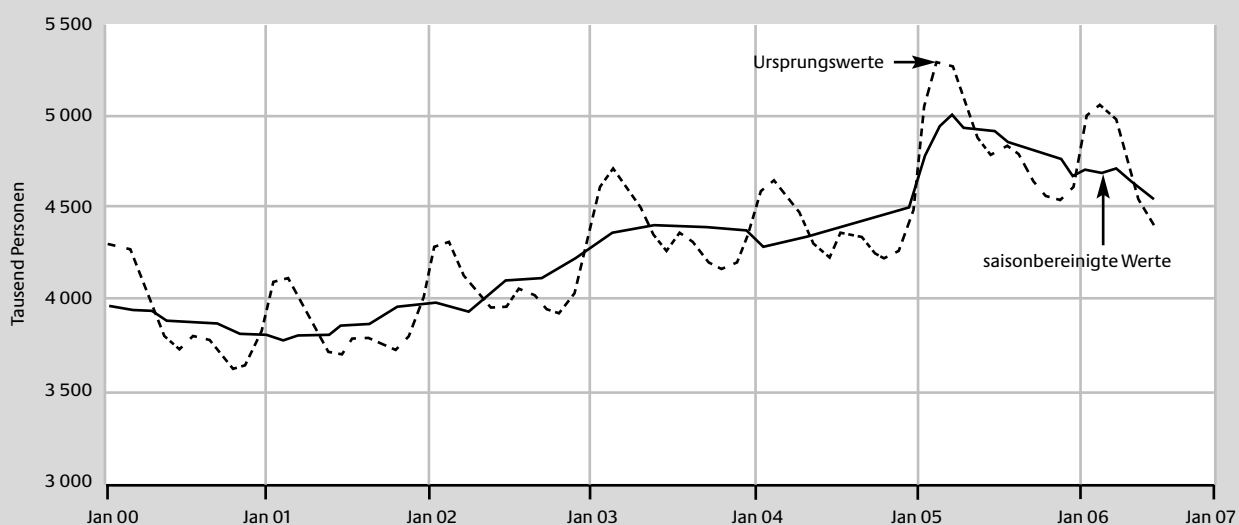
ferienbedingt die Entlastungswirkung beruflicher Qualifizierungen durch die Arbeitsagenturen. Darüber hinaus wird im Juli die Arbeitslosigkeit durch urlaubs- und quartalsbedingte Beendigungen von Arbeitsverhältnissen belastet, denen nicht entsprechend viele Arbeitsaufnahmen von Arbeitslosen gegenüberstehen. Im Herbst entspannt sich die Lage am Arbeitsmarkt dann normalerweise wieder (siehe Abbildung). Würde man demzufolge einfach die Arbeitslosendaten eines Monats mit denjenigen des Vormonats vergleichen, erhielte man häufig ein falsches Bild von der konjunkturellen Tendenz am Arbeitsmarkt. Die Saisonbereinigung versucht daher, normalerweise zu bestimmten Jahreszeiten regelmäßig wiederkehrende Einflüsse aus der beobachteten Entwicklung eines Indikators herauszurechnen.

Der Vorjahresvergleich, d.h. der Vergleich von Ursprungswerten mit ihren jeweiligen Vorjahreswerten, ist die einfachste Methode der Saisonbereinigung. Allerdings bereitet eine Konjunkturanalyse allein auf seiner Grundlage grundsätzliche Probleme. So verdeckt der Vorjahresvergleich jegliche Verlaufsbilder und kann die Entwicklung am aktuellen Rand nicht dokumentieren. Denn eine Veränderung der konjunkturellen Grundtendenz oder gar ein

konjunktureller Wendepunkt werden dadurch nicht offensichtlich, sondern erscheinen erst verzögert. Außerdem wird darin die gesamte Entwicklung in den vergangenen zwölf Monaten dokumentiert. Die teilweise ausgeprägten Diskrepanzen zwischen den Vorjahresveränderungsraten und den Veränderungsraten zur jeweiligen Vorperiode eines Indikators verdeutlichen dies.

Zudem erfasst ein Vorjahresvergleich mit Ursprungswerten weder Kalendereffekte noch irreguläre Einflüsse, so dass so genannte Basiseffekte den Vergleich verzerren können. Solche Basiseffekte äußern sich in über- oder unterzeichneten Veränderungen gegenüber der Referenz-, d.h. Basisperiode, da dieser spezielle Effekt die Basis, d.h. das Vergleichsniveau, beeinflusst. Ein Beispiel für einen Kalendereffekt ist die jährlich variierende Lage der Osterfeiertage. Während im letzten Jahr Ostern im März lag, fiel es in diesem Jahr in den April. Bei der Produktion, aber auch im Handel macht sich dies bemerkbar. So standen in diesem Jahr im April weniger Arbeitstage zur Verfügung als im April 2005, mit der Folge, dass dies für sich genommen einen negativen Effekt auf die Produktion hatte. Auch Schalttage, die Lage der Wochentage in einem Monat oder bundeslän-

Registrierte Arbeitslosigkeit in Deutschland



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

derspezifische Feiertagsregelungen gehören hierzu. Ohne eine Bereinigung um solche Kalendereffekte weist der Vorjahresvergleich einen Basiseffekt auf, die Veränderungsrate unterzeichnet die eigentliche Dynamik, die ja bei gleicher Anzahl von Arbeitstagen stärker ausgefallen wäre.

Während eine Bereinigung um Saison- und Kalendereffekte mittels Zeitreihenverfahren in der Bereitstellung von Wirtschaftsstatistiken Anwendung findet, sind irreguläre Einflüsse damit noch nicht eliminiert. Dabei handelt es sich z. B. um bei Auftragseingängen häufig vorkommende Großaufträge, die dann die Veränderungsrate überzeichnen, oder auch Streiks bzw. Verhaltensreaktionen oder statistische Effekte aufgrund politischer Maßnahmen. Auch saisonale Effekte, die außergewöhnlich sind, wie beispielsweise ein sehr kalter Winter oder ein ungewöhnlich früher Ferienbeginn, zählen zu den irregulären Einflüssen. Bei der Interpretation von Wirtschaftsstatistiken ist deshalb selbst bei saison- und kalenderbereinigten Daten auf diese Einflüsse zu achten. Denn der Basiseffekt führt dazu, dass im darauf folgenden Jahr der irreguläre Einfluss mit umgekehrtem Vorzeichen sichtbar wird. Erst wenn alle diese drei Einflüsse ausgeschaltet sind, lässt sich die „wahre“ Tendenz eines Konjunkturindikators erkennen.

Eine Möglichkeit, diese irregulären Einflüsse zu eliminieren, besteht in der Darstellung der Veränderung von Mehrmonatsdurchschnitten. So ist der Zwei- oder Dreimonatsdurchschnitt, also z. B. der Vergleich des Durchschnitts der saisonbereinigten Werte der Monate Juni und Juli gegenüber dem der Monate April und Mai, meist aussagekräftiger.

Die Auswirkungen der langfristigen, saisonalen und anderen Einflüsse sind nicht unmittelbar beobachtbar, weshalb es keine objektiv „richtige“ Zeitreihenzerlegung geben kann. In der Praxis der Analyse der aktuellen Wirtschaftsentwicklung wird mit Hilfe von Zeitreihenanalysen lediglich eine Saisonbereinigung, gegebenenfalls erweitert um eine Kalenderbereinigung, vorgenommen. Dies liegt daran, dass für eine Elimination der so genannten Trend-Konjunkturkomponente, die zusätzlich um irreguläre Einflüsse bereinigt ist, immer

über den aktuellen Wert hinaus Werte prognostiziert werden müssen. Das ist wiederum aber mit den einer Prognose inhärenten Problemen verbunden; gerade irreguläre Ereignisse sind durch ihre geringe Vorhersagbarkeit gekennzeichnet. Daher werden irreguläre Einflüsse in der Konjunkturanalyse lediglich qualitativ mittels ökonomischen Sachverstands erfasst. In der Regel werden die um Saison- und Kalendereinflüsse bereinigten Daten im Verlauf betrachtet, d. h. sie werden mit ihren jeweiligen Vorperiodenwerten, bei Monatsfrequenz also dem Vormonat, bei Daten beispielsweise der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) dem Vorquartal, verglichen.

Zur Saison- und Kalenderbereinigung gibt es eine Vielzahl von Verfahren. Die konkrete Komponentenerlegung mittels eines Analyseverfahrens muss immer von Annahmen über Struktur und Eigenschaften der verschiedenen Einflussgrößen sowie deren Zusammenwirken ausgehen. Diese Annahmen unterscheiden sich von Verfahren zu Verfahren. Darüber hinaus setzen die Verfahren der Zeitreihenzerlegung auch unterschiedliche Schwerpunkte im Hinblick auf die gewünschten Eigenschaften der Ergebnisse, wie beispielsweise ihre Stabilität. Aus diesen Gründen werden die unterschiedlichen Verfahren zur Zeitreihenzerlegung in keinem Fall allen Anforderungen an derartige Verfahren gerecht. Letztendlich muss der Nutzer selbst entscheiden, welches der vorhandenen Verfahren seine Ansprüche an die Zeitreihenanalyse am besten erfüllt. In Deutschland wird zur Saisonbereinigung im Wesentlichen das vom U.S. Bureau of the Census entwickelte X-12-ARIMA-Verfahren angewandt, da es das international bekannteste ist. Damit saison- bzw. saison- und kalenderbereinigte Ergebnisse übermittelt das Statistische Bundesamt auch im Rahmen seiner internationalen Lieferverpflichtungen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat). Daneben findet insbesondere im Statistischen Bundesamt aber auch das BV4(.1) (Berliner Verfahren, Version 4(.1)) Anwendung, welches gegenüber Census X-12-ARIMA einen ruhigeren Trendverlauf, eine flexiblere Saisonkomponente, weniger irreguläre saisonbereinigte Werte und häufig geringere Restwerte ermittelt. Die

Saison- und Kalenderbereinigung der wichtigsten Wirtschaftsstatistiken wird in Deutschland von der Deutschen Bundesbank in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt vorgenommen.

2.2 Preisbereinigung

Neben der Saison- und Kalenderbereinigung ist ein Vergleich von Wirtschaftsdaten über die Zeit nur sinnvoll, wenn die Statistiken preisbereinigt sind. Ansonsten über- oder unterzeichnen preisliche Veränderungen zwischen den betrachteten Zeitpunkten die Entwicklung des jeweiligen Indikators.

Die preisbereinigten Ergebnisse der VGR werden mittlerweile entsprechend internationalen Konventionen und verbindlichen europäischen Rechtsvorschriften auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis) nachgewiesen. Dadurch werden immer die aktuellen Preisrelationen in der Rechnung berücksichtigt, was den Vorteil einer noch realitätsnäheren Wiedergabe des Verlaufs hat. Die Darstellung der preisbereinigten Ergebnisse erfolgt in der Regel in Form von verketteten Indizes (so genannten Kettenindizes) mit dem Referenzjahr 2000 = 100.

Diese seit vergangenem Jahr verwendete Methode ersetzt in den VGR die bisherige Berechnung in konstanten Preisen eines festen Preisbasisjahres. Andere Wirtschaftsindikatoren wie beispielsweise die monatlichen Auftragseingänge, Produktionsdaten oder Einzelhandelsumsätze werden dagegen weiterhin in konstanten Preisen, derzeit des Jahres 2000, dargestellt. Auch hier ist die Indexschreibweise gebräuchlich, aber auch die Darstellung in Euro des entsprechenden Basisjahres. Bei der Vorjahrespreisbasis ist eine Darstellung von Volumenangaben weniger üblich, da es sich hierbei um weniger leicht zu interpretierende Einheiten in verketteten Euro handelt.

Alternativ zur Preisbereinigung ist eine Quotendarstellung zu erwägen, wobei zwei nominale Größen aufeinander bezogen werden, wie beispielsweise die Sparquote, die die Ersparnisse der privaten Haushalte in Relation zu ihren verfügbaren Einkommen beschreibt. Auch diese Quoten lassen Vergleiche über die

Zeit zu, ohne durch preisliche Veränderungen verzerrt zu sein. Die Quotendarstellung wird insbesondere im Zusammenhang mit den Einkommensgrößen oder staatlichen Einnahmen und Ausgaben verwendet, die in der Regel nur nominal vorliegen.



3 Darstellung von Wirtschaftsdaten und ihre Interpretation

3.1 Allgemeines

Die Konjunkturanalyse wird dadurch erschwert, dass die Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsdaten nicht immer einheitlich dargestellt wird. Dies hat verschiedene Ursachen. In vielen Fällen ist die Erhebung und auch die Veröffentlichung in Deutschland an den Ursprungswerten orientiert, während saison- (und kalender-) bereinigte Werte – im Gegensatz zur Darstellung in den meisten anderen Ländern – zum Teil (noch) eine eher untergeordnete Rolle spielen. Gleichwohl werden sie in der Regel ebenfalls publiziert und kommentiert. International gebräuchlicher ist der – zum Teil ausschließliche – Vergleich saisonbereinigter Daten, da sie für die Analyse der Konjunkturentwicklung am aktuellen Rand ein besseres Indiz sind. Die USA beispielsweise veröffentlichen gar keine Ursprungswerte. Allerdings liefert kein Bereinigungsverfahren völlig korrekte Werte, da es immer einen Eingriff in die Originaldaten darstellt und auch irreguläre Einflüsse außer Acht lässt. Deshalb ist es stets nur eine Annäherung. Daher macht der gleichzeitige Vergleich sowohl in Ursprungswerten – und dann zur Vorjahresperiode – als auch saisonbereinigt im Verlauf – hier zur Vorperiode – vielfach durchaus Sinn.

Auch die Kalenderbereinigung wird für unterschiedliche Aggregate, aber auch im internationalen Vergleich sehr unterschiedlich gehandhabt. Kalendereffekte werden ökonomisch geschätzt, es existieren verschiedene Methoden; dies führt wiederum zu unterschiedlichen Ergebnissen. Insbesondere beim Quartalsvergleich ist die Kalenderbereinigung von mit der Produktion zusammenhängenden Daten jedoch unerlässlich, da der Vergleich sonst zu stark verzerrt und damit nicht aussagekräftig wäre. Über die Jahre ist dieser Effekt weniger stark ausgeprägt. Eine Ausnahme war das Jahr 2004 aufgrund der vielen auf ein Wochenende fallenden Feiertage, so dass dies einen nach Schätzungen des Statistischen

Bundesamtes in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank mit 0,6 Prozentpunkten außerordentlich starken Einfluss auf den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts hatte.

Problematisch an der weniger einheitlichen Darstellung von wirtschaftsstatistischen Daten ist, dass dadurch auch ihre Kommentierung, beispielsweise in den Medien, erschwert wird. Werden die Ergebnisse dann auch noch sehr knapp kommentiert, können leicht Missverständnisse entstehen, weil wichtige Details – wie beispielsweise die Referenzperiode – weggelassen werden.

Der internationale Vergleich wird darüber hinaus noch dadurch erschwert, dass andere Länder, insbesondere die USA, annualisierte, d.h. auf das Jahr hochgerechnete, Veränderungsraten der saisonbereinigten Werte berechnen und veröffentlichen. Diese Veränderungsraten sind um etwa das Vierfache größer als die nicht annualisierten. Bei einem internationalen Vergleich muss daher darauf geachtet werden, dass die Veränderungsraten identisch dargestellt sind.

Neben der Entwicklung eines bestimmten Indikators, die als prozentuale Veränderung oder auch als absolute Veränderung in einer Währung zwischen zwei Zeitpunkten dargestellt wird, ist in den VGR auch die Darstellung als Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt (Ursprungswert oder saison- und kalenderbereinigt) in Prozentpunkten gebräuchlich. Hiermit wird der Anteil eines Verwendungsaggregats am Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts gegenüber der Referenzperiode bezeichnet.

Häufig wird auch mit einem statistischen Über- oder Unterhang argumentiert, der aus saisonbereinigten Werten berechnet wird. Der Begriff bezeichnet die hochgerechnete Jahreszuwachsrate für das laufende Kalenderjahr unter der Annahme, dass das erreichte saisonbereinigte Vierteljahresniveau auch für den Rest des Jahres gilt. Mit anderen Worten, es wird damit diejenige jahresdurchschnittliche Veränderungsrates eines Aggregats bestimmt, die sich bei Konstanz des Indikators im weiteren Jahresverlauf ergäbe. Der Überhang im 4. Quartal trifft dieselbe Aussage für das nachfolgende

Kalenderjahr. Die Veränderung eines Indikators resultiert in diesem Fall nicht aus dem konjunkturellen Verlauf im laufenden Jahr, sondern allein aus der konjunkturellen Entwicklung im Vorjahr.

3.2 Beispiele anhand ausgewählter Wirtschaftsdaten

Im Folgenden wird die Kommunikation einiger ausgewählter Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung vorgestellt, die in der öffentlichen Diskussion häufig Anlass zu Missverständnissen geben bzw. die auf unterschiedliche Arten dargestellt werden. Dabei werden die sich daraus ergebenden Probleme, aber auch Konsequenzen für die Konjunkturanalyse beleuchtet.

Bruttoinlandsprodukt

Die Heranziehung kalender- und saisonbereinigter Veränderungsdaten im Quartalsvergleich resultiert aus den starken saisonalen Effekten und den Unterschieden in der Anzahl der Arbeitstage über die Quartale. Dagegen gleichen sich diese Effekte über das Jahr mehr oder weniger aus; die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr wird daher standardmäßig mit Ursprungswerten publiziert.

Während unterjährige saisonale Einflüsse im Jahresdurchschnitt tatsächlich keine Rolle spielen, kann die Zahl der Arbeitstage nicht nur unterjährig, sondern auch über die Jahre hinweg deutlich variieren, was zuletzt im Jahr 2004 zu einem spürbaren Unterschied zwischen der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts in Ursprungswerten und in kalenderbereinigter Form führte. Dies hat Statistiker, aber auch die Medien hinsichtlich der Kalendereffekte über die Jahre wieder stärker sensibilisiert. Die OECD ist dazu übergegangen, standardmäßig kalenderbereinigte Jahresveränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts und seiner Komponenten darzustellen, da auch nur diese von den meisten Ländern angegeben werden und darüber hinaus der internationale Vergleich dadurch verbessert wird.

Ein anderer Punkt, der gerade im Hinblick auf das Bruttoinlandsprodukt und seine Kom-

ponenten zu erwähnen ist, ist die häufig, auch vor dem Hintergrund der europäischen Lieferanforderungen, geforderte noch zeitnähere Veröffentlichung von Wirtschaftsstatistiken. Diese Tendenz zu immer schnelleren und damit zeitnäheren Veröffentlichungen gilt es allerdings wegen der damit verbundenen größeren Ungenauigkeit zu bremsen. Denn bereits zum derzeitigen Zeitpunkt der Erstveröffentlichung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Komponenten – in der Regel 45 Tage nach Ende des Berichtsquartals bzw. 55 Tage für die Detailangaben – ist die Datengrundlage häufig noch unvollständig. Die ersten vorläufigen Ergebnisse werden mehrmals überarbeitet, um neu verfügbare statistische Informationen einzuarbeiten, und können von den endgültigen Ergebnissen, die jeweils nach rund vier Jahren veröffentlicht werden, abweichen. Daneben werden noch so genannte große Revisionen durchgeführt, die unter anderem der Einführung neuer Konzepte und Definitionen, der Umstellung auf eine neue Preisbasis sowie der Einbeziehung von Ergebnissen aus unregelmäßigen oder neuen Erhebungen dienen. Im mehrjährigen Vergleich können die ersten vorläufigen Ergebnisse vom endgültigen Wert um rund einen halben Prozentpunkt nach oben oder unten abweichen. Bei einigen Teilaggregaten des Bruttoinlandsprodukts ist der durchschnittliche Revisionsbedarf deutlich größer. Eine noch schnellere Erstveröffentlichung, als sie derzeit bereits erfolgt, würde den Zielkonflikt zu Lasten einer möglichst genauen und weniger revisionsanfälligen Veröffentlichung verschärfen. Der zusätzliche Nutzen einer früheren Bereitstellung scheint demgegenüber vernachlässigbar.

Arbeitslosendaten

Die Interpretation der Zahlen zur registrierten Arbeitslosigkeit ist ganz besonders seit Beginn letzten Jahres mit dem In-Kraft-Treten des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (besser bekannt als „Hartz IV“) äußerst schwierig geworden. Aufgrund der Vielzahl der gesetzlichen Änderungen auch schon in den Vorjahren hat jede Art des intertemporalen Vergleichs von Arbeitsmarktdaten ihre

Tücken. Gerade bei diesem Indikator geht die Kommentierung aber auch häufig sehr durcheinander, mal werden die Ursprungswerte, mal die saisonbereinigten Werte mit ihren jeweiligen Vormonatsergebnissen verglichen, zum Teil wird aber auch der Vorjahresvergleich herangezogen. Wie in der Abbildung (siehe S. 62) verdeutlicht, ergeben sich jeweils sehr unterschiedliche Interpretationen. Den konjunkturellen Verlauf kann letztlich nur die Entwicklung der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit wiedergeben.

Die Bundesagentur für Arbeit weist verschiedene Vergleiche aus. Sie zeigt beim – eigentlich nicht aussagekräftigen – Vergleich der Ursprungswerte zweier benachbarter Monate zumindest auch die entsprechenden Veränderungen in den Vorjahren auf, so dass hiermit wiederum eine Art der Saisonbereinigung vorgenommen wird. Durch den Vergleich mit den entsprechenden Vorperiodenveränderungen der Vorjahre wird deutlich, in welche Richtung und in welcher Größenordnung sich in etwa die Arbeitslosenzahl vom einen auf den anderen Monat bewegt. Abweichungen davon nach oben oder unten können dann unter Heranziehung der Informationen über die gesetzlichen Änderungen sowie der konjunkturellen Grundtendenz anderer Indikatoren entsprechend interpretiert werden.



Gleichwohl wäre es vorteilhafter – allein um Missverständnisse in der Kommunikation zu vermeiden, die aus dem Weglassen dieser Erklärungen resultieren können –, sich bei der Veröffentlichung der Daten auf die Darstellung des saisonbereinigten Verlaufs als ersten und wichtigsten Indikator zu konzentrieren und darüber hinausgehende Vergleiche eher nachrichtlicher Art zu behandeln. Zu beachten ist allerdings, dass die Aussagekraft auch der saisonbereinigten Daten derzeit durch die Hartz-IV-Effekte eingeschränkt ist, da diese im Saisonbereinigungsverfahren nur unzureichend berücksichtigt werden können.

Einzelhandelsumsätze

Auch bei der Statistik der Einzelhandelsumsätze gab es in letzter Zeit eine recht große Verunsicherung, was ihre Aussagekraft angeht. Die Statistik wurde Anfang letzten Jahres auf einen neuen Berichtskreis umgestellt, der die Revisionsanfälligkeit der Statistik beheben sollte. Es stellte sich allerdings im Laufe der Zeit heraus, dass die ersten Ergebnisse systematisch unterzeichnet waren. Die größeren Ungenauigkeiten im Vergleich mit später ermittelten Ergebnissen kommen aus unterschiedlichen Gründen zustande. Zum einen melden nicht alle auskunftspflichtigen Unternehmen rechtzeitig. Die Umsätze dieser Unternehmen müssen durch die Statistischen Ämter hinzugeschätzt werden; später werden die Schätzungen dann durch die Originalmeldungen ersetzt. Zum anderen gibt es auch Unternehmen, die zwar rechtzeitig melden, aber mit von ihnen selbst vorläufig geschätzten Werten, die zu einem späteren Zeitpunkt korrigiert werden. Beides führt dazu, dass Rückkorrekturen vorgenommen werden müssen, die bis maximal 24 Berichtsmonate zurück erfolgen können. Daraus resultierten teilweise recht kräftige Revisionen, in letzter Zeit eher Aufwärtsrevisionen. Sie haben dazu geführt, dass diesem Indikator in den Medien nur eine geringe Glaubwürdigkeit zugesprochen wurde.

Bei aller Verunsicherung, die bei dieser Statistik aufgekommen ist, ist allerdings zu berücksichtigen, dass Statistiken stets auf Erhebungen und Umfragen beruhen und, sofern man auf eine zeitnahe Darstellung Wert legt, zum ersten Veröffentlichungsergebnis Abweichungen aufweisen können. Insbesondere bei Umstellungen bedarf es einer gewissen Erfahrung im Zeitverlauf, bis hier einigermaßen verlässliche Zu- oder Abschätzungen vorgenommen werden können. Es bleibt zu hoffen, dass das Statistische Bundesamt hierzu in Kürze in der Lage ist, da gerade die Einzelhandelsumsätze ein wichtiger Indikator für den privaten Konsum sind, der immer noch die Achillesferse der wirtschaftlichen Erholung darstellt. Eine Revision der Daten im Laufe der Zeit – hier bereits zwei Wochen nach Bekanntgabe der vorläufigen Werte – ist allerdings bei den meisten Monatsdaten gang und gäbe aufgrund erst zu einem späteren Zeitpunkt vollständigerer Informationen.

Preise

Vor dem Hintergrund des Gesagten zur korrekten Wiedergabe und zum Vergleich von Entwicklungen wird die Darstellung der preislichen Veränderungsdaten durch das Statistische Bundesamt zum Teil als irritierend wahrgenommen. Zwar sind Inflationsraten im Wesentlichen nur im Vorjahresvergleich gebräuchlich, so z. B. bei der Angabe von „Zielinflationsraten“ durch die Notenbanken. Dennoch hat auch der Vorperiodenvergleich eine Aussagekraft über die Tendenz des Preisdrucks. In der Tat ist es aber so, dass Vormonatsvergleiche selbst vom Statistischen Bundesamt in der Pressemitteilung auf den Ursprungswerten beruhen. Vergleicht man die Vormonatsveränderungsdaten der Ursprungswerte mit denen der saisonbereinigten Werte, die von der Deutschen Bundesbank bereitgestellt werden, so sind gerade im Dezember markante, als Gegenreaktion dann im Januar im Vergleich dazu etwas kleinere, aber noch auffällige Unterschiede festzustellen. Diese dürften auf die Preise von Pauschalreisen zurückzuführen sein, die jeweils im Dezember systematisch in die Höhe schnellen und scheinbar von keiner anderen Preisänderung im Gesamtindex kompensiert werden.

4 Zusammenfassung

Die laufende Konjunkturanalyse ist für das Bundesministerium der Finanzen ein wichtiger Baustein zur Interpretation der Entwicklung öffentlicher Einnahmen und Ausgaben. Aber auch in den Medien nimmt die Veröffentlichung und Kommentierung der neuesten Wirtschaftsindikatoren einen immer breiteren Platz ein. Auch der Monatsbericht des BMF informiert regelmäßig über die aktuelle Wirtschaftsentwicklung aus finanzpolitischer Sicht. Ziel dieses Beitrags ist es deshalb, die wesentlichen Aspekte zur Interpretation von Wirtschaftsstatistiken und ihrer Entwicklung zu beleuchten.

Eine eingehende Analyse der wirtschaftlichen Lage muss die Entwicklung der wichtigsten Wirtschaftsdaten am aktuellen Rand berücksichtigen. Hierzu werden die Tendenzen der einzelnen Indikatoren betrachtet. Zweckmäßigerweise geschieht dies durch einen Vorperiodenvergleich, d. h. eine Verlaufsbetrachtung. Um mögliche Verzerrungen so gut wie zu vermeiden, sollten hierzu stets preis-, saison- und kalenderbereinigte Zeitreihen herangezogen werden. Denn der Vergleich mit den entsprechenden Vorjahreswerten kann nicht immer die konjunkturelle Grundtendenz widerspiegeln, ohne Deflationierung überlagern zudem Preiseffekte die Konjunktur.

Allerdings ist die Darstellung der Statistiken häufig verwirrend, da sich die Pressemeldungen zu den aktuellen Ergebnissen zum Teil auf verschiedene Vergleiche beziehen. Bei einer Kommentierung der Daten ist daher immer zu beachten, welche Aussagen gemacht werden sollen und welche Fragestellungen Gegenstand der Analyse sind. Denn abhängig davon können sich auch unterschiedliche Konzepte als adäquat herausstellen. Trotz der sehr elaborierten statistischen Methoden, die für eine Konjunkturanalyse zur Verfügung stehen, kann diese jedoch nie ohne ökonomischen Sachverstand auskommen, da über Saison- und Kalendereffekte hinaus gesetzliche Maßnahmen, Verhaltensreaktionen auf Preisveränderungen oder unvorhergesehene Effekte auftreten können, die den konjunkturellen Verlauf eines Indikators überlagern, aber auch beeinflussen können.

Zum Jahresbericht über die öffentlichen Finanzen in der Europäischen Währungsunion (Public Finance Report 2006)

1	Aktuelle Entwicklungen und Aussichten	69
2	Das finanzpolitische Rahmenwerk der EU ein Jahr nach der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes	73
3	Die Rolle von nationalen Budgetregeln und Institutionen zur Förderung von gesunden Finanzen	74
4	Länderkapitel	76

Seit dem Jahr 2000 legt die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission jährlich einen Bericht über die öffentlichen Finanzen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union vor. Auf den Haushalt der Europäischen Union geht der „Public Finance Report“ nicht ein. Der diesjährige Bericht wurde am 13. Juni 2006 veröffentlicht. Er enthält eine umfassende Analyse von konjunkturellen und institutionellen Aspekten der öffentlichen Finanzen. Unter anderem beschäftigt er sich mit dem Wirtschaftsausblick, der konjunkturgerechten Ausgestaltung der Geld- und Finanzpolitik (Policy-Mix), operationalen und institutionellen Fragen der Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) und der langfristigen Entwicklung der öffentlichen Finanzen.

Dem über 300 Seiten umfassenden Bericht, der nur auf Englisch erscheint, ist eine Mitteilung der Europäischen Kommission vorangestellt, welche die wichtigsten politischen Schlussfolgerungen des Berichts über die öffentlichen Finanzen aus Sicht der gesamten Kommission zusammenfasst und auch auf Deutsch erscheint. Darin nimmt die Kommission insbesondere auch eine erste Bewertung der Umsetzung des im Juni vergangenen Jahres reformierten SWP und zukünftiger Herausforderungen vor. Der Bericht und die Mitteilung können von der Homepage der Kommission heruntergeladen werden (http://www.europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/european_economy/public_finances2006_en.htm). Dieser Artikel gibt einen kurzen Überblick über den Inhalt des Berichts.

1 Aktuelle Entwicklungen und Aussichten

Der Bericht beginnt mit der Darstellung der jüngsten Entwicklungen der Haushaltsdefizite und Schuldenstände der Mitgliedstaaten und der mittelfristigen Aussichten hierfür. Die Kommission verwendet dabei die Daten zur Wirtschafts- und Haushaltsentwicklung, die sie bereits in ihrer Frühjahrsprognose am 8. Mai 2006 veröffentlicht hatte. Sie stellt fest, dass sich die Haushaltssituation im Vorjahr deutlich verbessert hat – nach Verschlechterungen im Zeitraum 2001 bis 2003 und nur leichten Verbesserungen in 2004. Das aggregierte Haushaltsdefizit des Euroraums fiel verglichen mit 2004 um 0,4 Prozentpunkte auf 2,4 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Für die 25 Mitgliedstaaten (EU-25) lag das aggregierte Haushaltsdefizit in 2005 bei 2,3 % des BIP.

Unter den Euroländern wiesen Belgien, Spanien, Irland und Finnland einen ausgeglichenen Gesamthaushalt bzw. Überschüsse auf. Die größten Verschlechterungen ihrer budgetären Situation und damit auch die höchsten Defizite verzeichneten Portugal mit 6,0 % des BIP, gefolgt von Italien mit 4,1 %. Frankreich, Deutschland und vor allem Griechenland konnten Verbesserungen verbuchen, lagen aber 2005 noch nahe bzw. über dem Referenzwert von 3 % des BIP. Außerhalb des Euroraums erreichten Dänemark, Schweden, Estland und Lettland Überschüsse. Ungarn markierte mit einem Defizit von 6,1 % das andere Ende der Skala. Auch Großbritannien

und Malta wiesen Defizite von über 3 % auf. Zypern und Polen gelang gegenüber 2004 eine Unterschreitung des Referenzwertes. Für 2006 erwartet die Kommission für den Euroraum ein Defizit von 2,4 % und für 2007 eine weitere Verbesserung auf 2,3 %.

Für die EU-25 prognostiziert die Kommission für die Jahre 2006 und 2007 Defizite von 2,3 % bzw. 2,2 % des BIP, konjunkturbereinigt sollen die Defizite 1,9 % bzw. 1,8 % betragen. Für Deutschland geht die Kommission für 2006 von einem Defizit nahe 3 % und für 2007 von einer Unterschreitung des Referenzwertes aus.

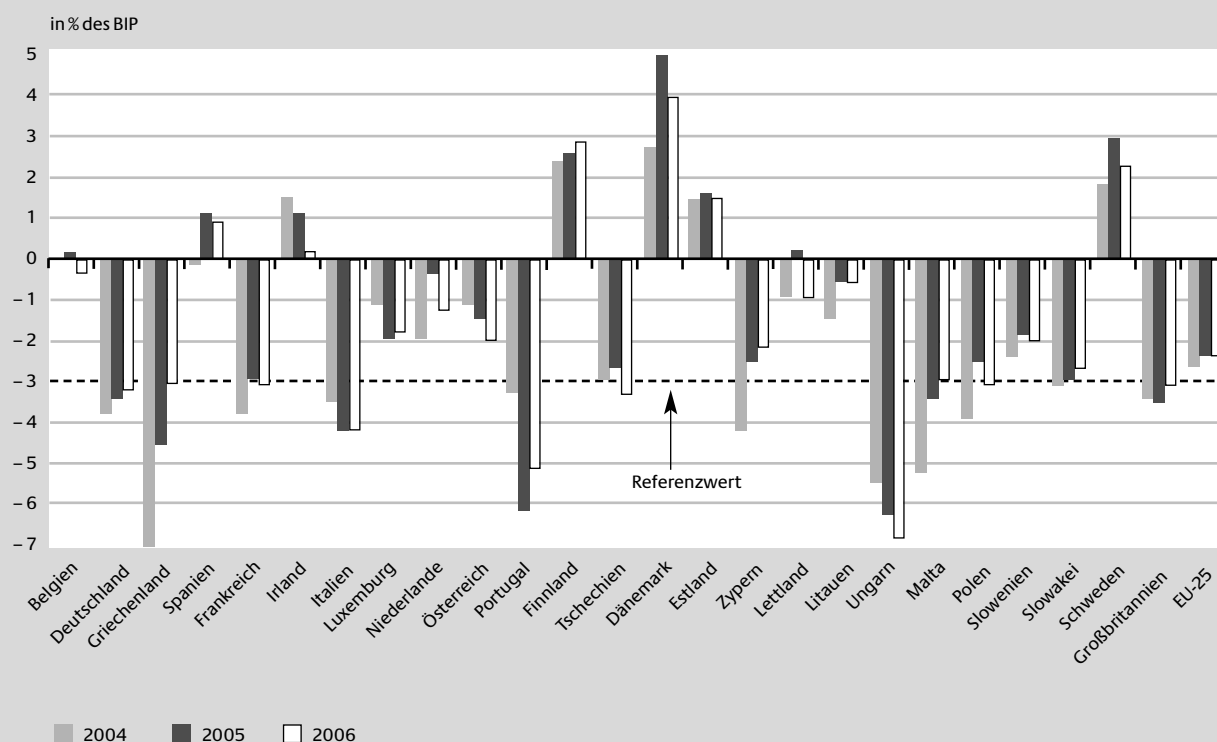
Bei der Bruttoverschuldung des Euroraumes, die in 2005 einen Wert von 70,8 % des BIP erreichte, ist für 2006 und 2007 erstmals seit 2002 wieder mit Reduzierungen auf 70,5 % bzw. 70,1 % zu rechnen. Auch für die EU-25 insgesamt soll der Bruttoschuldenstand bis 2007 auf 62,9 % sinken. Griechenland und Italien werden auch mittelfristig über der 100 %-Marke liegen. Sowohl bei den gesamtstaatlichen Einnahmen- als auch bei den Ausgabenquoten erwartet die Kommission einen weiteren leichten Rückgang. Die Einnah-

menquote im Euroraum sinkt demnach von 45,1 % des BIP in 2005 auf 45,0 % in 2006, die Ausgabenquote von 47,5 % auf 47,4 % des BIP.

Der Bericht berücksichtigt auch das Zusammenspiel zwischen Konjunktur und finanzpolitischem Kurs („fiscal stance“). Zu den Ländern, die 2005 eine besonders expansive Finanzpolitik betrieben haben und deren Defizite sich demzufolge merklich ausweiteten, gehörten Portugal, Ungarn, Italien und Luxemburg. Die ausgesprochen restriktive Finanzpolitik in den Niederlanden, Zypern und Malta hat dagegen zu einer Verbesserung der Budgetposition beigetragen. Gemäß Frühjahrsprognose der Kommission wird der Einfluss der Finanzpolitik im Euroraum nach einer fiskalischen Straffung im Vorjahr in 2006 und 2007 wieder als weitgehend konjunkturneutral gesehen.

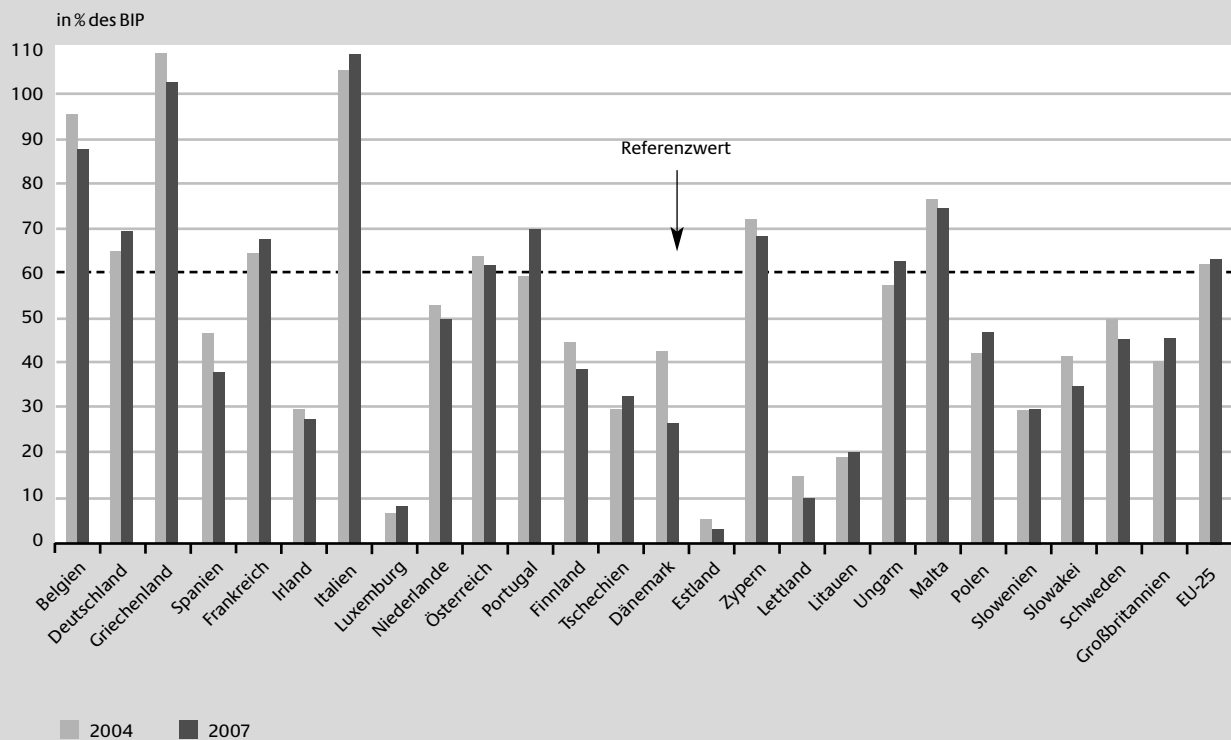
Die Kommission gibt in ihrem Bericht einen umfassenden Überblick über die Entwicklungen bei den Verfahren bei einem übermäßigen Defizit nach Artikel 104 des EG-Vertrages (kurz: Defizitverfahren) seit dem Frühjahr 2005. Bei insgesamt sechs der zwölf EU-Länder, die sich

Abbildung 1: Haushaltssalden der EU-Mitgliedstaaten



Quelle: Public Finance Report der EU-Kommission 2006.

Abbildung 2: Entwicklung der Bruttoschuldenstände der EU-Mitgliedstaaten



gegenwärtig im Defizitverfahren befinden, wurden seit dem letzten Public Finance Report von Kommission und dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) Maßnahmen ergriffen: Die Niederlande wurden am 7. Juni 2005 aus dem Defizitverfahren entlassen. Am 12. Juli 2005 hat der ECOFIN formell festgestellt, dass in Italien ein übermäßiges Defizit besteht, und Empfehlungen zum Defizitabbau an Italien gerichtet. Der Referenzwert sollte 2007 wieder unterschritten werden. Portugal ist das erste Land, zu dem bereits im Sommer 2005 das zweite Mal ein Defizitverfahren eröffnet wurde. Für die Korrektur des übermäßigen Defizits wurde eine Frist bis 2008 eingeräumt. Das Verfahren für Deutschland wurde am 14. März 2006 durch die Inverzugsetzung nach Art. 104 Abs. 9 verschärft; das übermäßige Defizit ist spätestens in 2007 zu beenden. Über seine Konsolidierungsbemühungen wird Deutschland in regelmäßigen Abständen berichten. Im Januar 2006 wurde in Groß-

britannien ein übermäßiges Defizit festgestellt und dem Land empfohlen, dieses spätestens im Haushaltsjahr 2006/2007 (Ende März) zu beenden. Es wurde eine Frist bis zum 24. Juli 2006 für das Ergreifen wirksamer Maßnahmen gesetzt. Zu Ungarn war der ECOFIN im November 2005 erneut zu dem Schluss gekommen, dass keine wirksamen Maßnahmen ergriffen wurden, um das übermäßige Defizit abzubauen. Damit wurde innerhalb des vorigen Jahres das Verfahren zweimal nach Art. 104 Abs. 8 verschärft. Mitgliedstaaten, die den Euro nicht eingeführt haben, können nicht in Verzug gesetzt werden und es können auch keine Sanktionen verhängt werden.

Ein Überblick über die aktuellen Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurde bereits in der Aprilausgabe des Monatsberichtes veröffentlicht.¹ Der Public Finance Report bietet hierzu eine ausführlichere Darstellung an. Die Bewertung der Programme 2005/2006 durch

¹ Siehe Monatsbericht des BMF, April 2006, „Überblick über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2005 der EU-Mitgliedstaaten“, S. 61 ff.

Kommission und Rat erfolgte erstmalig unter den Anforderungen des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Dieser enthält eine Reihe von Veränderungen, die sich auf das Format und den Inhalt der Programme auswirkten. Der Public Finance Report beurteilt, ob der budgetäre Anpassungspfad in Einklang steht mit dem jeweiligen länderspezifischen mittelfristigen Haushaltsziel, ob Konsolidierungsanstrengungen in Zeiten günstiger Konjunktur verstärkt werden und ob strukturelle Reformen eine Abweichung vom Konsolidierungspfad rechtfertigen. Die Programmprojektionen aller Mitgliedstaaten sehen eine Reduzierung des nominalen Defizits in der EU-25 von 2,5 % des BIP in 2005 auf 1,4 % in 2008 vor.

Der Public Finance Report geht auch auf die in den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen enthaltenen Ausführungen zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen ein und stellt fest, dass die Sicherung der langfristigen Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in der EU – unterstützt durch die Reform des SWP – in den politischen Diskussionen der Länder zunehmend an Bedeutung gewinnt. Gleichwohl identifiziert die Kommission in sechs Mitgliedstaaten hohe Risiken für die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen; dies betrifft Tschechien, Griechenland, Zypern, Ungarn, Portugal und Slowenien. Dagegen werden in neun Ländern – Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Österreich, Polen, Slowakei, Finnland und Schweden – die Risiken als niedrig eingeschätzt. In den übrigen EU-Mitgliedstaaten wird ein mittleres Risiko diagnostiziert. Die zusammenfassenden Urteile über die Gefährdung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen stützen sich auf quantitative Analysen wie auf qualitative Einschätzungen. Der Bericht enthält eine ausführliche Beschreibung der dabei verwendeten Methodik und weist die Ergebnisse einer Fortschreibung der staatlichen Ausgaben u.a. in den Bereichen Rente, Gesundheit und Bildung bis zum Jahr 2050 sowie entsprechende Szenarien für die Entwicklung der gesamtstaatlichen Schuldenstände aus. Die grundsätzliche Risikobewertung

der 25 EU-Länder hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Die quantitativen Ergebnisse auf der Ausgabenseite der EU haben sich allerdings für Spanien, Irland, Zypern, Großbritannien, Luxemburg und Slowenien in gewissem Umfang verschlechtert, für Polen deutlich verbessert. Im Falle Ungarns hält die Kommission die Resultate der nationalen Modellrechnungen für zu niedrig und hat dies in ihre Gesamtbeurteilung einfließen lassen. Die im Public Finance Report wiedergegebenen Bewertungen zur Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in den einzelnen Mitgliedstaaten entsprechen den bereits zuvor veröffentlichten Einschätzungen des Rates zu den aktuellen Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen.

Die Kommission stellt im diesjährigen Public Finance Report zusammenfassend auch die Ergebnisse der jüngsten – auf Gemeinschaftsebene abgestimmten – Modellrechnungen zu den Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf die Staatsausgaben vor. Über diese Projektionen und deren demografische wie gesamtwirtschaftliche Annahmen haben wir im Monatsbericht des BMF bereits im Dezember 2005 bzw. April 2006² berichtet.



² Siehe Monatsbericht des BMF, Dezember 2005 „Bevölkerungsalterung und Staatsausgaben Vorbereitung neuer Langfristrechnungen“, S. 61 ff. und Monatsbericht des BMF, April 2006 „Bevölkerungsalterung und Staatsausgaben: Ergebnis neuer Langfristrechnungen für die Mitgliedstaaten der EU“, S. 41 ff.

2 Das finanzpolitische Rahmenwerk der EU ein Jahr nach der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Die Staats- und Regierungschefs billigten am 22. März 2005 beim Frühjahrsgipfel den Vorschlag des ECOFIN-Rates zur künftigen Ausgestaltung und Anwendung des SWP.³ Gleichzeitig wurde die Kommission gebeten, entsprechende Vorschläge zur Änderung der entsprechenden Verordnungen zu unterbreiten, um die Vorgaben des Berichts des ECOFIN-Rates „Verbesserung der Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes“ im Rahmen der Rechtssetzung nachzuvollziehen.⁴ In der Folge legte die Kommission am 20. April 2005 erste Entwürfe zur Änderung der Verordnungen des SWP vor, die in einer Ad-Hoc-Ratsarbeitsgruppe behandelt wurden. Am 27. Juni 2005 billigte der Rat der Europäischen Union die Änderungsverordnungen, die zum 27. Juli 2005 in Kraft traten.⁵ Im Anschluss an die Änderung des Sekundärrechts wurde der so genannte „Verhaltenskodex“ zum SWP angepasst, und am 11. Oktober 2005 vom Rat in seiner jetzigen Fassung gebilligt. Der revidierte „Verhaltenskodex“ tritt an die Stelle des bis dahin geltenden Kodexes über Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und ergänzt das Maßnahmenpaket zur Reform des SWP auch hinsichtlich der Verfahrensweise bei übermäßigen Defiziten.⁶

Während der Debatte zur Reform des SWP wurden immer wieder Stimmen laut, dass der Pakt zu einem „Papiertiger“ degenerieren würde, der weder eine wirksame haushaltspolitische Überwachung und Koordinierung („präventiver

Arm“ des Paktes) gewährleisten könne noch als Sanktionsinstrument in den Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits („korrekativer Arm“ des Paktes) einsetzbar wäre. Nach rund einem Jahr stimmt die Bilanz des reformierten SWP – ganz im Gegenteil zu den Befürchtungen – insgesamt positiv.

Beispielsweise sind im „korrekativen Arm“ seit März 2005 – also nach der Formulierung der politischen Leitplanken zur künftigen Anwendung des SWP – drei Kommissionsberichte zu der Frage erstellt worden, ob ein übermäßiges Defizit vorliegt. Im Rahmen dieser Berichte zu Italien, Portugal und Großbritannien wurden nunmehr von der Kommission alle einschlägigen Faktoren betrachtet, die für die umfassende Beurteilung des Defizits relevant waren. Der reformierte Pakt enthält dazu eine indikative Liste, die bspw. die mittelfristige Wirtschafts- sowie Haushaltslage betrachtet und haushaltspolitische Auswirkungen analysiert, die auf europäischer oder internationaler Solidarität basieren. Bei den laufenden Defizitverfahren wurden zudem Maßgaben verankert, die echte strukturelle Verbesserungen für den Haushaltssaldo einfordern. Als Orientierungsgröße gibt der reformierte Pakt 0,5 % des BIP jährlich an. Zentral bei der Reform waren zudem Überlegungen, dass Konsolidierungsprozesse mit Augenmaß und unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen vollzogen werden. Dies zeigt sich bspw. auch im Ratsbeschluss zum deutschen Defizitverfahren, wonach für die Beseitigung des übermäßigen Defizits explizit zwei Jahre vorgesehen sind.

Im „präventiven Arm“ wurden erstmals im Rahmen der Stabilitäts- und Konvergenzprogrammes länderspezifische mittelfristige Haushaltsziele formuliert. Im Gegensatz zu dem früheren – für alle Mitgliedstaaten uniformen –

³ Die Hauptelemente der SWP-Reform wurden im Monatsbericht des BMF April 2005 im Zusammenhang mit den „Ergebnissen des Europäischen Rates vom 22./23. März 2005“, S. 61 ff, dargestellt.

⁴ Vgl. „Tagung der Europäischen Rates – Brüssel, 22./23. März 2005 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes 23/3/2005 (Deutsch) Nr. 7619/1/05 REV1“, im Internet abrufbar unter http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/84347.pdf, Stand: 22.06.2006.

⁵ Vgl. Verordnung (EG) Nr. 1055/2005 des Rates vom 27. Juni 2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 (ABl. L 174 vom 7.7.2005) sowie Verordnung (EG) Nr. 1056/2005 des Rates vom 27. Juni 2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 (ABl. L 174 vom 7.7.2005, S. 5_9).

⁶ Im Internet abrufbar unter http://ec.europa.eu/economy_finance/about/activities/sgp/codeofconduct_en.pdf, Stand 22.06.2006.

Haushaltsziel, mittelfristig einen nahe ausgeglichenen bzw. Überschüsse ausweisenden Haushalt zu erzielen, bestehen nunmehr je nach Mitgliedstaat individuelle Differenzierungsmöglichkeiten. Eine solche Option zur Differenzierung ist Ausfluss der Erkenntnis, dass alle 25 Mitgliedstaaten vor unterschiedlichen wirtschafts- und haushaltspolitischen Herausforderungen stehen. Positiv zu vermerken ist auch, dass der so genannte Anpassungspfad hin zum mittelfristigen Haushaltsziel für die Jahre 2007 und 2008 von den Mitgliedstaaten in der Regel gezeigt werden konnte. Dies entspricht einer jährlichen strukturellen Verbesserung von 0,5 % des BIP und bildet somit den Richtwert des neuen SWP ab.

Die bisherige Anwendung macht im Ergebnis vor allem deutlich, dass der reformierte Pakt über ein hohes Maß an politischer Akzeptanz verfügt. Maßgeblich für diese positive Entwicklung ist, dass für die Reform des SWP die gewonnenen Erfahrungen aus der rund siebenjährigen Anwendung des Regelwerkes konsequent berücksichtigt wurden. Die Neuregelungen im Pakt ermöglichen eine angemessene Finanzpolitik, die auf Stabilität und Wachstum ausgerichtet ist und dabei auf einer umfassenden ökonomischen Analyse der jeweiligen Lage in den einzelnen Mitgliedstaaten aufbaut. Gerade diese ökonomische Herangehensweise ermöglicht es, dass wirtschaftliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern besser berücksichtigt werden. Dies führt zu mehr Identifikation mit dem Regelwerk („ownership“) und stärkt das Vertrauen in den Pakt.

3 Die Rolle von nationalen Budgetregeln und Institutionen zur Förderung von gesunden Finanzen

Im analytischen Teil des Berichtes werden Ursachen und Umgang mit Budgetdefiziten in der Europäischen Union behandelt. Im Umgang mit den Defiziten untersucht der Bericht den Einfluss nationaler Budgetregeln und unabhängiger Institutionen auf die jeweilige Finanzpolitik.

Nationale Budgetregeln

Basierend auf einer Befragung der EU-Mitgliedstaaten enthält Abschnitt 3 des Public Finance Reports eine Übersicht nationaler Fiskalregeln (Budgetausgleichsregeln, Ausgabenregeln, Einnahmenregeln sowie Schuldenregeln) sowie eine Auswertung des Einflusses der Regeln auf die Budgetergebnisse. Hierbei zeigt sich, dass die Anzahl der vorhandenen Regeln in den vergangenen Jahren angestiegen ist. Diese kommen in nahezu allen EU-Mitgliedstaaten in der ein oder anderen Form zur Anwendung. Relativ neu ist die Einführung von Fiskalregeln für den Gesamthaushalt und den Bereich der Sozialversicherung. Auch zeigt sich, dass die Ausgestaltung der Regelungen in Abhängigkeit von der Ebene (Gesamtstaat, Zentralstaat, regional oder lokal), auf der sie zur Anwendung kommen, variieren. Fiskalregeln auf regionaler und lokaler Ebene sind oftmals verfassungsmäßig verankert und haben stärkere Durchsetzungsmechanismen.

In Bezug auf die Bedeutung von Fiskalregeln auf das Budgetergebnis lassen sich folgende Tendenzaussagen auf Basis der Analyse im Public Finance Report ableiten:

- Der primäre Finanzierungssaldo (die Primärausgaben) hat sich in den Jahren nach Einführung der Regeln (der Ausgabenregel) deutlicher verbessert, als zu erwarten gewesen wäre;
- je höher der Ausgabenanteil ist, der durch die Fiskalregel abgedeckt wird, desto günstiger sind die Auswirkungen auf den primären Finanzierungssaldo (bei Ausgabenregeln auf die Primärausgaben);

– je bindender eine Regel ist (z.B. durch verfassungsmäßige Verankerung oder Verstärkungs- und Kontrollmechanismen), desto größer ist der Einfluss auf das Budgetergebnis.

Der Public Finance Report liefert eine interessante Auswertung über die bestehenden nationalen Regelungen in den EU-Mitgliedsländern. Im Hinblick auf die Auswirkungen der Fiskalregeln auf das Budgetergebnis sind die Aussagen des Public Finance Reports aber kaum überraschend und entsprechen dem zu erwartenden Ergebnis. Auch ist die statistische Basis insbesondere für den Bereich der Ausgabenregeln relativ klein, so dass die abgeleiteten Ergebnisse – wie im Übrigen auch im Bericht vermerkt – mit Vorsicht zu interpretieren sind.

Die Analyse verdeutlicht jedoch die Bedeutung von bindenden nationalen Fiskalregeln. Die Erfahrungen der Mitgliedstaaten zeigen, dass der Einsatz von Fiskalregeln niedrigere Budgetdefizite und einen Verzicht auf eine prozyklische Fiskalpolitik fördern.

Institutionen

Ebenfalls basierend auf Umfragen beschreibt der Bericht die Rolle und einen möglichen Einfluss unabhängiger, nationaler Institutionen auf die Haushaltssalden.

Solche Institutionen sind als Organe definiert, die losgelöst von Parlament und Regierung in irgendeiner Form Analysen, Prognosen, Beurteilungen oder Empfehlungen zur Fiskalpolitik ihres Landes erstellen. Dies muss nicht gesetzlich bindend sein.

Unabhängige Institutionen existieren in 15 der 25 Länder, von denen 13 alte Mitgliedstaaten sind. Es lässt sich also kein genereller Trend zur Entwicklung dieser Institutionen feststellen. Deutschland führt die Liste mit vier Organen an (Sachverständigenrat, Gemeinschaftsdiagnose der sechs führenden Forschungsinstitute, Wissenschaftlicher Beirat beim BMF, Arbeitskreis „Steuerschätzungen“).

Insgesamt gibt die Kommission kein eindeutiges Mandat für eine stärkere Einbeziehung nationaler unabhängiger Institutionen ab. Sie weist aber gewisse Vorteile für die Erstellung unabhängiger makroökonomischer Prognosen

nicht von der Hand – jedoch wegen andernfalls auftretender interner Informationsprobleme höchstens in Form an die Regierung angegliederter Institutionen.

Der Public Finance Report zieht folgende, sehr allgemein gehaltene Schlüsse zum Beitrag unabhängiger Institutionen für gesunde Finanzen:

- Da es im Allgemeinen keine formale Verpflichtung für die Regierungen gibt, die Analysen und Empfehlungen auch zu befolgen, hängt viel davon ab, inwieweit die öffentliche Debatte von den Instituten beeinflusst werden kann. Denn so kann medialer Druck auf die Regierungen erzeugt werden.
- Laut den erhobenen Umfragen in den Mitgliedstaaten werden die Empfehlungen im Allgemeinen befolgt. Die Qualität der Analysen von den Instituten wird als sehr hoch eingeschätzt.

Die Ergebnisse sind mit Vorsicht zu bewerten, da sie auf subjektiven Selbsteinschätzungen der Mitgliedstaaten beruhen.



4 Länderkapitel

Auch in dem abschließenden Kapitel des Berichts zu den jüngsten Haushaltsentwicklungen und mittelfristigen Aussichten der einzelnen 25 Mitgliedstaaten verwendet die Kommission Zahlen, die sie bereits mit ihrer Frühjahrsprognose veröffentlicht hat. Die Entwicklung der Haushaltsdefizite und Schuldenstände einerseits und die wichtigsten Maßnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite des Haushalts 2006 werden jeweils in einer kompakten Tabelle dargestellt.

Der Bericht greift sich außerdem zu 14 Ländern ein aktuelles Thema heraus, das näher beleuchtet wird (siehe Tabelle unten).

Im Deutschland-Teil beschäftigt sich der Bericht beispielsweise schwerpunktmäßig mit der nationalen Budgetkoordination zwischen Bund und Ländern sowie der kommenden Reformierung. In diesem Zusammenhang wird zutreffend auf die erste Stufe der Föderalismusreform hingewiesen, die mit dem Sanktionszahlungsaufteilungsgesetz eine Regelung zur Verteilung möglicher Sanktionszahlungen an die EU wegen eines übermäßigen öffentlichen Defizits enthält. Hingewiesen wird auch auf die geplante zweite Stufe der Föderalismusreform, die nach dem derzeitigen Stand die Finanzbeziehungen zwischen

Bund und Ländern zum Inhalt haben wird. Mit Blick auf den Finanzplanungsrat wird im Bericht ebenfalls zutreffend die Änderung des Haushaltsgrundsatzgesetzes (HGrG) im Jahre 2002 im Zusammenhang mit dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt erwähnt. So habe der neue Artikel 51a des HGrG die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern zur Haushaltsdisziplin im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion verstärkt.

Tabelle: Themenschwerpunkte des Public Finance Reports nach Ländern

Land	Themenschwerpunkt
Belgien	Entwicklung der Budgetkoordination seit 1970
Tschechische Republik	Effekte neuer Budgetgesetze: 1. Übertrag von Einsparnissen 2. Mittelfristige fiskalische Ziele
Deutschland	Budgetkoordination zwischen Bund und Ländern
Griechenland	Leistungsbilanzdefizit
Spanien	Finanzlagen der regionalen Regierungen
Frankreich	Einführung neuer Ausgabenobergrenzen
Irland	Einfluss der 2001 eingerichteten nationalen Rentenfonds auf Irlands Finanzpolitik
Italien	Transparenz der Haushaltsentstehung
Zypern	Beurteilung der Steueramnestie von 2004
Malta	Privatisierung seit Ende der 80er Jahre
Österreich	Geplante Reform der Budgetgesetzgebung
Slowakei	Die Folgen der Einführung der „flat tax“ in 2004
Schweden	Prognosefehler in der Budgetplanung seit 2000
Großbritannien	Betrachtung verschiedener Methoden zur Messung konsumtiver Staatsausgaben

Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften¹

1	USA	77
2	Japan	79
3	Vereinigtes Königreich	80
4	Frankreich	82
5	Niederlande	83
6	Spanien	85
7	Italien	87
8	Dänemark	88

1 USA

- Kongresskammern billigen Steuererleichterungen im Umfang von 70 Mrd. US-Dollar
- Unsicherheit über weiteren geldpolitischen Kurs der US-Notenbank
- Reformmaßnahmen im Gesundheitswesen
- Vorschlag für eine veränderte Ausrichtung der US-Wirtschaftspolitik: das sog. Hamilton-Projekt

Finanzpolitik

Nachdem das Bundesdefizit bereits im letzten Fiskaljahr 2005 (1. Oktober 2004 bis 30. September 2005) unerwartet deutlich auf 2,6 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (319 Mrd. US-Dollar) zurückgeführt werden konnte (2004: 3,6 %, 412 Mrd. US-Dollar), zeichnet sich auch für das laufende Fiskaljahr 2006 (1. Oktober 2005 bis 30. September 2006) eine weitere Verbesserung ab. Das starke Wachstum (reales BIP 2005: + 3,5 %, 1. Quartal 2006: 5,3 %) hat die Steuereinnahmen erneut erheblich ansteigen lassen. Diese Entwicklung veranlasste das Congressional Budget Office (CBO) zu

einer neuen Schätzung des Defizits für das Fiskaljahr 2006, das bei rd. 300 Mrd. US-Dollar bzw. 2,3 % des BIP liegen könnte.

Dennoch verharret das strukturelle gesamtstaatliche Defizit nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) schon seit Jahren bei etwa 4 % des BIP. Der sich bietende Spielraum für Konsolidierungsschritte bleibt bislang ungenutzt bzw. wird weiter eingegrenzt. Der Kongress beschloss zuletzt Steuererleichterungen, die über die kommenden fünf Jahre verteilt etwa 70 Mrd. US-Dollar kosten dürften. Das Gesetz beinhaltet auch die von Präsident Bush vehement befürwortete Beibehaltung des ermäßigten Maximalsteuersatzes von 15 % (vorher 20 %) auf Dividenden und Vermögenszuwächse für weitere zwei Jahre (2009/2010). Die parteiübergreifend für dringend erforderlich gehaltene Reform der Alternative Minimum Tax (AMT) – ursprünglich dazu gedacht, hohen Einkommen keine zu großen Abzugsmöglichkeiten einzuräumen, die aber zunehmend Amerikaner mit Durchschnittseinkommen zu erfassen droht – wurde erneut durch Anhebung der Einkommensgrenzen für mindestens ein weiteres Jahr hinausgeschoben.

Geldpolitik

Die US-Notenbank FED hat die Leitzinsen im Juni, wie weithin erwartet, zum siebzehnten Mal in

¹ Stand: 30. Juni 2006.

Folge um 25 Basispunkte auf nun 5,25 % angehoben. Sie machte deutlich, dass sie über die Inflationsperspektiven aufgrund der hohen Kapazitätsauslastung und möglicher Zweitrundeneffekte des Energiepreisanstiegs weiterhin besorgt ist. Allerdings wies sie auch darauf hin, dass die Inflationserwartungen unter Kontrolle geblieben und Anzeichen für eine Abschwächung des zu Beginn dieses Jahres sehr kräftigen Wirtschaftswachstums sichtbar sind, die zum Teil auf die Abkühlung des Immobilienmarktes zurückzuführen seien. Zudem hätten kräftige Produktivitätszuwächse den Anstieg der Lohnstückkosten gedämpft. Obwohl eine Wachstumsverlangsamung letztlich zu einer Abschwächung des Preisauftriebs beitragen könnte, würden jedoch gewisse Inflationsrisiken fortbestehen. Ausmaß und Zeitpunkt möglicherweise noch weiterer Straffungen der monetären Bedingungen würden – so die Notenbank – wesentlich von der Entwicklung des wirtschaftlichen Ausblicks abhängen.

Reformmaßnahmen im Gesundheitswesen

Der Haushaltsentwurf der Regierung für das Fiskaljahr 2007 (1. Oktober 2006 bis 30. September 2007) sieht für den Gesundheitssektor u.a. eine umfangreiche Förderung privater Vorsorgekonten – der sog. Health Savings Accounts (HSAs) – vor. Durch neue Finanzierungsmaßnahmen soll das staatliche Gesundheitssystem Medicare auf eine tragfähige Basis gestellt werden.

Der Budgetentwurf sieht u.a. umfangreiche Maßnahmen zur Kostenreduzierung und zur Verbesserung der Qualität und Sicherheit im Gesundheitssektor vor. Die Reformmaßnahmen sollen insbesondere den am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen – Familien mit niedrigem Einkommen, chronisch Kranken und Selbstständigen – zugute kommen.

Durch steuerliche Anreize soll u.a. die Einführung privater Vorsorgekonten gefördert werden. Um für ihre Arbeitnehmer einen besse-

ren Zugang zu Gesundheitsleistungen zu ermöglichen, soll es Kleinunternehmern per Gesetz gestattet werden, sich zusammenzuschließen.

Bundesstaaten, die innovative Wege für eine finanziell tragbare Versicherung chronisch Kranker finden, sollen Zuschüsse gewährt werden. Zudem sollen Arbeitgeber die Möglichkeit erhalten, zusätzliche Beträge auf die privaten Vorsorgekonten chronisch erkrankter Beschäftigter einzuzahlen.

Um den Anteil an Nichtversicherten zu reduzieren, soll einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen eine erstattungsfähige Steuergutschrift gewährt werden, wenn sie einen HSA-kompatiblen Gesundheitsplan mit hohem Selbstbehalt erwerben. Darüber hinaus soll mit einer Informationskampagne darauf hingewirkt werden, dass nicht versicherte Kinder angemeldet werden.

Vorschlag für eine veränderte Ausrichtung der US-Wirtschaftspolitik: das so genannte Hamilton-Projekt

Namhafte Wirtschaftsfachleute um Robert Rubin (Ex-Finanzminister unter dem ehemaligen US-Präsident Clinton) haben in einem Strategiepapier eine alternative Wirtschaftspolitik zur Bush-Administration vorgeschlagen. Das nach dem ersten amerikanischen Finanzminister genannte Hamilton-Projekt sieht die Leistungskraft der US-Wirtschaft gegenwärtig durch zwei große Risiken unterminiert: Das hohe fiskalische Ungleichgewicht und unzureichende Investitionen in die physische, aber auch technologische und wissenschaftliche Infrastruktur. Auch das ungelöste Problem der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme müsse in Angriff genommen werden. Vor diesem Hintergrund werden vier Politikbereiche hervorgehoben, für die das Hamilton-Projekt konkrete Vorschläge bei haushaltsneutraler Umsetzung entwickeln will: Bildung und Arbeit, Innovation und Infrastruktur, Rücklagen und Vorsorge sowie eine effektive Regierung.

2 Japan

- Eindämmung der Staatsverschuldung sowohl durch Einnahmeerhöhung als auch durch Begrenzung der Ausgabendynamik
- Neuausrichtung der Geldpolitik
- Reformen zur Kostensenkung im sozialen Bereich

Finanzpolitik

Die hohe Staatsverschuldung stellt die japanische Finanzpolitik unverändert vor erhebliche Herausforderungen. Die Gesamtverschuldung betrug in 2005 nach Angaben des IWF 181,6 % des BIP; damit liegt die Quote weit oberhalb derer vergleichbarer Industriestaaten.

Der Haushalt für das Fiskaljahr 2006 (1. April 2006 bis 30. März 2007) macht das Bemühen der japanischen Regierung deutlich, die Ausgabendynamik durch weitere Kürzungen von öffentlichen Investitionen und Personalabbau auf der Ebene der Zentralregierung zu bremsen.

Durch Abschaffung der 1999 eingeführten befristeten Einkommensteuersenkungen und der geplanten Erhöhung des Beitragsatzes zur Rentenversicherung sollen die öffentlichen Einnahmen 2006 und 2007 um je ½ % des BIP gesteigert werden. Ohne die Berücksichtigung eines einmaligen Transfers von Pensionsfonds an den Staat hätte das Haushaltsdefizit Japans 2005 rd. 6 % betragen. Es soll bis 2007 auf 5 % zurückgeführt werden. Überdies hat sich die japanische Regierung mit der Kabinettsentscheidung zu „Strukturellen Reformen und der mittelfristigen wirtschaftlichen und fiskalischen Perspektive“ das Ziel gesetzt, bis 2010 einen ausgeglichenen Primärhaushalt, möglichst sogar einen Überschuss, zu erzielen. Dies dient zugleich dem Ziel, die überdurchschnittlich hohe Staatsverschuldung Japans sukzessiv in den Griff zu bekommen.

Durch die in den letzten fünf Jahren praktizierte faktische Nullzinspolitik der Zentralbank konnte Japan seinen Aufwand für die Schul-

denrückzahlung gering halten. Die bevorstehende Änderung der Geldpolitik (d.h. eine mögliche Anhebung der Leitzinsen bei Fortsetzung der wirtschaftlichen Dynamik) birgt allerdings das Risiko höherer finanzieller Belastungen für den Staatshaushalt. Die Anhebung des Zinssatzes um 100 Basispunkte erhöht die Zinslast um 10 % im darauf folgenden Jahr und die Kosten der Schuldenfinanzierung um 1,5 Bio. Yen. Auch deshalb hält die Diskussion um eine Erhöhung der mit 5 % im internationalen Vergleich niedrigen Mehrwertsteuer weiter an.

Die steuerpolitischen Überlegungen sind indes nicht ausschließlich auf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ausgerichtet. So sind konkret für das Fiskaljahr 2006 weitere steuerliche Maßnahmen vorgesehen: u.a. die Ausrichtung der Unternehmensbesteuerung auf die Förderung von Forschung und Entwicklung und die Stärkung der IT-Anwendung sowie die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, Erleichterungen bei der Durchführung von Immobilienverkäufen und Steuererleichterungen bei Instandsetzungen bzw. Erdbebenschutz. Ferner sollen ausländische Direktinvestitionen durch steuerliche Maßnahmen gefördert und Steuerumgehungen erschwert werden. Die Alkoholbesteuerung soll vereinfacht (im Sinne von vereinheitlicht) und die Tabaksteuer erhöht werden.

Geldpolitik

Die fast ein Jahrzehnt andauernde Phase der Deflation scheint ihrem Ende entgegenzugehen. Die Inflationsrate lag in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres knapp im positiven Bereich (Gesamtjahr 2005: – 0,3 %). Der IWF schätzt für das laufende Jahr einen Preisanstieg von 0,6 %, die OECD 0,7 %. Vor diesem Hintergrund und angesichts der robusten Konjunktur beschloss die Zentralbank am 9. März 2006, ihre seit fünf Jahren andauernde sehr expansive Geldpolitik neu auszurichten, und kündigte an, künftig den Leitzins wieder als zentrales Steuerungsinstrument einzusetzen. In einer Übergangsphase soll innerhalb weniger Monate der Anstieg der monetären Basis abgebaut werden. Sie war von 13 % des BIP im Jahr 2001 auf 25 % in 2005 gestiegen. An der Politik des Ankaufs von

Staatsanleihen (1,2 Mrd. Yen pro Monat) soll festgehalten werden, damit die Finanzmarktstabilität gewahrt bleibt. Die Zentralbank hat sich mittelfristig ein Inflationsziel von 0 % bis 2 % gesetzt. Die OECD empfiehlt allerdings, die untere Grenze dieses Korridors anzuheben.

Reformen zur Kostensenkung im sozialen Bereich

Japans demografische Entwicklung stellt sich brisanter dar als in den meisten europäischen Ländern. Der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung wird 2010 voraussichtlich bei 22,5 % liegen. Durch niedrige Geburtenraten wird es in der Dekade 2010 bis 2020 zu einer deutlichen Abnahme der japanischen Bevölkerung kommen. Dies wird erhebliche Auswirkungen auf die sozialen Ausgaben haben. Der Anteil der Sozialausgaben beträgt rd. 20,57 Bio. Yen und liegt 40 % über den allgemeinen Ausgaben. Um die Dynamik in diesem Bereich einzudämmen, wurden Zuschüsse für das Gesundheitswesen gekürzt, Zuwendungen an Träger von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen reduziert und die Eigenlast der Betroffenen erhöht.

3 Vereinigtes Königreich

- Importierte Inflation befürchtet; Zinsen bleiben stabil
- Plan für Rentenreform zielt auf Anhebung des Rentenniveaus
- Hohe Defizite im Gesundheitssektor fachen Qualitätsdiskussion neu an

Finanzpolitik

Das Defizit im Staatshaushalt weist trotz des schwächeren Wachstums (reales BIP-Wachstum 2005: 1,8 %, 2004: 3,1 %) eine rückläufige Tendenz auf: EU-Kommission und Regierung gehen für das laufende Finanzjahr von einem Defizit von 3,0 % aus (Vorjahreswert: 3,1 %). Ein wesentlicher Faktor für diese Entwicklung ist die Erholung der Unternehmensteuereinnahmen (u.a. wegen einer guten Entwicklung des Finanzdienstleistungssektors und einer kurzfristig verbesserten Profitabilität britischer Unternehmen aufgrund der steigenden Ölpreise). Auch der Haushalt 2006 enthält Maßnahmen, die Verbesserungen auf der Einnahmenseite bringen – insbesondere erhöhte Steuern für Ölunternehmen (0,2 % des BIP) und Maßnahmen gegen Steuervermeidung (0,1 % des BIP). Diese Effekte werden durch einen Anstieg der Ausgaben allerdings teilweise aufgehoben. Der Schuldenstand wird sich nach Schätzung der EU-Kommission im laufenden Finanzjahr auf 43,3 % erhöhen (im Vergleich zu 42 % im Vorjahr).

Geldpolitik

Die Inflation stieg im Mai deutlich an. Die Steigerung der Konsumentenpreise erreichte mit 2,2 % den höchsten Wert seit sieben Monaten (nationale Angaben). Diese Entwicklung steht im Einklang mit den Erwartungen der Bank of England. Diese geht in ihrem Inflationsbericht von einer höheren kurzfristigen Inflationsrate aus, die sich in den nächsten zwölf Monaten oberhalb des Zielwertes von 2 % bewegen könne.

Nach Einschätzung der Bank of England wird die Überwälzung der steigenden Energiekosten auf die privaten Haushalte zu einer volatilen Entwicklung der Inflation führen. Überraschender als die Konsumentenpreissteigerungen wird von Beobachtern der ebenfalls deutliche Anstieg der Produzentenpreise gesehen. Diese stiegen im Mai um 3 % (2,6 % im April). Die Bank of England verweist neben den hohen Ölpreisen auch auf steigende Importpreise u.a. für Güter aus China und Hongkong als Gründe für die Preissteigerungen und warnt vor einer importierten Inflation. Der Inflationsdruck aufgrund nationaler Faktoren wird jedoch als gering eingeschätzt. Eine Zinsanpassung erfolgte nicht, der Leitzins liegt damit seit August 2005 unverändert bei 4,5 %.

Rentenpolitik

Die britische Regierung hat Ende Mai in einem Weißbuch Vorschläge für eine grundlegende Rentenreform vorgelegt, die in Kürze beschlossen werden sollen. Ziel ist es, das Rentenniveau zu sichern und die Zahl der auf Sozialhilfe angewiesenen Rentner zu reduzieren. Ein Kernpunkt der Reformpläne ist die Wiederanbindung der Renten an die Lohnentwicklung, um das stetige Absinken des Rentenniveaus, das seit den 80er Jahren an die Inflation gekoppelt ist, zu stoppen. Außerdem soll der Kreis der Anspruchsberechtigten für die staatliche Grundrente erweitert werden, indem bereits nach 30 Jahren Beitragszahlung Anspruch auf die volle Grundrente besteht. Finanziert werden soll die Anhebung des Rentenniveaus durch eine Heraufsetzung des Rentenalters (stufenweiser Anstieg auf 68 Jahre bis 2046). Ein weiteres wesentliches Element der Reformpläne ist die Einführung individueller Sparverträge (ab 2012), die für Arbeitnehmer automatisch abgeschlossen werden (Opt-out-Möglichkeit soll bestehen) und die von Regierung und Arbeitgebern mitfinanziert werden.

Gesundheitssektor

Premierminister Tony Blair hat vier Felder für Reformen im Gesundheitsbereich skizziert, die das Ziel verfolgen, die Qualität der Gesund-

heitsversorgung zu verbessern und ein dezentraleres System zu schaffen, in dem die Patienten mehr Wahlmöglichkeiten erhalten: Stärkerer Einfluss der Hausärzte durch Anreize, weniger Patienten in die Krankenhäuser zu überweisen, ergebnisorientierte Bezahlung der Krankenhäuser auf Basis eines einheitlichen Tarifs, freiere Arztwahl der Patienten, Wettbewerb durch unabhängige Behandlungszentren sowohl für Operationen als auch für Diagnosen. Diese Überlegungen finden vor dem Hintergrund eines schnell steigenden Defizits (Verdopplung im Vergleich zum Vorjahr) im staatlichen Gesundheitsdienst (National Health Service, NHS) statt, das sich in starkem Stellenabbau manifestiert. Dies steht im Gegensatz zur Politik der letzten Jahre, in denen im Bestreben, die vielfach beklagten Kapazitätsengpässe zu beheben, der Personalbestand deutlich aufgestockt worden war (seit 1997 um 300 000 Stellen auf 1,3 Mio.). Substantielle strukturelle Reformen (z.B. in Bezug auf Patientenautonomie, Auswahl, Wettbewerb, Senkung der bürokratischen Belastung) wurden nicht konsequent durchgeführt. Aktuell gestaltet sich die ohnehin umstrittene Einführung einer Patientendatenbank als sehr viel kostspieliger als zunächst erwartet.

4 Frankreich

- Neue Ausgabenregeln für die öffentlichen Haushalte
- Diskussion um Finanzierung der Sozialsysteme
- Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns angekündigt

Finanzpolitik

Das Staatsdefizit konnte 2005 u.a. dank Einmalmaßnahmen und unerwarteter Einnahmen auf 2,9 % des BIP gesenkt werden. Vor dem Hintergrund eines geschätzten BIP-Wachstums von 1,9 % in 2006 bzw. 2,0 % in 2007 wird nach der Prognose der EU-Kommission das Staatsdefizit im Jahr 2006 leicht auf 3,0 % und 2007 auf 3,1 % ansteigen, wobei eine Senkung des Kostenanstiegs bei den Gesundheitsausgaben und anderen Sozialleistungen sowie eine dynamische Entwicklung der Steuereinnahmen unterstellt werden.

Die neue finanzpolitische Mittelfriststrategie der französischen Regierung sieht vor, die geplante Konsolidierung mit Hilfe neu konzipierter Ausgabenkorridore für alle staatlichen Ebenen zu erreichen. Dabei soll sich gemäß dem aktuellen französischen Stabilitätsprogramm die Ausgabenregel für den Zentralstaat von einem realen Nullwachstum im Jahr 2007 hin zu einem nominalen Nullwachstum ab dem Jahr 2010 bewegen. Für den Bereich der sozialen Sicherung sollen die Ausgaben im Zeitraum 2007 bis 2009 real jährlich um lediglich 1 % ansteigen. Schließlich ist für die lokalen Gebietskörperschaften vorgesehen, dass diese ihre Ausgabensteigerungen jährlich real um 0,5 Prozentpunkte senken, so dass sie in 2009 ein Nullwachstum erreichen würden.

Die effektive Begrenzung der Staatsausgaben soll durch neue, im Zuge der aktuellen Budgetreform geschaffene Fiskalinstitutionen sichergestellt werden. Die Ausgabenbegrenzungen im Sozialbereich, vornehmlich im Gesundheitsbereich, sollen durch das Wirksamwerden der Gesundheitsreform des Jahres 2004 und die

neuen Maßnahmen in 2006 realisiert werden. Ein wesentlicher Teil der beabsichtigten Ausgabenreduzierungen beim Zentralstaat soll durch Einsparungen im Personalbereich realisiert werden. Die EU-Kommission geht allerdings davon aus, dass die neuen Fiskalregeln nur mit einem verbesserten Monitoringsystem durchgesetzt werden können. Sie schlägt vor, im Bereich der sozialen Sicherung die Kompetenz des Frühwarnkomitees zu stärken, indem dieses bei Überschreiten der Ausgabengrenzen auch korrigierende Maßnahmen vorschlagen kann.

Finanzierung der Sozialsysteme

In Frankreich werden aktuell verschiedene Facetten einer Umfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme (mehr Steuern, weniger Sozialversicherungsbeiträge) diskutiert. Ziel ist die Senkung der Arbeitskosten. Im Zentrum der Überlegungen stehen die kurz- und langfristigen Effekte einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage zur Finanzierung der Sozialsysteme. Modellansätze zeigen, dass der kurzfristig erzielbare positive Beschäftigungseffekt langfristig nicht erhalten bleibt, da die höhere Steuerbelastung letztlich auf den Faktor Arbeit zurückfällt. Zudem resultiert daraus ein negativer Wachstumseffekt, der bei einer Kapitalbesteuerung höher ausfällt als bei einer Besteuerung des Faktors Arbeit.

Derzeit werden in Frankreich auch Pläne erörtert, inwieweit die Art der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme an das jeweilige gesamtwirtschaftliche Steuerungsinteresse angepasst sein sollte. So könnten die Zweige der Sozialsysteme, bei denen Solidarität und Umverteilung im Vordergrund stehen (Gesundheit, Familie), durch eine breitere Bemessungsgrundlage abgedeckt werden. Frankreich hat mit seiner proportionalen Sozialsteuer in Höhe von 11 %, aus der große Teile der Familien- und Gesundheitsleistungen finanziert werden (Beiträge zur Krankenversicherung reduziert), in diese Richtung umgesteuert. Weitere Reformüberlegungen betreffen eine engere Verknüpfung von Verhalten und Bezug sozialer Leistungen (z.B. die Besteuerung risikoreicher Aktivitäten), bessere Anreizsysteme sowie ein Umdenken beim staatlichen Ausgleich kleinerer Risiken.

Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns

Sozialminister Borloo und Arbeitsminister Larcher kündigten am 26. Juni 2006 eine weitere Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns SMIC um 3,05 % an. Der Mindestlohn, der im Jahr 2005 auf 1217 € erhöht wurde, steigt dann auf 1254,28 € (Stundenlohn 8,27 €). Es wird erwartet, dass die Anhebung des Mindestlohns die Kaufkraft der Arbeitnehmer mit einem Jahreseinkommen ab 15 000 € um 1,15 % erhöht.

5 Niederlande

- Finanzlage profitiert von der aktuell günstigen Konjunktur
- Die Niederlande sehen positive Erfahrungen mit unabhängigen Fiskalinstitutionen im Budgetsystem
- Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt und bei sozialer Sicherung

Finanzpolitik

Die aktuelle Finanzpolitik des Landes profitiert von einer starken wirtschaftlichen Expansion. So prognostiziert die EU-Kommission für die Jahre 2006 und 2007 ein BIP-Wachstum, das sich mit jeweils 2,6 % klar über der Potenzialrate bewegt. Vor diesem Hintergrund erwartet sie in ihrer aktuellen Prognose für das Jahr 2006 ein Defizit von – 1,2 % des BIP, für 2007 von nur noch – 0,7 %.

Zentrale fiskalpolitisch bedeutsame Maßnahmen für den Haushalt 2006 in Höhe von 1/2 % des BIP liegen darin, einnahmeseitig Studiengebühren teilweise abzuschaffen und Umweltabgaben zu reduzieren. Gleichzeitig sollen auf der Ausgabenseite Maßnahmen für Sicherheit und Gesundheitsvorsorge erhöht und die Investitionen in Infrastruktur ausgebaut werden.

Die Niederlande sehen positive Erfahrungen mit unabhängigen Fiskalinstitutionen im Budgetsystem

Die Niederlande stellten im Rahmen eines von der finnischen Präsidentschaft im Juni 2006 organisierten EU-Seminars zur Rolle von Fiskalinstitutionen das seit längerem praktizierte Verfahren der unabhängigen Wirtschafts- und Finanzprognosen und Politikevaluationen vor. Mit dem Centraal Planbureau (CPB) besteht eine unabhängige Fiskalinstitution, die neben Kurz-, Mittel- und Langfristprognosen politische Szenarienrechnungen erstellt und insgesamt eine Evaluationsplattform darstellt, die als Grundlage für die Budgetaufstellung dient. Das CPB erstellt auch Nutzen-Kosten-Analysen von

konkreten Programmen in einzelnen Politikbereichen, berechnet die Wirkungen von Programmen auf die Humankapitalbildung und wertet nicht zuletzt systematisch die Wahlprogramme der Parteien unter fiskalischen Gesichtspunkten aus. Das Bureau ist unabhängig, gleichzeitig ist die Politik allerdings nicht verpflichtet, die Analysen, Berechnungen und Vorschläge in ihrer Entscheidungsfindung voll zu berücksichtigen. Der Vertreter der Niederlande kam zu dem Ergebnis, dass sich die Arbeit und Funktionalität des Bureau im niederländischen Regierungssystem bewährt haben. So habe sich die Qualität der Politikdebatte verbessert und es sei insbesondere besser möglich, mit den mit politischen Maßnahmen verbundenen Unsicherheiten umzugehen.

Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt und bei sozialer Sicherung

Die Niederlande haben ein substanzielles Programm zur Reform des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme (einschl. Gesundheit) initiiert. Das Programm hat zum Ziel, die Abhängigkeit von Sozialtransfers zu reduzieren und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu erhöhen, um damit auch einen deutlichen Wachstums- und Konsolidierungsbeitrag zu leisten. Die derzeit bereits recht geringe Arbeitslosenrate von 4,7 % in 2005 soll bis 2007 deutlich auf 3,9 % gesenkt, der über die vergangenen vier Jahre zu beobachtende Trend des Beschäftigungsrückgangs gestoppt werden.

Im Maßnahmenpaket wurden die Bedingungen für Sozialleistungen verschärft und die Kompetenz auf die lokale Ebene verlagert. Die Leistungen und Kompetenzen werden mit starken Anreizen versehen, die Sozialhilfeempfänger wieder in Arbeit bringen sollen. Die Dauer für die Gewährung von Arbeitslosengeld wird von fünf Jahren auf 38 Monate reduziert, was allerdings nach wie vor einen überdurchschnittlich langen Zeitraum im internationalen Vergleich darstellt. Außerdem wird die Gewährung des Arbeitslosengeldes stärker an den Verdienst gekoppelt und vom Alter entkoppelt. Auf der anderen Seite werden die Unterstützungen für Ältere ausgebaut, allerdings mit einer Sunset-Klausel versehen. Ältere Personen

mit Betreuungsverpflichtungen für Familienangehörige sollen von der Pflicht zur Jobsuche befreit werden, da die Nettokosten von Betreuungsleistungen über Pflegeinstitutionen überdurchschnittlich hoch sind und die Bezuschussung einer innerfamiliären Pflege eine pragmatischere und kosteneffizientere Lösung darstellt.

Die niederländische Regierung hat außerdem in den vergangenen Jahren vielfach Maßnahmen auf den Weg gebracht, um sehr spezifisch die Einkommensfallen im Sinne einer überdurchschnittlich ansteigenden steuerlichen Effektivbelastung bei der Aufnahme von Arbeit zu verringern. Nach Auffassung internationaler Institutionen sollten hier in weiteren Teilbereichen Reformschritte unternommen werden, insbesondere im Bereich von Familien, bei denen berufstätige Kinder zum Einkommen beitragen und diese einer individuellen Besteuerung unterliegen.

In diesem Zusammenhang wird von der OECD angemahnt, die Anreize für Frühverrentung zu verringern, u.a. durch Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung und durch Reduzierung der steuerlichen Förderung von Frühverrentung. Allerdings sollten die Niederlande nach Auffassung der OECD auch prüfen, ob die im Gegenzug eingeführten Lebensarbeitszeitmodelle nicht eine unerwünschte Alternative zur Frühverrentung darstellen.

Einen umfassenden Reformschritt stellt die Anfang 2006 vollzogene Umgestaltung des Gesundheitssystems mit einer Privatisierung der staatlichen Krankenkassen dar. Die Patienten haben nun umfassende Wahlfreiheit. Die Finanzierung der Gesundheitsversorgung erfolgt über eine Kopfpauschale und einen einkommensabhängigen Beitrag. Nachdem die Reform zunächst von allen Seiten begrüßt worden war, zeigen sich in der Praxis Probleme. Die Krankenkassen halten dem starken Konkurrenzdruck nicht mehr stand und schließen sich zusammen; eine starke Konzentration ist die Folge. Hauptgrund sind die sog. Gruppenverträge für bestimmte Patientengruppen, die – zum Teil öffentlich subventioniert – ein „Rosinenpicken“ der Patienten auslösen. Wenngleich der zunehmende Konkurrenzdruck grundsätzlich positiv zu bewerten ist, wird von Experten die Gefahr gese-

hen, dass aufgrund der Konzentration im Ergebnis monopolistische Strukturen entstehen und die intendierten Kosteneinsparungs- und Effizienzeffekte nicht realisiert werden.

6 Spanien

- Günstige haushaltspolitische Situation trotz expansiven Ausgabenkurses
- Risiken für die makroökonomische Stabilität
- Weitreichende Maßnahmen zur Stärkung der Vor- und Grundschulbildung

Finanzpolitik

Die Staatsverschuldung betrug im Jahr 2005 nur noch 43,2 % des BIP und wird im laufenden Jahr voraussichtlich weiter auf 40 % sinken. Spanien bleibt damit nicht nur deutlich unter dem Referenzwert von 60 %, sondern weist nach Luxemburg, Irland und Finnland auch eine der geringsten Quoten im Euroraum auf. Nach einem Haushaltsüberschuss von 1,1 % des BIP im vergangenen Jahr wird im laufenden Jahr noch ein Überschuss von 0,9 % des BIP erwartet.

Der IWF macht darauf aufmerksam, dass die Finanzpolitik vor allem ausgabenseitig einen deutlicheren Beitrag zur makroökonomischen Stabilität leisten könnte. Mit dem neuen Haushaltsstabilitätsgesetz – voraussichtlich ab 2007 wirksam – soll insgesamt eine höhere zyklische Flexibilität und ein Ausgleich über den Konjunkturzyklus hinweg erreicht werden.

Risiken für die makroökonomische Entwicklung gehen vom Leistungsbilanzdefizit aus, das im vergangenen Jahr mit 7,4 % des BIP einen Rekordstand erreichte. Da die spanische Wirtschaft besonders stark von Öl und Gas abhängt, schlug sich der gestiegene Ölpreis hier deutlich nieder. Zum Leistungsbilanzdefizit trugen aber auch die hohe inländische Nachfrage sowie die Produktivitätsnachteile gegenüber den Handelspartnern bei.

Die starke Binnennachfrage und die Preisindexierung der Löhne haben zugleich zu einer Inflationsrate beigetragen, die deutlich über dem Durchschnitt der Euroländer liegt. Das die

Wettbewerbsfähigkeit reduzierende Inflationsdifferenzial zum Eurogebiet stieg im 1. Quartal 2006 auf 1 $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte. Der negative Realzins führte auf dem Immobilienmarkt zu rasant steigenden Preisen. Dies gefährdet grundsätzlich die makroökonomische Stabilität, da aufgrund der damit einhergehenden hohen privaten Verschuldung die inländische Nachfrage sehr anfällig für steigende Zinsen sein dürfte.

Das relativ geringe Produktivitätswachstum und Rigiditäten auf Produkt- und Arbeitsmärkten stellen große Herausforderungen für die spanische Wirtschaftspolitik dar. Bereits umgesetzt ist die Reform des Kartellgesetzes, durch die der Einfluss der Wettbewerbsbehörde gestärkt und die Möglichkeit der Exekutive beschränkt wurde, deren Entscheidungen zu überstimmen. Auch jüngste Änderungen der Übernahmeverfahren im Energiesektor unterstreichen die Deregulierungsbemühungen. Die anhaltenden Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern haben bezüglich des Arbeitsmarktes zu der Vereinbarung geführt, dass der in Spanien besonders hohe Rückgriff auf zeitlich befristete Arbeitsverträge begrenzt werden soll.

Weitreichende Maßnahmen zur Stärkung der Vor- und Grundschulbildung

Besondere Aufmerksamkeit widmet die spanische Regierung der Reform der Vorschul- und Schulbildung. Die Betreuungsangebote für Kinder zwischen null und drei Jahren sollen jährlich um 2 % erhöht werden. Bis 2010 sollen alle Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren freie Vorschulbildung erhalten. Für 2006 wurden bereits 300 000 neue Plätze garantiert. Es sind darüber hinaus Maßnahmen zur Vermeidung von Lernschwierigkeiten in der Grundschule und zur besseren Integration von Schülern mit Migrationshintergrund vorgesehen. Daneben sollen Fremdsprachenkenntnisse und die Fähigkeiten im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie gestärkt werden – auch dies bereits ab der Grundschule. Im Bereich der Sekundarausbildung soll die Verbindung von Schul- und Berufsbildung verbessert werden. Zur Stärkung im Bereich Forschung und Entwicklung sieht das

Nationale Reformprogramm eine Steigerung der öffentlichen Forschungsinvestitionen um jährlich 25 % vor, um im Jahr 2010 ein Niveau von 2 % des BIP zu erreichen.

7 Italien

- Neue Regierung kündigt umfassendes Programm zur Ausgabenreduzierung für Anfang Juli an; Ziel: 2007 Referenzwert für das staatliche Haushaltsdefizit unterschreiten
- Steigende Teilzeitbeschäftigung trägt zu relativ geringer Arbeitslosenquote bei
- Reform der Bildungspolitik zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit

Finanzpolitik

Im Jahr 2005 wies Italien eine Defizitquote von 4,1 % auf und die Schuldenquote stieg erstmals seit zehn Jahren wieder an. In der Empfehlung nach Art. 104 (7) im Rahmen des Defizitverfahrens wurde Italien im Juli 2005 aufgefordert, im Jahr 2006 eine strukturelle Verbesserung des Haushaltssaldos von $\frac{3}{4}\%$ des BIP herbeizuführen und 2007 die 3-%-Marke zu unterschreiten. Nicht zuletzt deshalb wurden bereits im vergangenen Jahr Maßnahmen zur Ausgabendämpfung eingeleitet. Auch sollen verstärkt Kontrollen vorgenommen werden, um die Steuervermeidung zu verringern und damit das Steueraufkommen zu erhöhen. Allerdings zeichnet sich ab, dass die geplanten Einsparungen bei den Gesundheitsausgaben und die Beschränkung der Ausgaben für die öffentlichen Beschäftigten nicht wie vorgesehen realisiert werden können. Zudem ist die geplante erhebliche Verringerung der Transfers an die staatliche Eisenbahn sowie die Straßenbaubehörde angesichts deren schwieriger finanzieller Situation mit Unsicherheit behaftet. Einer gesetzlichen Regelung entsprechend wurden die Regionen, die ein Defizit im Gesundheitswesen aufweisen, aufgefordert, ihre Hebesätze zur regionalen Gewerbesteuer (IRAB) anzuheben.

Gemäß den Verlautbarungen der Anfang April 2006 neu gewählten Regierung steuert Italien – wenn keine weiteren Maßnahmen

ergriffen werden – auf eine Defizitquote von 4,6 % im laufenden Jahr zu. Als erste Reaktion wurde angekündigt, alle öffentlichen Aufträge für Bauprojekte für sechs Monate auszusetzen, um sie erneut zu prüfen. Für Anfang Juli wurde ein umfassendes Kürzungsprogramm im Umfang von 8 Mrd. € bis 10 Mrd. € angemeldet. Diskutiert werden in der Regierung die Wiedereinführung der Erbschaftsteuer und eine höhere Besteuerung von Selbstständigen sowie die Angleichung der Steuersätze auf Kapitalerträge und Bankeinlagen. Bisher gelten zwei verschiedene Steuersätze: 27 % auf die Zinserträge von Bankeinlagen und – im EU-Vergleich niedrige – 12,5 % auf Zinserträge von Staatspapieren, Unternehmensobligationen, Dividenden sowie auf Börsengewinne. Nach den Vorstellungen der italienischen Regierung soll mit den angestrebten Maßnahmen die Maastricht-Defizitgrenze im Jahr 2007 unterschritten werden.

Die notwendige Konsolidierung bedarf auch angesichts des immer noch geringen Wachstums erheblicher Anstrengung. Die wirtschaftliche Entwicklung ist in Italien zudem durch beträchtliche regionale Unterschiede geprägt. Dies schlägt sich auch auf dem Arbeitsmarkt nieder. Im Norden Italiens herrscht nahezu Vollbeschäftigung, wohingegen im Süden die Arbeitslosenquote bei über 14 % liegt; besonders betroffen sind Jugendliche. Italien insgesamt weist eine im Vergleich zum Euroraum geringe Beschäftigungsquote auf (2005: 57,6 % gegenüber 63,5 %). Die Arbeitslosenquote ist aber seit vielen Jahren rückläufig und lag im vergangenen Jahr bei $7\frac{3}{4}\%$. Dies kann u. a. auf die Mitte der 90er Jahre eingeleiteten Reformen des Arbeitsmarktes zurückgeführt werden, mit denen flexiblere Strukturen geschaffen wurden und die zur Lohnzurückhaltung beigetragen haben dürften. Eine wichtige Erklärung liegt auch in der deutlichen Zunahme der Teilzeitbeschäftigung: 1997 arbeiteten nur 7 % der gesamten Beschäftigten Teilzeit, im Jahr 2005 bereits 13 %, was aber gegenüber 19 % im Euroraum im gleichen Jahr immer noch eher gering ist. Allerdings ist im laufenden und kommenden Jahr nicht mit einer weiteren Verringerung der Arbeitslosenquote zu rechnen. Die OECD betont vor diesem Hintergrund das Problem der zentralen

Tabelle: Wichtige Wirtschaftsdaten für Italien

Italien	2004	2005	2006	2007
Veränderung gg. Vorjahr				
Beschäftigung	0,0	– 0,4	0,2	0,2
Lohnstückkosten	2,4	2,5	1,5	1,7
HIPC-Inflationsrate ¹	2,3	2,2	2,2	2,0
in % des BIP				
Haushaltssaldo	– 3,4	– 4,1	– 4,1	– 4,5
Verschuldung	103,8	106,4	107,4	107,7
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	8,0	7,7	7,7	7,7

¹ Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

Quelle: EU-Kommission 2006.

Lohnverhandlungen, in denen weder die starken regionalen Produktivitätsunterschiede noch die disparaten Lebenshaltungskosten berücksichtigt werden.

Im Bereich der Bildungspolitik wurde noch von der alten Regierung die allgemeine Schulpflicht von neun auf zwölf Jahre bis zum 18. Lebensjahr erhöht und die Kombination von Schulmit Berufsausbildung eingeführt, mit dem Ziel, die Absolventenquote bei der höheren Schulbildung zu steigern. Dies dürfte mittel- bis langfristig einen positiven Beitrag zur Arbeitsproduktivität und zur erforderlichen Spezialisierung im internationalen Wettbewerb leisten. Eine im Zuge der leichten konjunkturellen Verbesserung anziehende Arbeitsproduktivität könnte die Steigerung der Lohnstückkosten dämpfen. Dies dürfte sich kurzfristig günstig auf die in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunkene Wettbewerbsfähigkeit auswirken. Vor diesem Hintergrund sollen auch die Beiträge zur Sozialversicherung sinken und es werden steuerliche Entlastungen von insgesamt 10 Mrd. € angestrebt, die hälftig den Unternehmen und den Arbeitnehmern zugute kommen sollen. Die Einnahmenverringerung ist allerdings in Anbetracht der notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht ohne Risiken.

8 Dänemark

- Deutlicher Haushaltsüberschuss in 2005 – positive Prognosen auch für 2006 und 2007
- Expansive monetäre Bedingungen bei lebhafter Konjunktur
- Regierung legt Reformprogramm zur Sicherung von Wohlstand und Wohlfahrt vor

Finanzpolitik

Die dänische Regierung hat im Mai ihre Budgetschätzungen von Dezember 2005 deutlich nach oben korrigiert. Demnach erreichte der Haushaltsüberschuss im Jahr 2005 den Rekordwert von 61,4 Mrd. DKK (4 % des BIP, 8,24 Mrd. €), was einem Plus von 10 Mrd. DKK (1,34 Mrd. €) gegenüber der letzten Schätzung und mehr als einer Verdopplung gegenüber dem Jahr 2004 (24,8 Mrd. DKK, 3,32 Mrd. €) entspricht. Die deutliche Aufwärtskorrektur für 2005 ist in erster Linie auf wesentlich höher als erwartete Steuereinnahmen zurückzuführen, insbesondere durch Einnahmen aus Rentenfonds.

Für das laufende Jahr geht die Regierung von einem Budgetüberschuss von 45,8 Mrd. DKK (2,8 % des BIP, 8,15 Mrd. €, ein Plus von 10 Mrd. DKK gegenüber 12/05) aus, für 2007 von 48,1 Mrd. DKK (2,9 % des BIP, 6,45 Mrd. €, ein Plus

von 13,2 Mrd. DDK gegenüber 12/05). Die Aufwärtskorrekturen für 2006 und 2007 resultieren vor allem aus höheren Einnahmen durch die Öl- und Gasförderung. Dass in diesem Jahr dennoch ein geringerer Überschuss als in 2005 (– 15,6 Mrd. DKK) erwartet wird, ist auf die Annahme rückläufiger Einnahmen aus Rentenfonds, bedingt durch steigende Zinsen, zurückzuführen.

Durch die Verwendung der Haushaltsüberschüsse für den Schuldenabbau konnte die Schuldenquote in 2005 auf 35,9 % des BIP (2004: 42,6 %) zurückgeführt werden. Für 2006 und 2007 wird ein weiterer Abbau auf 28,8 % bzw. 24,4 % angestrebt.

Geldpolitik

Expansive monetäre Bedingungen verleihen der ohnehin schon lebhaften dänischen Konjunktur zusätzliche Impulse (reales BIP-Wachstum in 2005: 3 %, 2006 geschätzt: 3 %). Mit 2 ½ % liegen die kurzfristigen Zinssätze derzeit weiter unter ihrem geschätzten neutralen Niveau. Auch wenn bislang das Lohnwachstum maßvoll war und die Verbraucherpreisinflation nur knapp über der 2%-Marke liegt, macht sich – auch angesichts einer historisch niedrigen Arbeitslosenquote von 4,8 % in 2005 (OECD 2006 geschätzt 4,2 %) – zunehmender Lohndruck bemerkbar. Angesichts der bereits zu Tage tretenden Kapazitätsengpässe und der zu erwartenden Verstärkung des Lohn- und Preisauftriebs sollte die Geldpolitik laut OECD deutlich gestrafft werden. Der schrittweise Anstieg der kurz- und langfristigen Zinsen dürfte dann auch zur Dämpfung des Wohnimmobilienbooms beitragen.

Dänisches Reformprogramm: „Future Prosperity and Welfare“:

Die dänische Regierung hat Anfang April ihr Reformprogramm „Future Prosperity and Welfare“ vorgelegt, mit dem sie den aus ihrer Sicht größten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen der nächsten Dekaden – der demografischen Entwicklung und der Globalisierung – begegnen will. Die Vorschläge basieren auf den Ergebnissen der von der Regierung eingesetzten Welfare Commis-

sion, der Globalisierungsstrategie der Regierung sowie jüngsten Reformen der staatlichen und kommunalen Verwaltungsstrukturen.

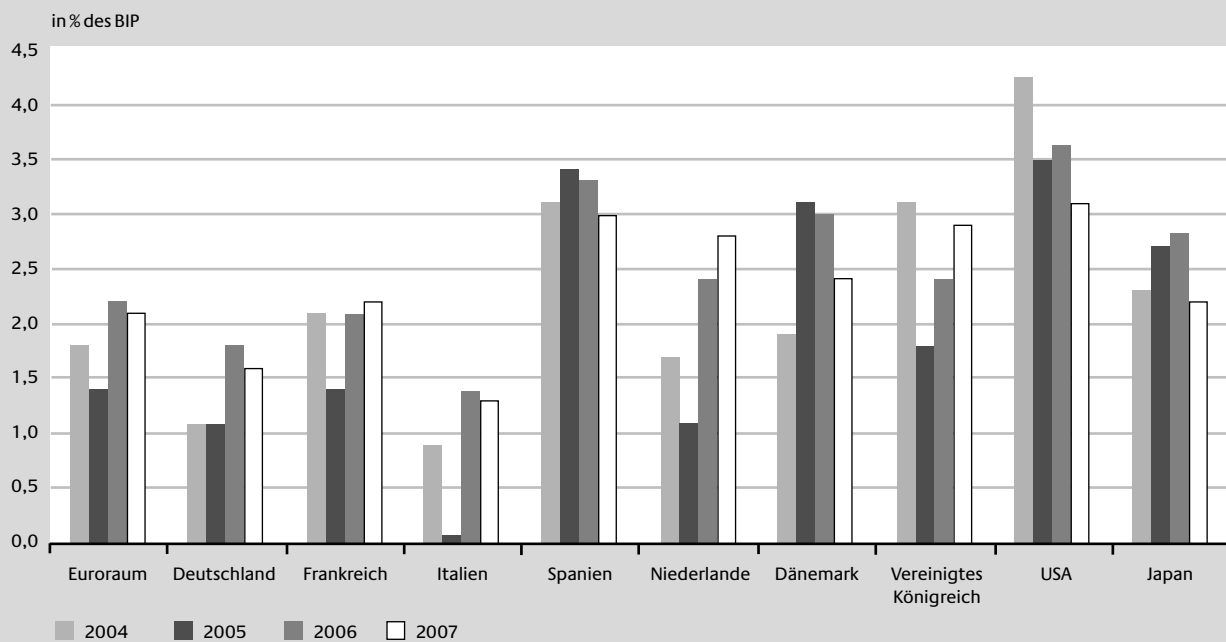
Das Wohlfahrtsreformpaket der Regierung umfasst als Hauptelemente: erstens Investitionen in Forschung und Entwicklung, Bildung, Innovation und Unternehmertum, zweitens die Erhöhung der aktiven Lebensarbeitszeit und drittens die bessere Integration von Immigranten.

Die Regierung geht davon aus, dass durch eine Erhöhung des Renteneintrittsalters, eine Beschleunigung der Schulabschlüsse und umfassende Eingliederungsmaßnahmen für Immigranten bis 2025 ca. 125 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Damit soll auch die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen nachhaltig verbessert werden.

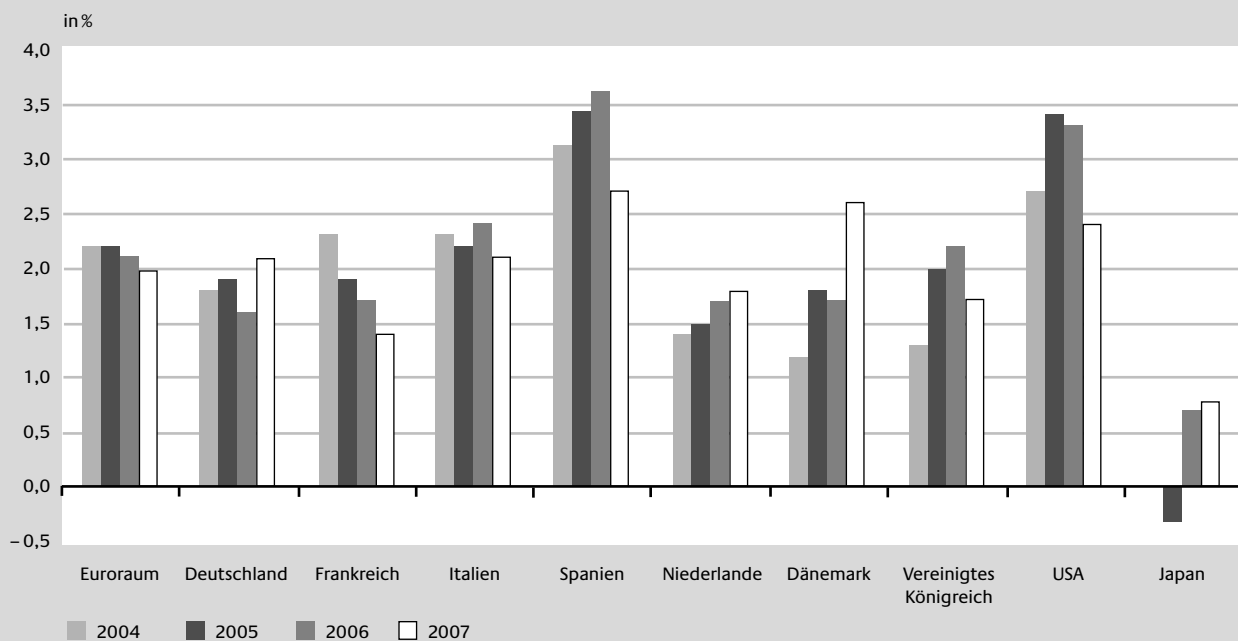
Das gesetzliche Renteneintrittsalter soll 2023 und 2025 jeweils um ein Jahr von 65 auf 67 Jahre angehoben werden. Darüber hinaus soll die Altersgrenze für den freiwilligen Eintritt in die Frühverrentung schrittweise von 60 auf 63 Jahre angehoben und durch Indexierung an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Zudem ist vorgesehen, das Arbeitsangebot durch Kürzung von Transferleistungen zu erhöhen (Druck zum schnelleren Studienabschluss bzw. zur erneuten Arbeitsaufnahme).

Um den Herausforderungen der Globalisierung besser begegnen zu können, soll u. a. ein Globalisierungsfonds eingerichtet werden, mit dem u. a. staatliche Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Höhe des Regierungsziels von 1 % des BIP bis 2010 finanziert werden sollen.

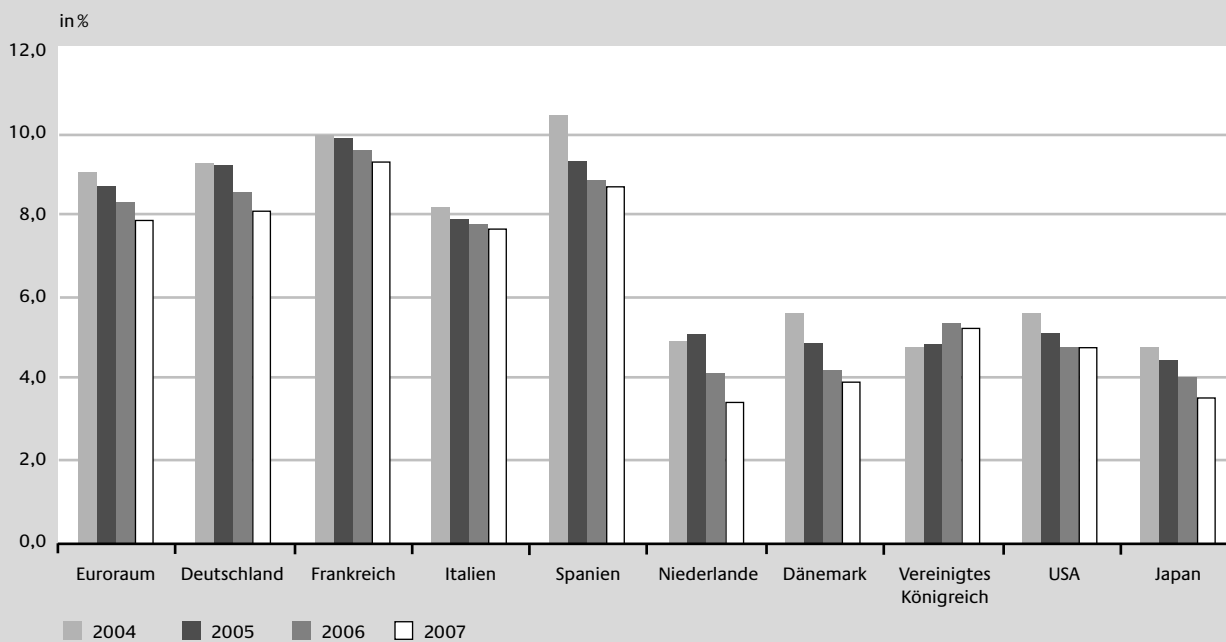
Reales BIP in % gegenüber Vorjahr



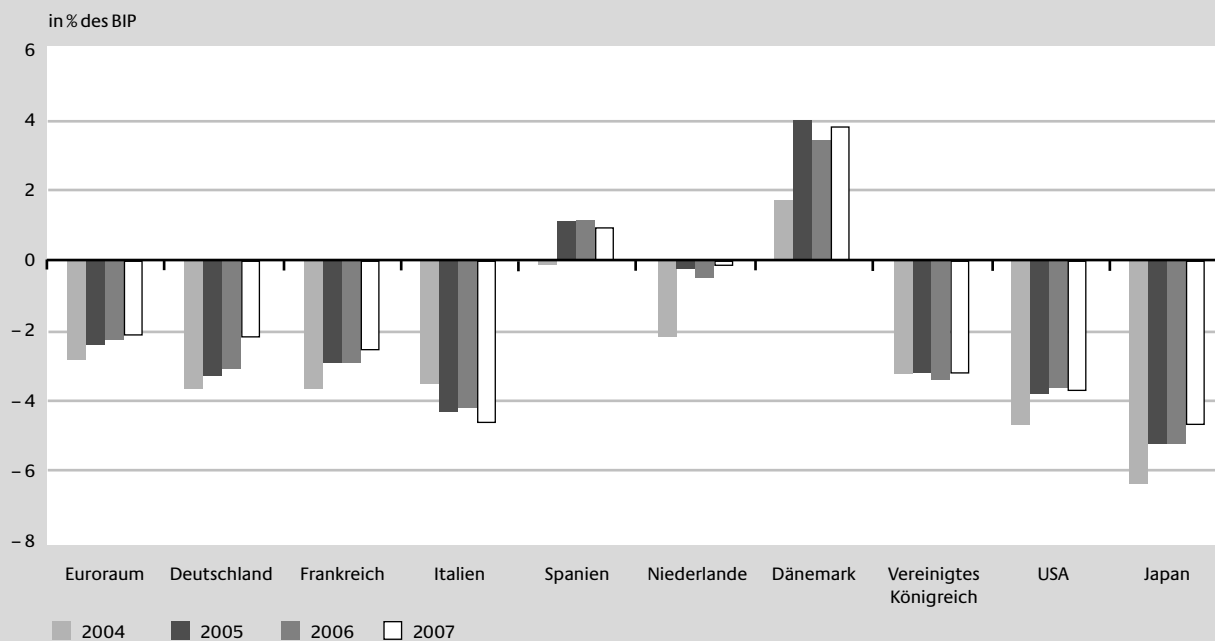
Inflation in %



Arbeitslosenquoten in %



Haushaltssalden in % des BIP







Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	96
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	119
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	123

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	96
1 Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen	96
2 Gewährleistungen	97
3 Bundeshaushalt 2005 bis 2010	97
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010	98
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006	100
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007	104
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007	106
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen	108
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	109
10 Entwicklung der Staatsquote	110
11 Schulden der öffentlichen Haushalte	111
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	112
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	113
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	114
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich	115
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	116
17 Staatsquote im internationalen Vergleich	117
18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006	118
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	119
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2006 im Vergleich zum Jahressoll 2006	119
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2006	119
3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2006	120
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2006	121
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	123
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	123
2 Preisentwicklung	123
3 Außenwirtschaft	124
4 Einkommensverteilung	124
5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	125
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	126
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	127
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	128
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones	129
10 Übersicht Weltfinanzmärkte	130
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	131
12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	134

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen¹

I. Schuldenart

	Stand: 31. Mai 2006 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 30. Juni 2006 ² Mio. €
Anleihen	539 050	0	0	539 050
Bundesobligationen	178 199	5 000	0	183 199
Bundesschatzbriefe	10 770	261	633	10 398
Bundesschatzanweisungen	120 000	7 000	15 000	112 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 733	5 913	5 924	35 722
Finanzierungsschätze	1 840	278	56	2 062
Schuldscheindarlehen	26 285	56	618	25 723
Medium Term Notes Treuhand	266	0	0	266
Kredite aus Wertpapierpensionsgeschäften	1 242	0	0	1 242
Gesamte umlaufende Schuld	913 384			909 660

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. Mai 2006 Mio. €	Stand: 30. Juni 2006 ² Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	154 952	152 100
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	306 438	304 333
langfristig (mehr als 4 Jahre)	451 994	453 228
Gesamte umlaufende Schuld	913 384	909 660

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹ Einschl. der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundesisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes, sowie der ab 2005 eingegliederte Fonds „Deutsche Einheit“ und der Ausgleichsfonds nach dem Lastenausgleichsgesetz.

² Vorläufig.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2006 in Mrd. €	Belegung am 30. Juni 2006 in Mrd. €	Belegung am 30. Juni 2005 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	107,6	104,0
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	29,5	30,5
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,9	61,5	62,3

3 Bundeshaushalt 2005 bis 2010 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2005 Ist Mrd. €	2006 Ist Mrd. €	2007 Reg.- Entwurf Mrd. €	2008	2009	2010
				Finanzplanung		
				Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €
1. Ausgaben	259,8	261,1	267,6	274,3	274,9	276,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,3	0,7	2,3	2,5	0,2	0,7
2. Einnahmen	228,4	223,2	245,4	252,6	253,7	256,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	7,8	- 2,3	9,9	2,9	0,4	0,9
darunter:						
Steuereinnahmen	190,1	194,0	214,5	218,2	226,0	231,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	1,7	2,0	10,6	1,7	3,6	2,3
3. Finanzierungsdefizit	- 31,4	- 38,4	- 22,2	- 21,7	- 21,2	- 20,7
Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits						
4. Bruttokreditaufnahme (-)¹	224,0	230,2	237,8	242,5	242,0	239,6
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,2	3,6				
6. Tilgungen (+)²	193,0	195,8	215,9	221,1	221,0	219,1
7. Nettokreditaufnahme	- 31,2	- 38,2	- 22,0	- 21,5	- 21,0	- 20,5
8. Münzeinnahmen	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
9. Finanzierungssaldo in % der Ausgaben	- 31,4 12,1	- 38,4 14,7	- 22,2 8,3	- 21,7 7,9	- 21,2 7,7	- 20,7 7,5
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	23,8	23,2	23,5	23,4	23,6	23,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	6,2	- 2,3	1,4	- 0,5	0,8	- 1,3
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,7	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Ohne Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

² Ohne Eigenbestandsveränderung.

Stand: Juli 2006

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

Ausgabeart	2005 Ist	2006 Soll	2007 Reg.-Entw.	2008	2009	2010
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Finanzplanung		Mio. €
				Mio. €	Mio. €	
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 372	26 237	26 209	26 127	26 179	26 168
Aktivitätsbezüge	19 891	19 819	19 765	19 617	19 611	19 527
Ziviler Bereich	8 537	8 523	8 554	8 593	8 624	8 647
Militärischer Bereich	11 353	11 296	11 211	11 024	10 987	10 880
Versorgung	6 481	6 418	6 443	6 510	6 568	6 642
Ziviler Bereich	2 434	2 337	2 320	2 303	2 290	2 283
Militärischer Bereich	4 047	4 081	4 124	4 207	4 278	4 359
Laufender Sachaufwand	17 712	17 990	18 632	18 783	19 030	19 383
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 596	1 474	1 518	1 497	1 509	1 517
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 992	8 426	8 746	9 259	9 604	9 986
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 090	8 368	8 027	7 917	7 880
Zinsausgaben	37 371	37 557	39 235	41 498	42 488	44 778
an andere Bereiche	37 371	37 557	39 235	41 498	42 488	44 778
Sonstige	37 371	37 557	39 235	41 498	42 488	44 778
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 326	37 513	39 190	41 454	42 445	44 735
an Ausland	3	2	4	2	2	2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	154 274	156 896	159 730	163 834	162 802	163 005
an Verwaltungen	13 921	13 759	12 320	12 477	12 833	12 704
Länder	8 381	8 289	6 692	6 573	6 585	6 417
Gemeinden	66	39	26	24	22	20
Sondervermögen	5 473	5 430	5 601	5 879	6 225	6 266
Zweckverbände	2	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	140 353	143 137	147 410	151 357	149 969	150 301
Unternehmen	13 474	16 649	18 661	23 741	23 863	23 632
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	32 747	30 386	27 841	27 112	25 225	24 899
an Sozialversicherung	90 219	92 079	96 691	96 271	96 648	97 534
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	767	801	832	825	817	817
an Ausland	3 140	3 217	3 380	3 403	3 411	3 417
an Sonstige	5	5	5	5	5	1
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	235 728	238 680	243 806	250 242	250 499	253 335
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	7 246	6 945	6 689	6 730	6 750	6 649
Baumaßnahmen	5 779	5 487	5 179	5 290	5 325	5 232
Erwerb von beweglichen Sachen	961	922	1 005	945	937	928
Grunderwerb	506	536	505	495	488	489
Vermögensübertragungen	12 977	13 073	13 799	13 721	13 332	13 027
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 617	12 679	13 429	13 366	12 998	12 707
an Verwaltungen	5 587	5 540	5 831	5 272	5 243	4 883
Länder	5 527	5 459	5 759	5 201	5 161	4 795
Gemeinden und Gemeindeverbände	60	74	66	65	77	82
Sondervermögen	–	6	6	6	6	6
an andere Bereiche	7 030	7 139	7 598	8 094	7 755	7 824
Sonstige – Inland	4 933	4 989	5 308	5 716	5 334	5 370
Ausland	2 096	2 150	2 290	2 378	2 421	2 454
Sonstige Vermögensübertragungen	360	395	370	355	333	320
an andere Bereiche	360	395	370	355	333	320
Unternehmen – Inland	–0	–	–	–	–	–
Sonstige – Inland	160	175	160	155	148	145
Ausland	201	220	210	200	185	175

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

Ausgabeart	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Soll	Reg.-Entw.	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 899	3 601	3 425	3 329	3 856	3 952
Darlehensgewährung	3 340	3 013	2 765	2 554	2 969	3 192
an Verwaltungen	53	38	1	1	1	1
Länder	53	38	1	1	1	1
an andere Bereiche	3 287	2 974	2 764	2 553	2 968	3 191
Sozialversicherungen	900	–	–	–	–	–
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 505	1 991	1 668	1 413	1 823	1 849
Ausland	882	984	1 096	1 140	1 145	1 341
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	588	661	775	888	760
Inland	0	0	28	16	13	13
Ausland	558	588	633	759	874	747
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	24 121	23 619	23 913	23 779	23 938	23 628
¹ Darunter: Investive Ausgaben	23 761	23 225	23 543	23 425	23 604	23 308
Globale Mehr-/Minderausgaben	–	– 699	– 119	278	463	– 164
Ausgaben zusammen	259 849	261 600	267 600	274 300	274 900	276 800

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	49 037	44 206	23 760	14 355	–	6 091
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 629	7 343	3 748	1 226	–	2 369
02 Auswärtige Angelegenheiten	6 514	3 066	445	165	–	2 456
03 Verteidigung	28 229	27 778	15 335	11 637	–	806
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 950	2 609	1 801	706	–	102
05 Rechtsschutz	334	318	220	82	–	16
06 Finanzverwaltung	3 381	3 092	2 210	539	–	343
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	13 118	9 355	452	657	–	8 246
13 Hochschulen	2 272	1 278	7	4	–	1 267
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 505	1 505	–	–	–	1 505
15 Sonstiges Bildungswesen	498	436	9	62	–	365
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 320	5 659	436	584	–	4 639
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 522	477	1	7	–	470
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	134 757	133 959	194	545	–	133 220
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	90 762	90 762	35	0	–	90 726
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	5 160	5 159	–	–	–	5 159
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 409	3 193	–	146	–	3 047
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	34 158	34 025	45	339	–	33 641
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	105	105	–	–	–	105
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 164	715	114	59	–	542
3 Gesundheit und Sport	919	682	224	236	–	222
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	362	310	124	137	–	49
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	362	310	124	137	–	49
32 Sport	108	83	–	2	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	186	150	64	45	–	42
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	263	139	37	53	–	50
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 983	782	2	4	–	777
41 Wohnungswesen	1 444	779	–	3	–	777
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	4	2	2	–	–	–
44 Städtebauförderung	534	–	–	–	–	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	997	529	27	131	–	370
52 Verbesserung der Agrarstruktur	632	244	–	1	–	242
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	125	125	–	53	–	71
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	125	125	–	53	–	71
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	241	160	27	77	–	57

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	986	1 891	1 954	4 831	4 796
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	283	3	0	286	286
02 Auswärtige Angelegenheiten	48	1672	1729	3 449	3 447
03 Verteidigung	296	97	58	451	418
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	222	119	–	341	341
05 Rechtsschutz	16	–	–	16	16
06 Finanzverwaltung	121	1	166	289	289
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	145	3 618	–	3 763	3 763
13 Hochschulen	1	993	–	994	994
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	62	–	63	63
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	140	1521	–	1661	1661
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	4	1041	–	1045	1045
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	787	1	799	463
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	1	–	1	1
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	214	1	217	6
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	127	–	133	8
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	445	–	449	449
3 Gesundheit und Sport	164	73	–	237	237
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	40	12	–	52	52
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	40	12	–	52	52
32 Sport	–	25	–	25	25
33 Umwelt- und Naturschutz	6	30	–	36	36
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	118	7	–	124	124
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	1 196	5	1 201	1 201
41 Wohnungswesen	–	660	5	664	664
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	2	–	2	2
44 Städtebauförderung	–	534	–	534	534
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	36	432	2	469	469
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	388	1	388	388
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	36	44	1	81	81

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 118	3 269	46	360	–	2 863
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	489	438	–	204	–	235
621 Kernenergie	223	223	–	–	–	223
622 Erneuerbare Energieformen	39	13	–	4	–	9
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	226	202	–	199	–	3
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 215	2 195	–	5	–	2 190
64 Handel	100	100	–	54	–	46
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	692	65	–	12	–	52
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 623	471	46	85	–	340
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 728	3 634	973	2 010	–	650
72 Straßen	6 911	958	–	848	–	110
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 509	779	467	246	–	65
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	337	4	–	–	–	4
75 Luftfahrt	203	202	45	16	–	141
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 768	1 691	461	900	–	330
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	10 762	7 128	–	19	–	7 109
81 Wirtschaftsunternehmen	5 321	1 687	–	19	–	1 668
832 Eisenbahnen	3 473	83	–	5	–	78
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	1 848	1 604	–	14	–	1 590
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 441	5 441	–	–	–	5 441
873 Sondervermögen	5 421	5 421	–	–	–	5 421
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	20	20	–	–	–	20
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	40 180	40 261	530	314	39 235	182
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	218	180	–	–	–	180
92 Schulden	39 275	39 275	–	40	39 235	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	687	806	530	274	–	2
Summe aller Hauptfunktionen	267 600	243 806	26 209	18 632	39 235	159 730

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006 – in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	698	1 150	1 849	1 849
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	51	–	51	51
621 Kernenergie	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	26	–	26	26
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	25	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	20	20
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	627	–	627	627
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	1 150	1 151	1 151
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 346	1 748	0	7 094	7 094
72 Straßen	4 546	1 407	–	5 953	5 953
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	730	–	–	730	730
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	333	333
75 Luftfahrt	1	–	0	1	1
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	69	8	–	77	77
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	–	3 319	314	3 634	3 634
81 Wirtschaftsunternehmen	–	3 319	314	3 634	3 634
832 Eisenbahnen	–	3 113	277	3 389	3 389
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	–	206	38	244	244
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	–	–	–	–	–
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	–	–	–	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	38	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
Summe aller Hauptfunktionen	6 689	13 799	3 425	23 913	23 543

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999
Ist-Ergebnisse									
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	233,6	246,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	3,4	5,7
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	204,7	220,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	5,8	7,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 28,9	- 26,2
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,7	27,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,7	1,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,4	10,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	16,1	16,1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	28,7	41,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	5,2	43,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	12,3	16,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	42,1	58,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	29,2	28,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	1,3	- 2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	12,5	11,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,5	35,7
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	174,6	192,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,1	10,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,7	77,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	85,3	87,2
Anteil am gesamten Steuer-aufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	41,0	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	12,4	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	98,8	91,2
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3, 4}	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	88,6	82,3
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1153,4	1183,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	488,0	708,3

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Februar 2006; 2003 bis 2005 vorläufiges Ist, 2006 und 2007 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
		Ist-Ergebnisse						Soll	Reg.-Entw.
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,6	267,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,7	2,3
Einnahmen	Mrd.€	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	223,2	245,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	- 2,3	9,9
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 38,4	- 22,2
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 38,2	- 22,0
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,5	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,2	26,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 0,5	- 0,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,8
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	15,7	15,9	15,7	15,8	15,6	15,5	15,4	15,6
Zinsausgaben	Mrd.€	39,1	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,6	39,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,5	4,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,7
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	58,0	56,8	56,3	56,4	56,2	58,6	58,2	59,4
Investive Ausgaben	Mrd.€	28,1	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	23,2	23,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 2,3	1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,9	8,8
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,0	34,2	33,2	36,6	33,9	34,8	37,2	37,7
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	194,0	214,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	2,0	10,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	74,2	80,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	86,9	87,4
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	%	42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	41,7	43,0
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 38,2	- 22,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	14,6	8,2
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	164,4	93,4
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3, 4}	%	62,0	57,8	61,6	56,4	59,5	58,9	70,1	57,1
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 395,0	1 447,5	1 503 ^{2/5}	1 541
darunter: Bund	Mrd.€	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	910 ^{4/5}	932 ^{4/5}

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Februar 2006; 2003 bis 2005 vorläufiges Ist, 2006 und 2007 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003 ²	2004 ²	2005 ²	2006 ²	2007 ²
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	603,6	609,7	618,4	612,5	625,9	627	636
Einnahmen	556,3	552,4	550,9	547,2	572,9	572 1/2	597 1/2
Finanzierungssaldo	- 47,2	- 57,3	- 67,5	- 65,3	- 53,0	- 54 1/2	- 38 1/2
darunter:							
Bund							
Ausgaben	243,3	249,3	256,7	251,6	259,9	261 1/2	267 1/2
Einnahmen	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	223	245 1/2
Finanzierungssaldo	- 23,0	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 38 1/2	- 22
Länder							
Ausgaben	255,1	257,0	258,7	256,1	259,3	256	258
Einnahmen	229,4	227,6	226,2	231,7	235,3	237 1/2	243 1/2
Finanzierungssaldo	- 25,7	- 29,4	- 30,5	- 24,4	- 24,1	- 18 1/2	- 14 1/2
Gemeinden							
Ausgaben	147,9	149,2	149,9	149,2	153,3	155 1/2	155 1/2
Einnahmen	144,0	144,5	141,3	145,3	151,1	153 1/2	153 1/2
Finanzierungssaldo	- 3,9	- 4,6	- 8,6	- 3,8	- 2,2	- 1 1/2	- 2
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	0,8	1,0	1,4	- 0,9	2,2	0	1 1/2
Einnahmen	- 1,6	- 0,7	- 0,3	- 0,7	4,7	- 0	4 1/2
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	1/2	2 1/2
Einnahmen	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	- 2 1/2	10
Länder							
Ausgaben	1,8	0,7	0,7	- 1,0	1,3	- 1 1/2	1
Einnahmen	- 4,6	- 0,8	- 0,6	2,4	1,6	1	2 1/2
Gemeinden							
Ausgaben	1,3	0,9	0,5	- 0,5	2,8	1 1/2	1/2
Einnahmen	- 2,7	0,4	- 2,2	2,9	3,9	1 1/2	- 0

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2003, 2004, 2005: vorläufiges IST; 2006, 2007: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplan Bund 2010.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003 ²	2004 ²	2005 ²	2006 ²	2007 ²
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,2	- 2,7	- 3,1	- 2,9	- 2,4	- 2 1/2	- 1 1/2
darunter:							
Bund	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1 1/2	- 1
Länder	- 1,2	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,1	- 1	- 1/2
Gemeinden	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	- 0	- 0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 7,8	- 9,4	- 10,9	- 10,7	- 8,5	- 8 1/2	- 6
darunter:							
Bund	- 9,5	- 13,1	- 15,3	- 15,8	- 12,1	-14 1/2	- 8 1/2
Länder	- 10,1	- 11,4	- 11,8	- 9,5	- 9,3	- 7 1/2	- 5 1/2
Gemeinden	- 2,6	- 3,1	- 5,7	- 2,5	- 1,4	- 1	- 1 1/2
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,4	28,6	27,6	27,9	27 1/2	27
darunter:							
Bund	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11 1/2	11 1/2
Länder	12,1	12,0	12,0	11,6	11,5	11	11
Gemeinden	7,0	7,0	6,9	6,7	6,8	7	6 1/2
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	21,1	20,6	20,4	20,0	20,1	20 1/2	21 1/2

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastenteilungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2003, 2004, 2005: vorläufiges IST; 2006, 2007: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.
Stand: Finanzplan Bund 2010.

8 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Steueraufkommen					
Jahr	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005 ²	447,9	215,4	232,5	48,1	51,9
2006 ²	457,4	221,5	236,0	48,4	51,6

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2005.
Stand: November 2005.

9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitrageinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 ³	22,3	40,4	20,6	37,8
2003 ³	22,3	40,5	20,4	37,6
2004 ³	21,7	39,6	20,0	36,8
2005 ³	21,9	39,5	20,1	36,7
2006 ⁴	22	39 1/2	20 1/2	36 1/2
2007 ⁴	23	39 1/2	21	37

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: Februar 2006.

⁴ Schätzung; Stand: Juni 2006

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

10 Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherungen ³
		Anteile am BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	39,1	26,5	12,6
1975	49,9	31,8	18,1
1976	49,1	31,0	18,1
1977	48,7	30,6	18,1
1978	47,5	29,7	17,8
1979	47,2	29,7	17,5
1980	47,9	30,1	17,8
1981	48,8	30,4	18,4
1982	48,9	30,2	18,7
1983	47,7	29,5	18,2
1984	46,9	28,8	18,1
1985	46,3	28,4	17,9
1986	45,4	27,9	17,5
1987	45,8	28,0	17,8
1988	45,3	27,3	18,0
1989	44,0	26,9	17,1
1990	44,5	27,8	16,7
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002 ⁵	48,1	26,3	21,7
2003 ⁵	48,4	26,4	22,0
2004 ⁵	46,9	25,7	21,2
2005 ⁵	46,7	25,9	20,8
2006 ⁶	46	25 1/2	20 1/2
2007 ⁶	45 1/2	25	20

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufige Ergebnisse; Stand: Februar 2006.

⁶ Schätzung; Stand: Juni 2006

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

11 Schulden der öffentlichen Haushalte

	2001	2002	2003	2004	2005
	Schulden in Mio. €¹				
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 203 887	1 253 195	1 325 733	1 394 955	1 447 505
Bund ²	697 290	719 397	760 453	802 994	872 653
Sonderrechnungen Bund	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367
Länder	357 684	384 773	414 952	442 922	468 214
Gemeinden	82 669	82 662	84 069	84 258	83 804
Zweckverbände	7 160	7 153	7 429	7 531	7 467
nachrichtlich:					
Bund + SR	756 374	778 607	819 283	860 244	888 020
Länder + Gemeinden	440 353	467 435	499 021	527 180	552 018
nachrichtlich:					
Länder (West) ²	299 759	322 899	348 111	372 352	394 148
Länder (Ost)	57 925	61 874	66 841	70 570	74 066
Gemeinden (West)	67 041	67 155	68 726	68 981	69 030
Gemeinden (Ost)	15 628	15 507	15 343	15 277	14 774
Länder und Gemeinden (West)	366 800	390 054	416 837	441 333	463 178
Länder und Gemeinden (Ost)	73 553	77 381	82 184	85 847	88 840
nachrichtlich:					
Sonderrechnungen Bund	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367
ERP	19 161	19 400	19 261	18 200	15 066
Fonds Deutsche Einheit	39 638	39 441	39 099	38 650	0
Bundeseisenbahnvermögen					
Erblastentilgungsfonds					
Ausgleichsfonds „Steinkohle“					
Entschädigungsfonds	285	369	469	400	301
	Anteil der Schulden am BIP (in %)				
Öffentlicher Gesamthaushalt	57,0	58,4	61,3	63,0	64,4
Bund	33,0	33,5	35,2	36,2	38,8
Sonderrechnungen Bund	2,8	2,8	2,7	2,6	0,7
Länder	16,9	17,9	19,2	20,0	20,8
Gemeinden	3,9	3,9	3,9	3,8	3,7
nachrichtlich:					
Bund + SR	35,8	36,3	37,9	38,8	39,5
Länder + Gemeinden	20,8	21,8	23,1	23,8	24,6
nachrichtlich:					
Länder (West) ²	14,2	15,1	16,1	16,8	17,5
Länder (Ost)	2,7	2,9	3,1	3,2	3,3
Gemeinden (West)	3,2	3,1	3,2	3,1	3,1
Gemeinden (Ost)	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Länder und Gemeinden (West)	17,4	18,2	19,3	19,9	20,6
Länder und Gemeinden (Ost)	3,5	3,6	3,8	3,9	4,0
nachrichtlich:					
Maastricht-Schuldenstand ³	58,8	60,3	63,8	65,5	67,7
	Schulden insgesamt (€)				
je Einwohner	14 603	15 183	16 063	16 908	17 552
je Erwerbstätigen	30 621	32 054	34 237	35 890	37 323
nachrichtlich:					
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 113,2	2 145,0	2 163,4	2 215,7	2 247,4
Einwohner (in Mio.) (30.6.)	82,440	82,537	82,532	82,501	82,468
Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.)	39,316	39,096	38,722	38,868	38,783

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

² West- und Ost-Berlin.

³ Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,7	- 1,2	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,2
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,8	- 5,4	- 0,4	- 32,6	- 6,1
1976	- 20,5	- 20,2	- 0,3	- 3,5	- 3,5	- 0,1	- 24,6	- 4,2
1977	- 16,0	- 13,2	- 2,8	- 2,6	- 2,1	- 0,4	- 15,9	- 2,6
1978	- 17,5	- 15,8	- 1,7	- 2,6	- 2,4	- 0,3	- 20,3	- 3,0
1979	- 19,2	- 18,5	- 0,7	- 2,7	- 2,6	- 0,1	- 23,8	- 3,3
1980	- 22,5	- 23,6	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,8
1981	- 32,0	- 34,2	2,2	- 4,0	- 4,3	0,3	- 38,7	- 4,8
1982	- 29,3	- 32,2	2,8	- 3,5	- 3,9	0,3	- 35,8	- 4,3
1983	- 25,5	- 24,8	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,2
1984	- 18,3	- 17,5	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,6
1985	- 10,9	- 12,8	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,1
1986	- 11,6	- 15,7	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,0	- 21,6	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,3	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	0,8	- 7,4	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 25,1	- 34,9	9,8	- 2,0	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,8
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,4
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 47,1	- 2,2
2002 ⁵	- 79,6	- 72,7	- 6,9	- 3,7	- 3,4	- 0,3	- 57,1	- 2,7
2003 ⁵	- 86,6	- 78,6	- 8,0	- 4,0	- 3,6	- 0,4	- 68,5	- 3,2
2004 ⁵	- 81,2	- 79,9	- 1,3	- 3,7	- 3,6	- 0,1	- 65,3	- 2,9
2005 ⁵	- 74,5	- 71,2	- 3,4	- 3,3	- 3,2	- 0,1	- 53	- 2,4
2006 ⁶	- 70 1/2			- 2 1/2			- 54 1/2	- 2 1/2
2007 ⁶	- 58 1/2			- 2 1/2			- 38 1/2	- 1 1/2

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.⁵ Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2006.⁶ Schätzung; Stand: Juni 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland¹	- 2,9	- 1,1	- 2,0	- 3,2	- 1,2	- 3,7	- 4,0	- 3,7	- 3,3	- 3,1	- 2,5
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	- 0,3	- 0,9
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,0	3,3	1,2	1,0	2,7	4,9	3,9	4,0
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,0	- 4,9	- 5,8	- 6,9	- 4,5	- 3,0	- 3,6
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,0	- 0,3	0,0	- 0,1	1,1	0,9	0,4
Frankreich	0,0	- 2,9	- 2,1	- 5,5	- 1,5	- 3,2	- 4,2	- 3,7	- 2,9	- 3,0	- 3,1
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,1	4,4	- 0,6	0,2	1,5	1,0	0,1	- 0,4
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 1,9	- 2,9	- 3,4	- 3,4	- 4,1	- 4,1	- 4,5
Luxemburg	-	-	4,3	2,3	5,9	2,0	0,2	- 1,1	- 1,9	- 1,8	- 1,5
Niederlande	- 3,8	- 3,4	- 5,1	- 4,0	1,4	- 2,0	- 3,1	- 1,9	- 0,3	- 1,2	- 0,7
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,4	- 5,6	- 1,9	- 0,5	- 1,5	- 1,1	- 1,5	- 1,9	- 1,4
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,2	- 3,2	- 2,9	- 2,9	- 3,2	- 6,0	- 5,0	- 4,9
Finnland	3,9	3,5	5,4	- 6,2	7,0	4,1	2,5	2,3	2,6	2,8	2,5
Schweden	-	-	-	- 7,0	5,0	- 0,2	0,1	1,8	2,9	2,2	2,3
Vereinigtes Königreich	-	-	- 1,6	- 5,8	1,3	- 1,6	- 3,3	- 3,3	- 3,5	- 3,0	- 2,8
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,0	- 2,5	- 3,0	- 2,8	- 2,4	- 2,4	- 2,3
EU-15	-	-	-	- 5,1	- 0,3	- 2,2	- 2,9	- 2,6	- 2,3	- 2,2	- 2,2
Estland	-	-	-	0,4	- 0,4	1,0	2,4	1,5	1,6	1,4	0,8
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 2,3	- 1,2	- 0,9	0,2	- 1,0	- 1,0
Litauen	-	-	-	- 1,9	- 3,6	- 1,4	- 1,2	- 1,5	- 0,5	- 0,6	- 0,9
Malta	-	-	-	-	- 6,2	- 5,6	-10,2	- 5,1	- 3,3	- 2,9	- 3,2
Polen	-	-	-	- 2,2	- 1,5	- 3,2	- 4,7	- 3,9	- 2,5	- 3,0	- 3,0
Slowakei	-	-	-	- 0,8	-12,2	- 7,7	- 3,7	- 3,0	- 2,9	- 2,7	- 2,1
Slowenien	-	-	-	-	- 3,9	- 2,7	- 2,8	- 2,3	- 1,8	- 1,9	- 1,6
Tschechien	-	-	-	-13,2	- 3,6	- 6,8	- 6,6	- 2,9	- 2,6	- 3,2	- 3,4
Ungarn	-	-	-	-	- 2,3	- 8,4	- 6,4	- 5,4	- 6,1	- 6,7	- 7,0
Zypern	-	-	-	-	- 2,4	- 4,5	- 6,3	- 4,1	- 2,4	- 2,1	- 2,0
EU-25	-	-	-	-	0,8	- 2,3	- 3,0	- 2,6	- 2,3	- 2,3	- 2,2
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,7	- 8,2	- 8,0	- 6,3	- 6,5	- 5,8	- 5,4
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 3,8	- 5,0	- 4,7	- 3,8	- 4,1	- 4,4

¹ Angaben für 2000 und 2002 ohne Erlöse aus den Versteigerungen der UMTS-Lizenzen.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Für die Jahre 2002 bis 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.

Stand: Mai 2006.

14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	31,2	40,7	42,3	55,5	59,2	60,3	63,8	65,5	67,7	68,9	69,2
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,7	107,7	103,2	98,5	94,7	93,3	89,8	87,0
Dänemark	39,1	75,0	62,0	72,5	51,7	46,8	44,4	42,6	35,8	30,0	26,5
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	111,6	110,7	107,8	108,5	107,5	105,0	102,1
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,5	59,2	52,5	48,9	46,4	43,2	40,0	37,9
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,1	56,7	58,2	62,4	64,4	66,8	66,9	67,0
Irland	69,0	100,5	93,1	81,0	37,8	32,1	31,1	29,4	27,6	27,2	27,0
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,2	105,5	104,2	103,8	106,4	107,4	107,7
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	5,8	5,3	6,5	6,3	6,6	6,2	7,9	8,2
Niederlande	44,0	67,5	73,7	74,0	53,6	50,5	51,9	52,6	52,9	51,2	50,3
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,8	66,0	64,4	63,6	62,9	62,4	61,6
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	55,5	57,0	58,7	63,9	68,4	70,6
Finnland	11,4	16,1	14,1	56,5	44,3	41,3	44,3	44,3	41,1	39,7	38,3
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,0	52,3	52,0	51,8	50,5	50,3	47,6	44,8
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,0	41,2	37,6	39,0	40,8	42,8	44,1	44,7
Euroraum	33,7	50,6	57,0	72,2	69,2	68,1	69,3	69,8	70,8	70,5	70,1
EU-15	–	–	–	69,5	63,0	61,5	63,1	63,4	64,6	64,4	64,0
Estland	–	–	–	–	5,1	5,5	6,0	5,4	4,8	3,6	3,0
Lettland	–	–	–	–	12,3	13,5	14,4	14,6	11,9	11,3	10,9
Litauen	–	–	–	–	23,6	22,3	21,2	19,5	18,7	18,9	19,7
Malta	–	–	–	–	56,0	61,2	71,3	76,2	74,7	74,0	74,0
Polen	–	–	–	–	35,9	39,8	43,9	41,9	42,5	45,5	46,7
Slowakei	–	–	–	–	50,0	43,3	42,7	41,6	34,5	34,3	34,7
Slowenien	–	–	–	–	27,6	29,7	29,1	29,5	29,1	29,9	29,7
Tschechien	–	–	–	–	19,1	28,8	30,0	30,6	30,5	31,5	32,4
Ungarn	–	–	–	–	54,3	55,0	56,7	57,1	58,4	59,9	62,0
Zypern	–	–	–	–	59,9	65,2	69,7	71,7	70,3	69,1	67,8
EU-25	–	–	–	–	61,9	60,5	62,0	62,4	63,4	63,2	62,9
Japan	55,0	72,2	68,6	87,7	136,8	152,0	156,3	157,3	158,9	161,1	162,4
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	58,5	60,6	64,2	64,8	65,0	66,0	67,1

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1990 und 2002 bis 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.

Für die Jahre 1995 und 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Stand: Mai 2006.

15 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2002	2003	2004
Deutschland^{2,3}	22,5	24,6	22,3	22,7	22,7	21,1	21,1	20,4
Belgien	24,8	30,2	28,8	30,1	31,5	31,6	31,0	31,5
Dänemark	37,7	43,2	46,7	48,5	48,3	47,5	47,1	48,4
Finnland	29,1	27,8	33,0	31,8	35,9	33,6	32,8	32,4
Frankreich	21,5	23,1	23,6	24,5	28,4	27,3	27,0	27,5
Griechenland	15,7	16,2	20,5	21,9	26,4	24,4	22,8	–
Irland	26,4	26,9	28,5	28,1	27,9	24,4	25,3	25,7
Italien	16,2	18,9	26,1	28,2	30,8	30,0	30,4	29,5
Japan	15,3	18,0	21,4	17,7	17,2	15,9	15,6	15,8
Kanada	27,8	27,7	31,5	30,6	30,8	28,9	28,6	28,0
Luxemburg	19,1	29,1	29,8	31,1	30,2	29,9	29,8	29,3
Niederlande	23,1	27,0	26,9	24,4	25,2	25,3	24,7	24,8
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,2	33,8	33,5	35,2
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	29,1	28,6	28,3
Polen	–	–	–	25,8	23,0	23,3	20,0	–
Portugal	14,7	17,0	21,3	23,5	25,5	25,2	25,3	–
Schweden	32,8	33,6	38,7	35,1	39,1	35,0	35,8	36,2
Schweiz	17,0	19,8	19,9	20,3	23,1	22,4	22,0	22,2
Slowakei	–	–	–	–	20,6	19,5	18,7	18,4
Spanien	9,9	11,5	20,8	20,3	22,6	22,6	22,5	22,9
Tschechien	–	–	–	22,0	20,1	20,7	21,3	21,3
Ungarn	–	–	–	27,3	27,6	27,1	26,8	26,3
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	19,4	18,8	18,7
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,9	31,1	29,6	29,0	29,4

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970–1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 – 2004, Paris 2005.

Stand: Oktober 2005.

16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2002	2003	2004
Deutschland^{2,3}	32,3	37,5	35,7	37,2	37,2	35,4	35,5	34,6
Belgien	34,8	42,4	43,2	44,8	45,7	46,2	45,4	45,6
Dänemark	39,2	43,9	47,7	49,5	50,1	48,7	48,3	49,6
Finnland	32,0	36,2	44,3	46,0	48,0	45,8	44,8	44,3
Frankreich	33,7	40,2	42,2	42,9	44,4	43,4	43,4	43,7
Griechenland	22,4	24,2	29,3	32,4	38,2	37,1	35,7	–
Irland	28,8	31,4	33,5	32,8	32,2	28,7	29,7	30,2
Italien	26,1	30,4	38,9	41,2	43,2	42,5	43,1	42,2
Japan	19,6	25,4	29,1	26,7	26,5	25,8	25,3	–
Kanada	30,8	30,9	35,9	35,6	35,6	34,0	33,8	33,0
Luxemburg	26,8	40,8	40,8	42,3	40,6	41,3	41,3	40,6
Niederlande	35,6	43,6	42,9	41,9	41,2	39,2	38,8	39,3
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,2	43,8	43,4	44,9
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	43,6	43,1	42,9
Polen	–	–	–	37,0	32,5	34,7	34,2	–
Portugal	19,4	24,1	29,2	33,6	36,4	36,5	37,1	–
Schweden	38,5	47,3	53,2	48,5	53,9	50,1	50,6	50,7
Schweiz	22,2	28,5	26,0	27,8	30,5	30,1	29,5	29,4
Slowakei	–	–	–	–	34,3	33,0	31,1	30,8
Spanien	15,8	22,4	32,1	31,8	34,8	34,8	34,9	35,1
Tschechien	–	–	–	37,5	36,0	37,0	37,7	37,6
Ungarn	–	–	–	42,4	39,0	38,8	38,5	37,7
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	26,3	25,6	25,4
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,1	37,5	35,6	35,6	36,1

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970–1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965–2004, Paris 2005.

Stand: Oktober 2005.

17 Staatsquote im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP						
	1990	2000	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland¹	44,5	45,1	48,3	47,0	46,8	45,7	45,0
Belgien	51,9	48,6	50,1	48,7	49,1	49,0	48,9
Dänemark	55,9	53,9	55,2	55,1	54,0	53,0	52,1
Finnland	48,3	48,8	50,7	50,8	50,9	50,6	50,6
Frankreich	49,3	51,6	53,6	53,5	53,9	53,6	53,0
Griechenland	50,2	52,1	49,9	49,8	47,7	47,1	46,9
Irland	42,9	31,5	33,5	33,7	35,8	35,2	35,2
Italien	54,4	46,9	49,3	48,7	49,2	48,5	49,0
Japan	31,8	38,3	37,6	37,5	37,4	37,6	37,8
Kanada	48,8	41,1	40,9	39,9	39,5	39,6	40,0
Luxemburg	43,3	38,6	45,0	45,2	46,1	45,4	44,7
Niederlande	52,5	43,4	47,1	46,6	47,7	48,1	46,6
Norwegen	54,0	42,7	48,9	46,7	46,1	46,3	46,5
Österreich	51,5	51,4	50,6	49,9	49,5	48,6	48,2
Polen	–	44,9	45,8	44,7	42,8	43,0	42,4
Portugal	40,6	43,7	46,2	46,5	47,6	47,5	47,1
Schweden	61,9	57,4	58,7	57,3	57,2	57,1	56,3
Schweiz	30,0	33,9	36,7	36,7	36,9	36,5	36,1
Slowakei	–	50,9	39,7	40,6	40,2	39,9	39,0
Spanien	42,5	38,9	38,3	38,8	38,5	38,6	38,7
Tschechien	–	42,1	53,5	44,6	44,2	43,0	42,4
Ungarn	–	47,9	49,8	49,7	50,3	48,9	48,8
USA	37,1	34,2	36,7	36,4	36,6	36,9	36,6
Vereinigtes Königreich	42,2	37,5	43,3	43,9	44,9	45,4	45,7

¹ 1970–1990 nur alte Bundesländer.
Quelle: OECD-Outlook.
Stand: Dezember 2005.

18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	79,99	85,14	90,56	100,14	105,68	111,97
davon:						
Agrarpolitik	41,53	43,52	44,38	43,58	48,46	50,99
Strukturpolitik	22,46	23,50	28,53	34,20	32,40	35,64
Interne Politiken	5,30	6,57	5,67	7,26	8,02	8,89
Externe Politiken	4,23	4,42	4,29	4,61	5,48	5,37
Verwaltungsausgaben	4,86	5,21	5,30	5,86	6,29	6,66
Reserven	0,21	0,17	0,15	0,18	0,44	0,46
Heranführungsstrategien	1,40	1,75	2,24	3,05	3,29	2,89
Ausgleichszahlungen				1,41	1,30	1,07
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	- 4,1	6,4	6,4	10,6	5,5	6,0
davon:						
Agrarpolitik	2,5	4,8	2,0	- 1,8	11,2	5,2
Strukturpolitik	- 18,6	4,6	21,4	19,9	- 5,3	10,0
Interne Politiken	- 1,3	24,0	- 13,7	28,0	10,5	10,8
Externe Politiken	10,2	4,5	9,5	7,5	18,9	- 2,0
Verwaltungsausgaben	2,5	7,2	1,7	10,6	7,3	5,9
Reserven	10,5	- 19,0	- 11,8	20,0	144,4	4,5
Heranführungsstrategie	16,7	25,0	54,9	36,2	7,9	- 12,2
Ausgleichszahlungen					- 7,8	- 17,7
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	51,9	51,1	49,0	43,5	45,9	45,5
Strukturpolitik	28,1	27,6	31,5	34,2	30,7	31,8
Interne Politiken	6,6	7,7	6,3	7,2	7,6	7,9
Externe Politiken	5,3	5,2	4,7	4,6	5,2	4,8
Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	5,9	5,9	6,0	5,9
Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	1,8	2,1	2,5	3,0	3,1	2,6
Ausgleichszahlungen				1,4	1,2	1,0
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	94,28	94,08	93,47	103,51	105,68	111,97
davon:						
Zölle	12,83	9,50	9,46	10,59	12,03	12,91
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,82	1,49	1,39	1,71	1,91	1,32
MwSt-Eigenmittel	30,69	22,69	21,82	13,53	15,56	15,88
BSP/BNE-Eigenmittel	34,46	45,85	50,62	69,21	68,88	80,56
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	1,7	- 0,2	- 0,6	10,7	2,1	6,0
davon:						
Zölle	- 2,1	- 26,0	- 0,4	11,9	13,6	7,3
Agrarzölle und Zuckerabgaben	- 15,7	- 18,1	- 6,7	23,0	11,7	- 30,9
MwSt-Eigenmittel	- 12,8	- 26,1	- 3,8	- 38,0	15,0	2,1
BSP/BNE-Eigenmittel	- 8,3	33,1	10,4	36,7	- 0,5	17,0
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,6	10,1	10,1	10,2	11,4	11,5
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,9	1,6	1,5	1,7	1,8	1,2
MwSt-Eigenmittel	32,6	24,1	23,3	13,1	14,7	14,2
BSP/BNE-Eigenmittel	36,6	48,7	54,2	66,9	65,2	71,9

Bemerkungen:

1996 bis 2004: Ist-Angaben gem. EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.

2005: EU-Haushalt einschl. Nachtrags- und Berichtigungshaushalte Nr. 1-8.

2006: Endgültige Feststellung vom 15. Dezember 2005.

Stand: Februar 2006.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

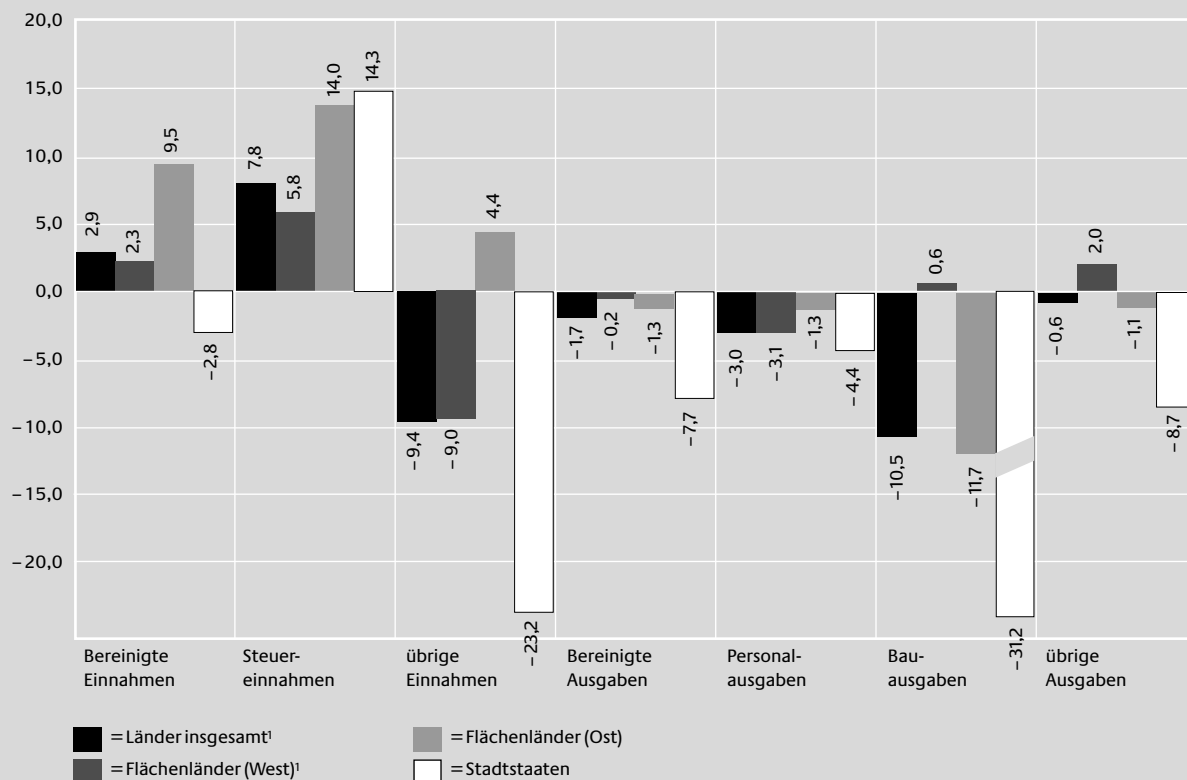
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2006 im Vergleich zum Jahressoll 2006

in Mio. €	Flächenländer (West ¹)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen ¹	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	162 798	63 231	48 736	18 086	29 106	11 968	235 191	90 938
darunter:								
Steuereinnahmen	126 122	50 167	23 519	9 989	17 783	7 654	167 424	67 809
übrige Einnahmen	36 676	13 064	25 217	8 098	11 323	4 314	67 767	23 128
Bereinigte Ausgaben	178 139	71 101	51 799	19 830	33 983	14 173	258 471	102 757
darunter:								
Personalausgaben	71 675	30 455	12 901	5 237	11 099	4 699	95 675	40 391
Bauausgaben	2 589	523	1 423	279	832	181	4 844	983
übrige Ausgaben	103 875	40 124	37 474	14 314	22 053	9 292	157 953	61 383
Finanzierungssaldo	- 15 336	- 7 870	- 3 063	- 1 744	- 4 861	- 2 205	- 23 261	- 11 819

¹ Ist-Ergebnisse ohne Saarland.

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2006

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



¹ Ist 2006 ohne Saarland.

3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Mai 2005			April 2006			Mai 2006		
		Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder ⁵	Ins- gesamt ⁵	Bund	Länder ⁵	Ins- gesamt ⁵
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	76 016	88 411	158 406	63 956	72 240	131 307	84 256	90 938	169 081
111	darunter: Steuereinnahmen	66 006	62 879	128 885	53 634 ⁶	52 960	106 594	71 301 ⁶	67 809	139 110
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	98 517 ³	34 167	132 685	82 025 ³	25 224 ⁷	107 249	109 494 ³	30 306	139 800
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	114 631	104 499	213 110	92 764	84 709	172 584	112 458	102 757	209 102
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	11 252	41 640	52 892	9 081	32 859	41 939	11 226	40 391	51 617
122	Bausgaben	1 123	1 099	2 222	831	711	1 543	1 272	983	2 255
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–235	–235	–	–200	–200	–	–244	–244
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	81 378	24 758	106 136	79 239	22 806	102 046	89 457	26 171	115 628
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 38 615	– 16 088	– 54 704	– 28 808	– 12 469	– 41 277	– 28 202	– 11 819	– 40 021
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	93	93	–	189	189	–	704	704
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	89	89	–	76	76	–	177	177
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	5	5	–	113	113	–	528	528
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen ²	17 352	8 288	25 640	2 942	2 749	5 690	20 285	4 425	24 710
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	– 1 560	– 1 560	–	– 805	– 805	–	– 741	– 741
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	– 981	– 981	–	– 180	– 180	–	– 180	– 180
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	3 748	6 289	10 037	14 796	5 975	20 772	5 512	6 532	12 044
32	Vorschüsse	–	7 043	7 043	–	11 845	11 845	–	9 272	9 272
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	3 813	3 813	–	5 322	5 322	–	5 788	5 788
34	Saldo (31–32+33)	3 748	3 059	6 808	14 796	– 548	14 249	5 512	3 048	8 560
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 17 515	– 7 277	– 24 792	– 11 070	– 11 141	– 22 210	– 2 405	– 4 740	– 7 145
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	17 515	5 045	22 560	11 070	6 914	17 983	2 405	4 428	6 833
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	130	130	–	265	265	–	220	220
56	Zusammen	17 515	5 175	22 690	11 070	7 179	18 248	2 405	4 648	7 053
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	– 2 102	– 2 102	0	– 3 962	– 3 962	0	– 92	– 92
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	–	626	626	–	1 049	1 049	–	955	955
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	917	917	–	1 852	1 852	–	1 909	1 909

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁵ Aufgrund technischer Probleme konnte das Saarland keine Zahlen für Januar bis einschließlich Mai melden. ⁶ Die Gemeinschaftsteuern des Saarlandes für April und Mai 2006 sind noch nicht berücksichtigt. ⁷ Wegen einer Länderkorrekturmeldung veränderte Werte ggü. BMF-Veröffentlichung für April 2006. Stand: Juli 2006.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklb.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland ⁸
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	11 635,2	13 286,2	3 338,8	6 759,4	2 307,9	7 703,5	17 141,6	4 197,5	.
111	darunter: Steuereinnahmen	9 008,9	10 494,2	1 981,3	5 642,7	1 144,8	5 346,0	14 483,2 ⁶	3 072,3	.
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	143,3	–	178,0	105,0	–	106,6	.
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	3 124,3	2 583,0	605,2	982,0	403,7	1 941,7	7 015,1	3 062,7	.
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	13 141,2	14 116,9	3 822,0	7 624,2	2 739,4	8 528,9	19 149,1	5 398,0	.
121	darunter: Personalausgaben									.
	(inklusive Versorgung)	6 072,4	6 838,6	939,2	2 845,4	622,7	3 495,1 ³	7 559,9 ³	2 234,6	.
122	Bauausgaben	122,1	202,8	49,4	101,5	44,6	17,9	33,0	19,1	.
123	Länderfinanzausgleich ¹	944,5	753,5	–	640,6	–	–	12,8	–	.
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	2 332,6	445,6	615,4	1 706,2	623,2	2 174,0	6 453,3	3 064,8	.
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 1 506,0	– 830,7	– 483,2	– 864,8	– 431,5	– 825,4	– 2 007,6	– 1 200,5	.
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	.
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	.
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	.
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	810,6	2 174,7	211,4	– 734,8	– 216,7	– 237,8	557,3	– 86,0	.
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	0,2	–	–	–	–	–	–	–	.
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	–	–	.
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 271,1	1 141,0	536,4	601,2	249,4	139,4	987,3	1 136,4	.
32	Vorschüsse	812,1	5 161,3	8,4	41,5	0,6	593,6	144,1	690,9	.
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	149,6	2 676,3	0,0	403,5	115,9	790,2	174,1	1,7	.
34	Saldo (31–32+33)	608,6	– 1 344,0	528,0	963,2	364,7	336,0	1 017,3	447,2	.
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 86,6	0,0	256,2	– 636,4	– 283,5	– 727,2	– 433,0	– 839,3	.
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	–	19,3	538,1	253,5	752,0	403,0	840,0	.
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	.
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	.
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	.
55	Sonstige	–	–	–	137,0	–	83,0	–	–	.
56	Zusammen	0,0	0,0	19,3	675,1	253,5	835,0	403,0	840,0	.
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)⁴	– 86,6	0,0	275,5	38,7	– 30,0	107,8	– 30,0	0,7	.
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	556,3	–	–	.
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	790,2	171,9	–	.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung.

³ Ohne Juni-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 218,717 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁸ Aufgrund technischer Probleme konnte das Saarland für Mai keine Zahlen melden.

Stand: Juli 2006.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen ⁸
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	6 169,6	3 328,5	2 755,0	2 941,4	6 809,9	1 234,5	4 050,6	90 937,6
111	darunter: Steuereinnahmen	3 365,8	1 927,3	2 119,3	1 569,3	3 551,1	822,5	3 280,7	67 809,4
112	Länderfinanzausgleich ¹	436,7	242,7	36,0	233,8	1 114,0	125,9	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	303,9	3 732,8	1 652,3	737,5	4 182,4	745,3	– 765,8	30 306,1
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	5 646,3	3 950,3	3 390,4	3 672,4	8 681,3	1 749,1	3 869,1	102 756,6
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	1 776,0	912,0	1 409,1	986,8	2 863,8	542,1	1 293,2	40 390,9
122	Bausubstanz	127,7	15,9	26,1	41,7	53,4	30,3	97,6	983,1
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	127,0	– 243,6
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	869,0	2 234,1	1 449,2	233,1	3 033,0	937,0	–	26 170,5
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	523,3	– 621,8	– 635,4	– 731,0	– 1 871,4	– 514,6	181,5	– 11 819,1
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	704,4	–	704,4
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	176,9	–	176,9
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	527,5	–	527,5
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	– 488,6	1 498,0	216,5	500,1	1 160,3	– 181,6	– 758,8	4 424,6
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	– 22,7	–	– 527,5	– 190,9	– 740,9
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	– 180,1	–	–	–	– 180,1
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.	–	–	–	–	–	–	–	–
31	Verwahrungen	437,2	282,1	0,0	– 244,1	73,9	111,3	– 190,8	6 531,8
32	Vorschüsse	798,1	1 287,2	0,0	20,6	–	– 32,7	– 253,4	9 272,3
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	236,6	53,5	0,0	2,2	290,1	329,7	564,8	5 788,2
34	Saldo (31–32+33)	– 124,3	– 951,7	0,0 ⁵	– 262,5	364,0	473,7	627,4	3 047,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 89,6	– 75,4	– 418,9	– 696,2	– 347,1	– 222,5	– 140,8	– 4 740,3
5	Schwebende Schulden	–	–	–	–	–	–	–	–
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	691,9	360,0	263,1	307,0	4 427,9
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	220,0
56	Zusammen	0,0	0,0	0,0	691,9	360,0	263,1	307,0	4 647,9
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)⁴	– 89,6	– 75,4	– 418,9	– 4,3	12,9	40,6	166,2	– 92,4
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)	–	–	–	–	–	–	–	–
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	–	398,6	954,9
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	290,1	92,4	564,8	1 909,4

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne Juni-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 218,717 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁸ Aufgrund technischer Probleme konnte das Saarland für Mai keine Zahlen melden.

Stand: Juli 2006.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
						Veränderung in % p. a.			
1991	38,6	.	50,8	2,0	4,9	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,6	23,6
1993	37,6	– 1,3	49,7	2,8	6,9	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	3,0	22,6
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,4	21,3
1997	37,5	– 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,2	3,2	7,6	0,1	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 1,0	51,3	3,7	8,7	– 0,2	0,8	1,2	17,8
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,6	1,3	0,9	17,4
2005	38,8	– 0,2	51,6	3,9	9,1	1,0	1,2	1,6	17,1
2000/1995	38,0	0,8	50,1	3,1	7,6	2,0	1,2	2,0	21,3
2005/2000	39,0	– 0,2	51,3	3,4	8,1	0,7	0,9	1,4	18,7

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haus- halte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten ²
	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,4
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,5
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	1,9
1996	1,5	0,5	– 0,7	0,7	1,0	1,5	– 0,0
1997	2,1	0,3	– 2,2	0,9	1,4	1,9	– 1,1
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,4
2000	2,5	– 0,7	– 4,8	0,9	0,9	1,4	0,6
2001	2,5	1,2	– 0,1	1,3	1,7	2,0	0,8
2002	1,5	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,8
2003	0,9	1,0	1,0	0,8	1,5	1,1	0,7
2004	2,4	0,8	– 0,2	0,9	1,4	1,6	– 0,9
2005	1,4	0,5	– 1,5	1,0	1,4	2,0	– 1,0
2000/1995	2,2	0,2	– 1,1	0,5	0,8	1,3	0,0
2005/2000	1,7	1,0	0,2	1,0	1,4	1,6	0,0

¹ Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. ² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlands-konzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,12	47,69	35,7	31,2	4,5	2,2
2003	0,9	2,5	87,56	45,66	35,7	31,7	4,0	2,1
2004	9,1	7,0	109,46	82,36	38,0	33,1	4,9	3,7
2005	7,0	7,7	112,07	88,44	40,1	35,1	5,0	3,9
2000/1995	9,2	9,4	16,8	- 18,2	28,0	27,1	0,9	- 0,9
2005/2000	5,5	3,0	76,0	39,4	36,3	32,8	3,5	1,8

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks-einkommen	Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Arbeitnehmerentgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
	Veränderung in % p. a.			in %		Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,3	2,8	0,7	71,4	72,3	1,4	- 0,2
2003	1,2	3,6	0,2	70,7	71,8	1,2	- 0,9
2004	3,6	11,7	0,3	68,4	69,8	0,5	0,8
2005	1,7	6,3	-0,5	67,0	68,6	0,4	- 0,8
2000/1995	1,8	1,2	2,0	71,1	71,8	1,1	- 0,1
2005/2000	2,0	5,6	0,5	70,2	71,3	1,0	0,1

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. ² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). ³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	2,2	5,7	1,9	3,2	0,1	- 0,2	1,6	0,9	1,7	1,0
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,9	1,5	0,9	2,6	1,2	2,3	2,1
Dänemark	3,6	1,0	3,1	3,5	0,5	0,7	1,9	3,1	3,2	2,3
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	3,8	4,8	4,7	3,6	3,5	3,4
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	2,7	3,0	3,1	3,4	3,1	2,8
Frankreich	1,9	2,7	2,4	4,1	1,2	0,8	2,3	1,4	1,9	2,0
Irland	3,1	7,6	9,8	9,2	6,1	4,4	4,5	4,7	4,9	5,1
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,3	0,0	1,1	0,0	1,3	1,2
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	3,6	2,0	4,2	4,2	4,4	4,5
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,5	0,1	- 0,1	1,7	1,1	2,6	2,6
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,0	1,4	2,4	1,9	2,5	2,2
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	0,8	- 1,1	1,1	0,3	0,9	1,1
Finnland	3,4	- 0,3	3,4	5,0	2,2	2,4	3,6	2,1	3,6	2,9
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,3	2,0	1,7	3,7	2,7	3,4	3,0
Vereinigtes Königreich	3,6	0,7	2,9	4,0	2,0	2,5	3,1	1,8	2,4	2,8
Euroraum	2,3	3,6	2,4	3,8	0,9	0,7	2,0	1,3	2,1	1,8
EU-15	2,5	3,0	2,6	3,9	1,1	1,1	2,3	1,5	2,2	2,0
Estland	-	-	4,5	7,9	7,2	6,7	7,8	9,8	8,9	7,9
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	6,5	7,2	8,5	10,2	8,5	7,6
Litauen	-	-	3,3	3,9	6,8	10,5	7,0	7,5	6,5	6,2
Malta	-	-	6,2	6,4	1,5	- 2,5	- 1,5	2,5	1,7	1,9
Polen	-	-	7,0	4,2	1,4	3,8	5,3	3,2	4,5	4,6
Slowakei	-	-	5,8	2,0	4,6	4,5	5,5	6,0	6,1	6,5
Slowenien	-	-	4,1	4,1	3,5	2,7	4,2	3,9	4,3	4,1
Tschechien	-	-	5,9	3,9	1,5	3,2	4,7	6,0	5,3	4,7
Ungarn	-	-	1,5	5,2	3,8	3,4	4,6	4,1	4,6	4,2
Zypern	-	-	9,9	5,0	2,1	1,9	3,9	3,8	3,8	3,8
EU-25	-	-	2,6	3,9	1,2	1,2	2,4	1,6	2,3	2,2
Japan	5,1	5,2	1,9	2,9	0,1	1,8	2,3	2,7	2,8	2,4
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	1,6	2,7	4,2	3,5	3,2	2,7

Quellen: Für die Jahre 1985–2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Für die Jahre ab 2002: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.

Stand: Mai 2006.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	1,9	1,4	1,0	1,8	1,9	1,7	2,3
Belgien	2,4	1,6	1,5	1,9	2,5	2,4	2,1
Dänemark	2,3	2,4	2,0	0,9	1,7	2,1	2,0
Griechenland	3,7	3,9	3,4	3,0	3,5	3,3	3,3
Spanien	2,8	3,6	3,1	3,1	3,4	3,6	3,1
Frankreich	1,8	1,9	2,2	2,3	1,9	1,9	1,8
Irland	4,0	4,7	4,0	2,3	2,2	2,4	2,3
Italien	2,3	2,6	2,8	2,3	2,2	2,2	2,0
Luxemburg	2,4	2,1	2,5	3,2	3,8	4,1	3,4
Niederlande	5,1	3,9	2,2	1,4	1,5	1,8	2,1
Österreich	2,3	1,7	1,3	2,0	2,1	1,7	1,6
Portugal	4,4	3,7	3,3	2,5	2,1	2,7	2,4
Finnland	2,7	2,0	1,3	0,1	0,8	1,4	1,4
Schweden	2,7	1,9	2,3	1,0	0,8	1,1	1,8
Vereinigtes Königreich	1,2	1,3	1,4	1,3	2,1	2,0	2,0
Euroraum	2,4	2,3	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2
EU-15	2,2	2,1	2,0	2,0	2,1	2,1	2,2
Estland	5,6	3,6	1,4	3,0	4,1	3,6	2,9
Lettland	2,5	2,0	2,9	6,2	6,9	6,7	5,6
Litauen	1,6	0,3	– 1,1	1,2	2,7	3,5	3,3
Malta	2,5	2,6	1,9	2,7	2,5	2,9	2,7
Polen	5,3	1,9	0,7	3,6	2,2	1,0	2,0
Slowakei	7,2	3,5	8,4	7,5	2,8	4,4	2,7
Slowenien	8,6	7,5	5,7	3,7	2,5	2,4	2,5
Tschechien	4,5	1,4	– 0,1	2,6	1,6	2,5	2,7
Ungarn	9,1	5,2	4,7	6,8	3,5	2,3	3,3
Zypern	2,0	2,8	4,0	1,9	2,0	2,4	2,2
EU-25	2,5	2,1	1,9	2,1	2,2	2,1	2,2
Japan	– 0,6	– 0,9	– 0,3	0,0	– 0,3	0,7	1,0
USA	2,8	1,6	2,3	2,7	3,4	2,9	1,6

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.
Stand: Mai 2006.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,2	8,2	9,0	9,5	9,5	9,4	9,2
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	7,5	8,2	8,4	8,4	8,0	7,6
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,6	5,4	5,5	4,8	4,0	3,8
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,3	10,3	9,7	10,5	9,8	9,5	9,1
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	11,1	10,6	9,2	8,7	8,3
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	8,9	9,5	9,6	9,5	9,4	9,3
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,5	4,7	4,5	4,3	4,4	4,4
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,6	8,4	8,0	7,7	7,7	7,7
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	2,8	3,7	4,8	5,3	5,7	5,8
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	2,8	3,7	4,6	4,7	4,3	3,9
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,2	4,3	4,8	5,2	5,2	5,2
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,0	5,0	6,3	6,7	7,6	8,1	8,3
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,0	8,8	8,4	7,9	7,6
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	5,6	6,3	7,8	7,0	6,7
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	5,1	4,9	4,7	4,7	5,0	4,8
Euroraum	9,3	7,6	10,5	8,2	8,3	8,7	8,9	8,6	8,4	8,2
EU-15	9,4	7,3	10,1	7,7	7,6	8,0	8,1	7,9	7,8	7,6
Estland	–	0,6	9,7	12,8	10,3	10,0	9,7	7,9	7,0	6,3
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	12,2	10,5	10,4	9,0	8,4	7,9
Litauen	–	5,3	12,7	16,4	13,5	12,4	11,4	8,2	7,1	6,5
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,5	7,6	7,3	7,3	7,4	7,4
Polen	–	–	13,2	16,1	19,9	19,6	19,0	17,7	16,2	15,2
Slowakei	–	–	13,2	18,8	18,7	17,6	18,2	16,4	15,5	14,8
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,3	6,7	6,3	6,3	6,3	6,3
Tschechien	–	–	3,9	8,7	7,3	7,8	8,3	7,9	7,7	7,6
Ungarn	–	–	10,0	6,4	5,8	5,9	6,1	7,2	7,7	7,6
Zypern	–	–	3,5	4,8	3,6	4,1	4,7	5,3	5,4	5,4
EU-25	–	–	10,4	8,6	8,8	9,0	9,1	8,7	8,5	8,2
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,4	5,3	4,7	4,4	4,3	4,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,8	6,0	5,5	5,1	4,8	5,1

Quellen: Für die Jahre 1985–2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Für die Jahre ab 2002: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.

Stand: Mai 2006.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2004	2005	2006 ¹	2007 ¹	2004	2005	2006 ¹	2007 ¹	2004	2005	2006 ¹	2007 ¹
Gemeinschaft unabhängiger Staaten	8,4	6,5	6,0	6,1	10,3	12,3	10,4	9,7	8,1	9,1	9,6 ↓	8,1
darunter												
Russische Föderation	7,2	6,4	6,0	5,8	10,9	12,6	10,4	9,5	9,9	11,3	11,8	9,5
Ukraine	12,1	2,6	2,3	4,3	9,0	13,5	13,0	12,5	10,5	2,7	1,2	− 2,1
Asien	8,4	8,2	7,9	7,6	4,0	3,5	3,8	3,4	3,9	4,5	4,1	4,0
darunter												
China	10,1	9,9	9,5	9,0	3,9	1,8	2,0	2,2	3,6	7,1	6,9 ↑	6,7 ↑
Indien	8,1	8,3	7,3	7,0	3,8	4,2	4,8	4,9	0,2	− 2,5	− 3,1	− 3,1
Indonesien	5,1	5,6	5,0 ↑	6,0	6,1	10,5	14,2	6,6	1,2	1,1	0,4	0,0
Korea	4,6	4,0	5,5	4,5	3,6	2,7	2,5	3,0	4,1	2,1	1,8	1,7
Thailand	6,2	4,4	5,0	5,4	2,8	4,5	3,6	2,2	4,2	− 2,3	− 2,0	− 2,1
Türkei ²	8,9	7,4 ↑	6,0 ↑	5,0	8,6	8,2	6,5	4,4	− 5,2	− 6,3	− 6,5 ↓	− 6,1 ↓
Lateinamerika	5,6	4,3	4,3	3,6	6,5	6,3	5,8	5,6	0,9	1,2	0,8	0,2 ↓
darunter												
Argentinien	9,0	9,2	7,3	4,0	4,4	9,6	12,9	15,0	2,2	1,8	1,2	0,5
Brasilien	4,9	2,3	3,5	3,5	6,6	6,9	4,9	4,4	1,9	1,8	1,0	0,2
Chile	6,1	6,3	5,5	5,2	1,1	3,1	3,8	3,0	1,5	− 0,4	0,5	− 1,2
Mexiko	4,2	3,0	3,5	3,1	4,7	4,0	3,5	3,0	− 1,1	− 0,7	− 0,6	− 0,8
Venezuela	17,9	9,3	6,0	3,0	21,7	15,9	11,7	17,3	12,5	19,1	14,1	13,4

¹ Prognosen des IWF [↑/↓ = aktuelle Prognose ggü. der vorigen (März 2006) angehoben/gesenkt].

² Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2006.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 3. Januar 2005 = 100 %

(3. Januar 2005 bis 13. Juli 2006)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Schlussstände 13.7.2006	Anfang 2006	Änderung in % zu Anfang 2006	Tief 2005	Hoch 2005
Dow Jones	10 846	10 718	1,20	10 667	11 643
Eurostoxx 50	3 334	3 349	– 0,45	3 204	3 595
Dax	5 527	5 408	2,20	5 292	6 141
CAC 40	4 853	4 715	2,91	4 615	5 312
Nikkei	15 098	16 111	– 6,29	14 219	17 563

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Schlussstände 13.7.2006	Anfang 2006	Spread zu US-Bond	Tief 2005	Hoch 2005
			in %		
USA	5,07	4,40	–	4,33	5,25
Bund	4,04	3,30	– 1,03	3,26	4,12
Japan	1,91	1,47	– 3,16	1,43	2,00

Währungen

	Schlussstände 13.7.2006	Anfang 2006	Änderung in % zu Anfang 2006	Tief 2005	Hoch 2005
Dollar/Euro	1,27	1,18	7,19	1,18	1,29
Yen/Dollar	115,34	117,92	– 2,19	109,67	119,04
Yen/Euro	146,37	139,32	5,06	137,50	147,11
Pfund/Euro	0,69	0,69	0,04	0,68	0,70

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-15 / EU-25

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Deutschland												
EU-KOM	1,6	0,9	1,7	1,0	1,8	1,9	1,7	2,3	9,5	9,5	9,4	9,2
OECD	1,1	1,1	1,8	1,6	1,8	1,9	1,6	2,1	9,2	9,1	8,5	8,1
IWF	1,6	0,9	1,3	1,0	1,8	1,9	1,8	2,5	9,2	9,1	8,7	8,8
USA												
EU-KOM	4,2	3,5	3,2	2,7	2,7	3,4	2,9	1,6	5,5	5,1	4,8	5,1
OECD	4,2	3,5	3,6	3,1	2,7	3,4	3,3	2,4	5,5	5,1	4,7	4,7
IWF	4,2	3,5	3,4	3,3	2,7	3,4	3,2	2,5	5,5	5,1	4,9	5,1
Japan												
EU-KOM	2,3	2,7	2,8	2,4	0,0	-0,3	0,7	1,0	4,7	4,4	4,3	4,3
OECD	2,3	2,7	2,8	2,2	0,0	-0,3	0,7	0,8	4,7	4,4	4,0	3,5
IWF	2,3	2,7	2,8	2,1	-	-0,3	0,3	0,6	4,7	4,4	4,1	4,0
Frankreich												
EU-KOM	2,3	1,4	1,9	2,0	2,3	1,9	1,9	1,8	9,6	9,5	9,4	9,3
OECD	2,1	1,4	2,1	2,2	2,3	1,9	1,7	1,4	10,0	9,9	9,5	9,2
IWF	2,1	1,4	2,0	2,1	2,3	1,9	1,7	1,8	9,5	9,6	9,6	9,1
Italien												
EU-KOM	1,1	0,0	1,3	1,2	2,3	2,2	2,2	2,0	8,0	7,7	7,7	7,7
OECD	0,9	0,1	1,4	1,3	2,3	2,2	2,4	2,1	8,1	7,8	7,7	7,6
IWF	0,9	0,1	1,2	1,4	2,3	2,3	2,5	2,1	8,3	8,1	7,8	7,6
Großbritannien												
EU-KOM	3,1	1,8	2,4	2,8	1,3	2,1	2,0	2,0	4,7	4,7	5,0	4,8
OECD	3,1	1,8	2,4	2,9	1,3	2,0	2,2	1,7	4,7	4,8	5,3	5,2
IWF	3,1	1,8	2,5	2,7	1,3	2,1	1,9	1,9	4,8	4,8	4,9	4,8
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	2,9	2,9	3,1	3,3	1,8	2,2	2,0	2,3	7,2	6,8	6,4	6,2
IWF	2,9	2,9	3,1	3,0	1,8	2,2	1,8	2,0	7,2	6,8	6,6	6,6
Euroraum												
EU-KOM	2,0	1,3	2,1	1,8	2,1	2,2	2,2	2,2	8,9	8,6	8,4	8,2
OECD	1,8	1,4	2,2	2,1	2,1	2,2	2,1	2,0	8,9	8,6	8,2	7,9
IWF	2,1	1,3	2,0	1,9	2,1	2,2	2,1	2,2	8,9	8,6	8,3	8,1
EU-15												
EU-KOM	2,3	1,5	2,2	2,2	2,0	2,1	2,1	2,2	8,1	7,9	7,8	7,6
EU-25												
EU-KOM	2,4	1,6	2,3	2,2	2,1	2,2	2,1	2,2	9,1	8,7	8,5	8,2

- = keine Angaben

¹ EU und IWF: Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: harmonisierte Verbraucherpreise für D, F, I, GB und Euroraum; Verbraucherpreisindex für USA, J, CDN.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2006.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2006.

Stand: 20. Juni 2006.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Belgien												
EU-KOM	2,6	1,2	2,3	2,1	1,9	2,5	2,4	2,1	8,4	8,4	8,0	7,6
OECD	2,4	1,5	2,5	2,4	1,9	2,5	2,2	1,9	8,4	8,4	8,0	7,7
IWF	2,4	1,5	2,1	2,4	1,9	2,5	2,4	1,8	8,4	8,4	8,3	8,2
Finnland												
EU-KOM	3,6	2,1	3,6	2,9	0,1	0,8	1,4	1,4	8,8	8,4	7,9	7,6
OECD	3,5	2,2	3,4	2,8	0,1	0,8	1,0	1,4	8,9	8,4	7,9	7,7
IWF	3,6	2,1	3,5	2,7	0,1	0,9	1,1	1,3	8,8	8,4	7,9	7,8
Griechenland												
EU-KOM	4,7	3,6	3,5	3,4	3,0	3,5	3,3	3,3	10,5	9,8	9,5	9,1
OECD	4,7	3,7	3,7	3,6	3,0	3,5	3,3	3,0	11,0	10,4	10,0	9,7
IWF	4,7	3,7	3,3	3,2	3,0	3,5	3,3	3,0	10,5	9,9	9,5	9,5
Irland												
EU-KOM	4,5	4,7	4,9	5,1	2,3	2,2	2,4	2,3	4,5	4,3	4,4	4,4
OECD	4,5	4,6	5,0	5,0	2,3	2,2	2,5	3,0	4,4	4,4	4,4	4,4
IWF	4,5	4,7	5,0	5,2	2,3	2,2	2,3	2,5	4,5	4,3	4,1	4,0
Luxemburg												
EU-KOM	4,2	4,2	4,4	4,5	3,2	3,8	4,1	3,4	4,8	5,3	5,7	5,8
OECD	4,2	4,0	4,5	4,5	3,2	3,8	3,5	2,8	4,2	4,6	5,1	5,2
IWF	4,5	4,3	4,0	3,8	2,2	2,5	2,3	2,2	3,9	4,2	4,5	4,7
Niederlande												
EU-KOM	1,7	1,1	2,6	2,6	1,4	1,5	1,8	2,1	4,6	4,7	4,3	3,9
OECD	1,7	1,1	2,4	2,8	1,4	1,5	1,7	1,8	4,9	5,0	4,1	3,4
IWF	1,7	1,1	2,5	2,4	1,4	1,5	1,5	1,6	4,6	4,9	4,5	4,3
Österreich												
EU-KOM	2,4	1,9	2,5	2,2	2,0	2,1	1,7	1,6	4,8	5,2	5,2	5,2
OECD	2,6	2,0	2,5	2,2	2,0	2,1	1,8	1,7	5,7	5,9	5,8	5,9
IWF	2,4	1,9	2,2	2,1	2,0	2,1	1,8	1,7	4,8	5,2	4,8	4,5
Portugal												
EU-KOM	1,1	0,3	0,9	1,1	2,5	2,1	2,7	2,4	6,7	7,6	8,1	8,3
OECD	1,1	0,3	0,7	1,5	2,5	2,1	2,7	2,1	6,7	7,7	7,9	7,7
IWF	1,1	0,3	0,8	1,5	2,5	2,1	2,1	2,1	6,7	7,6	7,7	7,6
Spanien												
EU-KOM	3,1	3,4	3,1	2,8	3,1	3,4	3,6	3,1	10,6	9,2	8,7	8,3
OECD	3,1	3,4	3,3	3,0	3,1	3,4	3,6	2,7	10,5	9,2	8,7	8,6
IWF	3,1	3,4	3,3	3,2	3,1	3,4	3,4	3,1	11,0	9,2	8,6	8,5

– = keine Angaben

¹ EU und IWF: Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: harmonisierte Verbraucherpreise für B, FIN, GR, IRL, L, NL, A, P u. E.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2006.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2006.

Stand: 20. Juni 2006.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Dänemark												
EU-KOM	1,9	3,1	3,2	2,3	0,9	1,7	2,1	2,0	5,5	4,8	4,0	3,8
OECD	1,9	3,1	3,0	2,4	1,2	1,8	1,7	2,6	5,5	4,8	4,2	3,9
IWF	1,9	3,4	2,7	2,3	1,2	1,8	1,8	2,0	6,4	5,7	5,1	5,3
Estland												
EU-KOM	7,8	9,8	8,9	7,9	3,0	4,1	3,6	2,9	9,7	7,9	7,0	6,3
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	7,8	9,8	7,9	7,1	3,0	4,1	3,6	3,2	–	–	–	–
Lettland												
EU-KOM	8,5	10,2	8,5	7,6	6,2	6,9	6,7	5,6	10,4	9,0	8,4	7,9
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	8,5	10,2	9,0	7,0	6,3	6,7	6,4	5,5	–	–	–	–
Litauen												
EU-KOM	7,0	7,5	6,5	6,2	1,2	2,7	3,5	3,3	11,4	8,2	7,1	6,5
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	7,0	7,3	6,5	6,0	1,2	2,6	3,2	2,7	–	–	–	–
Malta												
EU-KOM	–1,5	2,5	1,7	1,9	2,7	2,5	2,9	2,7	7,3	7,3	7,4	7,4
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	1,0	1,0	1,3	1,5	2,7	3,1	2,8	2,4	–	–	–	–
Polen												
EU-KOM	5,3	3,2	4,5	4,6	3,6	2,2	1,0	2,0	19,0	17,7	16,2	15,2
OECD	5,3	3,3	4,4	4,6	3,4	2,2	1,0	1,7	19,0	17,7	16,8	15,7
IWF	5,3	3,2	4,2	3,8	3,5	2,1	1,3	2,3	–	–	–	–
Schweden												
EU-KOM	3,7	2,7	3,4	3,0	1,0	0,8	1,1	1,8	6,3	7,8	7,0	6,7
OECD	3,2	2,7	3,9	3,3	0,4	0,5	1,0	2,1	5,5	5,8	4,8	4,2
IWF	3,7	2,7	3,5	2,4	1,1	0,8	1,5	1,8	5,5	5,6	4,5	4,2
Slowakei												
EU-KOM	5,5	6,0	6,1	6,5	7,5	2,8	4,4	2,7	18,2	16,4	15,5	14,8
OECD	5,5	6,0	6,3	6,3	7,5	2,7	3,6	2,2	18,1	16,2	15,4	14,7
IWF	5,5	6,0	6,3	6,7	7,5	2,8	3,6	2,5	–	–	–	–
Slowenien												
EU-KOM	4,2	3,9	4,3	4,1	3,7	2,5	2,4	2,5	6,3	6,3	6,3	6,3
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	4,2	3,9	4,0	4,0	3,6	2,5	2,4	2,4	–	–	–	–
Tschechien												
EU-KOM	4,7	6,0	5,3	4,7	2,6	1,6	2,5	2,7	8,3	7,9	7,7	7,6
OECD	4,7	6,0	5,7	4,7	2,8	1,9	2,9	3,7	8,3	8,0	7,7	7,5
IWF	4,7	6,0	5,5	4,5	2,8	1,8	2,8	3,0	–	–	–	–
Ungarn												
EU-KOM	4,6	4,1	4,6	4,2	6,8	3,5	2,3	3,3	6,1	7,2	7,7	7,6
OECD	4,5	4,3	4,6	4,4	6,7	3,6	2,1	2,9	6,2	7,3	7,2	7,1
IWF	4,6	4,1	4,4	4,2	6,7	3,5	2,0	2,7	–	–	–	–
Zypern												
EU-KOM	3,9	3,8	3,8	3,8	1,9	2,0	2,4	2,2	4,7	5,3	5,4	5,4
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	3,9	3,7	4,0	4,0	2,3	2,6	2,0	2,0	3,6	3,3	3,0	3,0

– = keine Angaben

¹ EU und IWF: Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: Verbraucherpreisindex für DK, PL, S, CZ und H.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2006.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2006.

Stand: 20. Juni 2006.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-15 / EU-25

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote ¹				Leistungsbilanzsaldo			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Deutschland												
EU-KOM	- 3,7	- 3,3	- 3,1	- 2,5	65,5	67,7	68,9	69,2	3,7	3,9	3,3	4,1
OECD	- 3,7	- 3,3	- 3,1	- 2,2	65,7	67,7	69,2	70,2	3,7	4,2	4,0	4,6
IWF	- 3,7	- 3,3	- 3,3	- 2,4	-	-	-	69,0	3,7	4,1	3,6	4,3
USA												
EU-KOM	- 4,7	- 3,8	- 4,1	- 4,4	-	-	-	-	- 5,6	- 6,3	- 7,0	- 6,9
OECD	- 4,7	- 3,8	- 3,6	- 3,7	64,0	63,8	64,6	65,3	- 5,7	- 6,4	- 7,2	- 7,6
IWF	- 4,7	- 4,1	- 4,3	- 4,0	-	-	-	-	- 5,7	- 6,4	- 6,5	- 6,5
Japan												
EU-KOM	- 6,3	- 6,5	- 5,8	- 5,4	-	-	-	-	4,0	3,6	3,6	3,4
OECD	- 6,3	- 5,2	- 5,2	- 4,7	156,3	158,9	160,5	161,5	3,7	3,6	4,3	5,5
IWF	- 6,6	- 5,8	- 5,7	- 5,4	-	-	-	-	3,8	3,6	3,2	2,9
Frankreich												
EU-KOM	- 3,7	- 2,9	- 3,0	- 3,1	64,4	66,8	66,9	67,0	- 0,7	- 1,2	- 1,7	- 1,6
OECD	- 3,7	- 2,9	- 2,9	- 2,6	64,8	66,9	67,7	68,3	- 0,4	- 1,9	- 2,6	- 2,3
IWF	- 3,7	- 2,9	- 2,9	- 3,0	-	-	-	66,0	- 0,4	- 1,3	- 1,9	- 2,1
Italien												
EU-KOM	- 3,4	- 4,1	- 4,1	- 4,5	103,8	106,4	107,4	107,7	- 0,5	- 1,1	- 1,5	- 1,4
OECD	- 3,5	- 4,3	- 4,2	- 4,6	106,7	108,8	110,4	112,1	- 0,9	- 1,6	- 2,1	- 2,2
IWF	- 3,4	- 4,1	- 4,0	- 4,3	-	-	-	108,0	- 0,9	- 1,5	- 1,1	- 0,7
Großbritannien												
EU-KOM	- 3,3	- 3,5	- 3,0	- 2,8	40,8	42,8	44,1	44,7	- 2,0	- 2,6	- 3,3	- 3,2
OECD	- 3,3	- 3,2	- 3,4	- 3,2	41,5	44,1	46,4	48,3	- 2,0	- 2,6	- 2,4	- 2,9
IWF	- 3,2	- 3,6	- 3,1	- 2,8	-	-	-	49,0	- 2,0	- 2,6	- 2,7	- 2,8
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	0,7	1,7	2,2	1,8	72,2	69,3	64,6	60,7	2,2	2,2	3,3	3,3
IWF	0,7	1,7	1,3	1,1	-	-	-	-	2,2	2,2	3,1	2,9
Euroraum												
EU-KOM	- 2,8	- 2,4	- 2,4	- 2,3	69,8	70,8	70,5	70,1	0,5	0,1	- 0,5	- 0,3
OECD	- 2,8	- 2,4	- 2,3	- 2,1	70,4	71,5	72,0	72,2	0,8	- 0,2	- 0,4	- 0,3
IWF	- 2,7	- 2,3	- 2,3	- 2,1	-	-	-	70,0	0,8	-	- 0,2	-
EU-15												
EU-KOM	- 2,6	- 2,3	- 2,2	- 2,2	63,4	64,6	64,4	64,0	0,4	- 0,1	- 0,7	- 0,5
EU-25												
EU-KOM	- 2,6	- 2,3	- 2,3	- 2,2	62,4	63,4	63,2	62,9	0,0	- 0,3	- 0,9	- 0,7

- = keine Angaben

¹ Staatsschuldenquote: EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2006.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2006.

Stand: 20. Juni 2006.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote ¹				Leistungsbilanzsaldo			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Belgien												
EU-KOM	0,0	0,1	- 0,3	- 0,9	94,7	93,3	89,8	87,0	3,5	2,2	2,3	2,4
OECD	- 0,1	- 0,1	- 0,4	- 1,0	94,5	94,3	91,6	89,5	3,4	1,7	1,4	1,3
IWF	-	-	- 0,4	- 1,1	-	-	-	86,0	3,3	4,5	4,8	4,8
Finnland												
EU-KOM	2,3	2,6	2,8	2,5	44,3	41,1	39,7	38,3	4,1	2,4	2,4	2,0
OECD	1,9	2,4	2,2	1,9	45,1	45,8	47,5	47,7	5,0	2,7	2,3	2,0
IWF	1,9	2,4	2,5	2,4	-	-	-	42,0	5,0	2,4	2,8	2,7
Griechenland												
EU-KOM	- 6,9	- 4,5	- 3,0	- 3,6	108,5	107,5	105,0	102,1	- 9,5	- 9,2	- 7,8	- 7,8
OECD	- 6,9	- 4,4	- 3,0	- 3,3	109,3	108,1	106,1	104,2	- 6,4	- 8,0	- 7,8	- 7,6
IWF	- 6,6	- 4,6	- 2,8	- 3,2	-	-	-	103,0	- 6,3	- 7,9	- 7,9	- 7,9
Irland												
EU-KOM	1,5	1,0	0,1	- 0,4	29,4	27,6	27,2	27,0	- 0,8	- 1,9	- 2,6	- 3,1
OECD	1,6	1,0	- 0,3	- 0,5	29,4	29,9	29,8	29,5	- 0,8	- 1,9	- 1,0	- 0,5
IWF	1,5	0,3	- 0,3	- 0,5	-	-	-	28,0	- 0,8	- 1,9	- 2,9	- 3,3
Luxemburg												
EU-KOM	- 1,1	- 1,9	- 1,8	- 1,5	6,6	6,2	7,9	8,2	10,5	8,4	9,2	9,9
OECD	- 1,1	- 1,9	- 1,7	- 1,2	6,6	8,6	10,2	11,4	10,5	9,3	10,4	9,7
IWF	- 1,2	- 2,3	- 2,2	- 2,1	-	-	-	-	11,1	7,9	7,3	7,3
Niederlande												
EU-KOM	- 1,9	- 0,3	- 1,2	- 0,7	52,6	52,9	51,2	50,3	6,2	7,1	6,5	6,7
OECD	- 2,1	- 0,3	- 0,5	- 0,1	52,5	53,9	54,9	55,3	8,9	6,4	9,5	10,1
IWF	- 2,1	- 0,6	- 1,0	- 0,7	-	-	-	52,0	8,9	6,4	6,9	7,9
Österreich												
EU-KOM	- 1,1	- 1,5	- 1,9	- 1,4	63,6	62,9	62,4	61,6	2,7	2,9	3,7	4,0
OECD	- 1,2	- 1,6	- 1,9	- 1,5	63,6	63,9	64,4	64,3	0,1	1,2	1,9	1,8
IWF	- 1,1	- 1,8	- 1,8	- 0,9	-	-	-	63,0	0,2	0,7	0,9	0,9
Portugal												
EU-KOM	- 3,2	- 6,0	- 5,0	- 4,9	58,7	63,9	68,4	70,6	- 7,8	- 9,5	- 9,8	- 9,6
OECD	- 3,2	- 6,0	- 5,0	- 4,5	59,4	66,3	69,8	72,6	- 7,4	- 9,3	- 9,6	- 9,7
IWF	- 3,2	- 6,0	- 4,6	- 3,8	-	-	-	68,0	- 7,3	- 9,2	- 9,5	- 9,4
Spanien												
EU-KOM	- 0,1	1,1	0,9	0,4	46,4	43,2	40,0	37,9	- 5,8	- 7,4	- 8,7	- 9,2
OECD	- 0,2	1,1	1,1	0,9	46,6	43,7	41,1	39,0	- 5,3	- 7,4	- 8,9	- 9,8
IWF	- 0,1	1,1	0,9	0,7	-	-	-	38,0	- 5,3	- 7,6	- 8,1	- 8,5

- = keine Angaben

¹ Staatsschuldenquote: EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2006.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2006.

Stand: 20. Juni 2006.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote ¹				Leistungsbilanzsaldo			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Dänemark												
EU-KOM	2,7	4,9	3,9	4,0	42,6	35,8	30,0	26,5	2,3	2,9	3,4	3,4
OECD	1,7	4,0	3,3	3,8	42,8	39,7	37,1	35,1	2,3	3,2	2,7	2,5
IWF	1,7	2,5	2,4	2,2	–	–	–	28,0	2,1	2,4	2,4	2,6
Estland												
EU-KOM	1,5	1,6	1,4	0,8	5,4	4,8	3,6	3,0	– 12,7	– 10,6	– 9,8	– 9,0
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	– 12,7	– 10,5	– 10,1	– 9,6
Lettland												
EU-KOM	– 0,9	0,2	– 1,0	– 1,0	14,6	11,9	11,3	10,9	– 12,9	– 12,4	– 13,1	– 12,6
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	– 12,9	– 12,5	– 12,8	– 12,0
Litauen												
EU-KOM	– 1,5	– 0,5	– 0,6	– 0,9	19,5	18,7	18,9	19,7	– 7,9	– 7,0	– 7,3	– 7,4
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	– 7,7	– 7,5	– 7,5	– 7,3
Malta												
EU-KOM	– 5,1	– 3,3	– 2,9	– 3,2	76,2	74,7	74,0	74,0	– 9,6	– 12,9	– 12,6	– 12,3
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	– 10,4	– 6,7	– 6,5	– 6,3
Polen												
EU-KOM	– 3,9	– 2,5	– 3,0	– 3,0	41,9	42,5	45,5	46,7	– 4,2	– 1,5	– 2,0	– 2,5
OECD	– 3,8	– 2,5	– 2,8	– 2,6	43,6	46,7	50,4	53,3	– 4,2	– 1,5	– 1,6	– 1,7
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	– 4,1	– 1,6	– 2,5	– 3,1
Schweden												
EU-KOM	1,8	2,9	2,2	2,3	50,5	50,3	47,6	44,8	6,6	5,9	5,8	6,0
OECD	1,6	2,7	1,7	2,2	51,1	49,9	49,4	48,4	6,8	6,1	6,7	6,7
IWF	1,0	1,4	0,7	1,1	–	–	–	40,0	6,8	6,1	5,1	4,5
Slowakei												
EU-KOM	– 3,0	– 2,9	– 2,7	– 2,1	41,6	34,5	34,3	34,7	– 3,4	– 8,5	– 5,7	– 3,4
OECD	– 3,1	– 2,9	– 2,3	– 1,8	42,6	46,4	50,1	52,8	– 3,5	– 9,2	– 9,0	– 7,0
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	– 3,5	– 7,2	– 6,4	– 5,5
Slowenien												
EU-KOM	– 2,3	– 1,8	– 1,9	– 1,6	29,5	29,1	29,9	29,7	– 2,0	– 1,1	– 1,6	– 1,8
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	– 2,1	– 0,9	– 0,3	0,1
Tschechien												
EU-KOM	– 2,9	– 2,6	– 3,2	– 3,4	30,6	30,5	31,5	32,4	– 6,0	– 2,3	– 2,6	– 2,0
OECD	– 2,9	– 2,6	– 3,3	– 3,5	36,8	35,0	35,0	34,9	– 6,0	– 2,1	– 1,7	– 0,9
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	– 6,0	– 2,1	– 2,3	– 2,3
Ungarn												
EU-KOM	– 5,4	– 6,1	– 6,7	– 7,0	57,1	58,4	59,9	62,0	– 8,4	– 7,4	– 8,3	– 8,5
OECD	– 5,4	– 6,1	– 5,8	– 5,8	57,2	58,8	60,7	62,3	– 8,6	– 7,3	– 7,7	– 7,3
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	– 8,8	– 7,9	– 8,2	– 7,5
Zypern												
EU-KOM	– 4,1	– 2,4	– 2,1	– 2,0	71,7	70,3	69,1	67,8	– 5,3	– 5,7	– 6,1	– 6,0
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	– 4,1	– 2,7	– 2,1	– 1,9	–	–	–	–	– 5,7	– 5,1	– 5,6	– 4,6

– = keine Angaben

¹ Staatsschuldenquote: EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2006.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2006.

Stand: 20. Juni 2006.



HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
REFERAT INFORMATION UND PUBLIKATION
WILHELMSTRASSE 97
10117 BERLIN
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)
ODER
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

REDAKTION:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT
REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE
BERLIN, JULI 2006

SATZ UND GESTALTUNG:

HEIMBÜCHEL PR,
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,
BERLIN/KÖLN

DRUCK:

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

**BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES
BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:**

TELEFONISCH 0 18 88 / 80 80 800
(0,12 €/MIN.)
PER TELEFAX 0 18 88 / 10 80 80 800
(0,12 €/MIN.)

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.